



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2013/2158(INI)

18.12.2013

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 – 274

Entwurf eines Berichts
Sergio Gutiérrez Prieto
(PE522.791v01-00)

über das europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik:
Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht
2014
(2013/2158(INI))

AM\1009138DE.doc

PE522.992v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 17 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**17 a. unter Hinweis auf seine
Entschließung vom 5. Februar 2013 zur
Verbesserung des Zugangs von KMU zu
Finanzmitteln (2012/2134(INI)),**

Or. en

Änderungsantrag 2
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Rezession in der Eurozone im zweiten Quartal des Jahres 2013 zahlenmäßig endete, dass jedoch die jährlichen Wachstumsraten in der Eurozone in diesem Jahr **negativ** bleiben werden und die Arbeitslosigkeit **und die Ungleichheiten einen Höchststand erreicht haben**; in der Erwägung, dass **das** Wachstum weiter gefördert werden muss, um von einem langfristigen Aufschwung sprechen zu können und um den notwendigen Impuls zur Unterstützung der EU bei den sozioökonomischen Herausforderungen zu schaffen;

A. in der Erwägung, dass die Rezession in der Eurozone im zweiten Quartal des Jahres 2013 zahlenmäßig endete, dass jedoch die jährlichen Wachstumsraten in der Eurozone in diesem Jahr **schwach** bleiben werden und die Arbeitslosigkeit **noch immer sehr hoch ist**; in der Erwägung, dass **nachhaltiges** Wachstum weiter gefördert werden muss, um von einem langfristigen Aufschwung sprechen zu können und um den notwendigen Impuls zur Unterstützung der EU bei den sozioökonomischen Herausforderungen zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 3
Sari Essayah

Entschließungsantrag Erwägung A

Entschließungsantrag

A. in der Erwägung, dass die Rezession in der Eurozone im zweiten Quartal des Jahres 2013 zahlenmäßig endete, dass jedoch die jährlichen Wachstumsraten in der Eurozone in diesem Jahr negativ bleiben werden und die Arbeitslosigkeit **und die Ungleichheiten** einen Höchststand erreicht haben; in der Erwägung, dass das Wachstum weiter gefördert werden muss, um von einem langfristigen Aufschwung sprechen zu können und um den notwendigen Impuls zur Unterstützung der EU bei den sozioökonomischen Herausforderungen zu schaffen;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Rezession in der Eurozone im zweiten Quartal des Jahres 2013 zahlenmäßig endete, dass jedoch die jährlichen Wachstumsraten in der Eurozone in diesem Jahr negativ bleiben werden und die Arbeitslosigkeit einen **historischen Höchststand der Eurozone erreicht hat**; in der Erwägung, dass das Wachstum weiter gefördert werden muss, um von einem langfristigen Aufschwung sprechen zu können und um den notwendigen Impuls zur Unterstützung der EU bei den sozioökonomischen Herausforderungen zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 4 Marian Harkin

Entschließungsantrag Erwägung A

Entschließungsantrag

A. in der Erwägung, dass die Rezession in der Eurozone im zweiten Quartal des Jahres 2013 zahlenmäßig endete, dass jedoch die jährlichen Wachstumsraten in der Eurozone in diesem Jahr negativ bleiben werden und die Arbeitslosigkeit und die Ungleichheiten einen Höchststand erreicht haben; in der Erwägung, dass das Wachstum **weiter gefördert** werden muss, um von einem langfristigen Aufschwung sprechen zu können und um den notwendigen Impuls zur Unterstützung der EU bei den sozioökonomischen Herausforderungen zu schaffen;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Rezession in der Eurozone im zweiten Quartal des Jahres 2013 zahlenmäßig endete, dass jedoch die jährlichen Wachstumsraten in der Eurozone in diesem Jahr negativ bleiben werden und die Arbeitslosigkeit und die Ungleichheiten einen Höchststand erreicht haben; in der Erwägung, dass das Wachstum **deutlich gesteigert** werden muss, um von einem langfristigen Aufschwung sprechen zu können und um den notwendigen Impuls zur Unterstützung der EU bei den sozioökonomischen Herausforderungen zu schaffen;

Änderungsantrag 5
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass die Länder, die derzeit die größten Schwierigkeiten haben, zu Beginn der Krise im Jahr 2007 übermäßige Leistungsbilanzdefizite angehäuft hatten und ernste Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit hatten;

Änderungsantrag 6
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag

Geänderter Text

B. in der Erwägung, dass die Arbeitslosigkeit in der EU die alarmierende Zahl von 26,6 Millionen erreicht hat¹ und dass die Langzeitarbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen und in der EU insgesamt einen Höchststand erreicht hat; in der Erwägung, dass die Beschäftigung in den Ländern, ***in denen umfangreichere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eingeführt wurden, stärker zurückging***;

B. in der Erwägung, dass die Arbeitslosigkeit in der EU die alarmierende Zahl von 26,6 Millionen erreicht hat² und dass die Langzeitarbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen und in der EU insgesamt einen Höchststand erreicht hat; in der Erwägung, dass die Beschäftigung in den Ländern ***stärker zurückging, die sich in einem so schlechten Zustand befanden, dass umfangreichere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eingeführt werden mussten***;

¹ Quartalsbericht über soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU Quartalsbericht, Oktober 2013.

² Quartalsbericht über soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU Quartalsbericht, Oktober 2013.

Änderungsantrag 7
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag

B. in der Erwägung, dass die Arbeitslosigkeit in der EU die alarmierende Zahl von 26,6 Millionen erreicht hat und dass die Langzeitarbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen und in der EU insgesamt einen Höchststand erreicht hat; in der Erwägung, dass die Beschäftigung in den Ländern, in denen **umfangreichere Maßnahmen** zur Haushaltskonsolidierung **eingeführt wurden**, stärker zurückging;

Geänderter Text

B. in der Erwägung, dass die Arbeitslosigkeit in der EU die alarmierende Zahl von 26,6 Millionen erreicht hat und dass die Langzeitarbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen und in der EU insgesamt einen Höchststand erreicht hat; in der Erwägung, dass die Beschäftigung in den Ländern, in denen **eine umfangreiche Reform** zur Haushaltskonsolidierung **durchgeführt wurde**, stärker zurückging;

Änderungsantrag 8
Marian Harkin

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag

B. in der Erwägung, dass die Arbeitslosigkeit in der EU die alarmierende Zahl von 26,6 Millionen erreicht hat und dass die Langzeitarbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen und in der EU insgesamt einen Höchststand erreicht hat; in der Erwägung, dass die Beschäftigung in **den Ländern**, in denen umfangreichere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eingeführt wurden, stärker zurückging;

Geänderter Text

B. in der Erwägung, dass die Arbeitslosigkeit in der EU die alarmierende Zahl von 26,6 Millionen erreicht hat und dass die Langzeitarbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen und in der EU insgesamt einen Höchststand erreicht hat; in der Erwägung, dass die Beschäftigung in **einigen der Länder**, in denen umfangreichere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eingeführt wurden, stärker zurückging;

Änderungsantrag 9 Philippe De Backer

Entschließungsantrag Erwägung C

Entschließungsantrag

C. in der Erwägung, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit EU-weiten Durchschnittswerten von 23 % ein nie dagewesenes Niveau erreicht hat und dass in einigen Mitgliedstaaten die **Arbeitslosenquoten** bei Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren über 50 % liegt; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktlage für Jugendliche unabhängig von ihrem Bildungsgrad besonders kritisch ist **und die Jugendlichen oft entweder der Arbeitslosigkeit oder prekären Anstellungsverträgen oder unbezahlten Praktika ausgesetzt sind**;

Geänderter Text

C. in der Erwägung, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit EU-weiten Durchschnittswerten von 23 % ein nie dagewesenes Niveau erreicht hat und dass in einigen Mitgliedstaaten die **Arbeitslosenquote** bei Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren über 50 % liegt; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktlage für Jugendliche unabhängig von ihrem Bildungsgrad besonders kritisch ist;

Änderungsantrag 10 Evelyn Regner

Entschließungsantrag Erwägung C

Entschließungsantrag

C. in der Erwägung, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit EU-weiten Durchschnittswerten von 23 % ein nie dagewesenes Niveau erreicht hat und dass in einigen Mitgliedstaaten die **Arbeitslosenquoten** bei Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren über 50 % liegt; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktlage für Jugendliche unabhängig von ihrem Bildungsgrad

Geänderter Text

C. in der Erwägung, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit EU-weiten Durchschnittswerten von 23 % ein nie dagewesenes Niveau erreicht hat und dass in einigen Mitgliedstaaten die **Arbeitslosenquote** bei Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren über 50 % liegt; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktlage für Jugendliche unabhängig von ihrem Bildungsgrad

besonders kritisch ist und die Jugendlichen oft entweder der Arbeitslosigkeit oder prekären Anstellungsverträgen oder unbezahlten Praktika ausgesetzt sind;

besonders kritisch ist und die Jugendlichen oft entweder der Arbeitslosigkeit oder prekären Anstellungsverträgen oder unbezahlten Praktika ausgesetzt sind; **in der Erwägung, dass der wirtschaftliche Schaden aufgrund der Abkoppelung junger Menschen vom Arbeitsmarkt in den Mitgliedstaaten im Jahr 2011 auf 153 Mrd. EUR geschätzt wurde, was 1,2 % des BIP der EU entspricht¹;**

Or. en

Änderungsantrag 11 Marian Harkin

Entschließungsantrag Erwägung C

Entschließungsantrag

C. in der Erwägung, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit EU-weiten Durchschnittswerten von 23 % ein nie dagewesenes Niveau erreicht hat und dass in einigen Mitgliedstaaten die **Arbeitslosenquoten** bei Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren über 50 % liegt; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktlage für Jugendliche unabhängig von ihrem Bildungsgrad besonders kritisch ist und die Jugendlichen oft entweder der Arbeitslosigkeit oder prekären Anstellungsverträgen oder unbezahlten Praktika ausgesetzt sind;

Geänderter Text

C. in der Erwägung, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit EU-weiten Durchschnittswerten von 23 % ein nie dagewesenes Niveau erreicht hat und dass in einigen Mitgliedstaaten die **Arbeitslosenquote** bei Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren über 50 % liegt; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktlage für Jugendliche unabhängig von ihrem Bildungsgrad besonders kritisch ist und die Jugendlichen oft entweder der Arbeitslosigkeit oder prekären Anstellungsverträgen oder unbezahlten Praktika ausgesetzt sind **oder keine andere Wahl haben als auszuwandern;**

Or. en

Änderungsantrag 12 Philippe De Backer

¹ Eurofound (2012), „Junge Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren („NEETs“): Merkmale, Kosten und Reaktionen der Politik in Europa“, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

**Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ca. in der Erwägung, dass es aufgrund der starren Regulierung des Arbeitsmarktes in einigen Mitgliedstaaten an Flexibilität mangelt, um Schocks wie die derzeitige Krise effektiv abzufedern; in der Erwägung, dass die derzeitigen Arbeitsmarktvorschriften einen unverhältnismäßig hohen Schutz festangestellter Arbeitnehmer bieten und die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt beeinträchtigen;

Or. en

**Änderungsantrag 13
Sari Essayah**

**Entschließungsantrag
Erwägung D**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

D. in der Erwägung, dass die Langzeitarbeitslosigkeit **steigt und zu struktureller** Arbeitslosigkeit **führt**; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktsegmentierung kontinuierlich zugenommen hat, die Durchschnittseinkommen der Haushalte in vielen Mitgliedstaaten abnehmen und Indikatoren eine Tendenz zu zunehmender und tieferer Armut und sozialer Ausgrenzung aufzeigen, von der auch Erwerbstätige gefährdet sind;

D. in der Erwägung, dass **diese die schwerste und längste Rezession in der Wirtschaftsgeschichte der letzten hundert Jahre war, dass jedoch eine Katastrophe vermieden werden konnte und die Auswirkungen der Krise, zu denen auch der anhaltende Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit und die möglicherweise daraus entstehende strukturelle Arbeitslosigkeit gehören, auf viele Jahre, sogar Jahrzehnte verteilt wurden**; in der Erwägung, dass die Arbeitsmarktsegmentierung kontinuierlich zugenommen hat, die Durchschnittseinkommen der Haushalte in vielen Mitgliedstaaten abnehmen und Indikatoren **für die kommenden Jahre** eine Tendenz zu **leicht** zunehmender und tieferer Armut und sozialer Ausgrenzung

aufzeigen, von der auch Erwerbstätige gefährdet sind;

Or. en

Änderungsantrag 14 Philippe De Backer

Entschließungsantrag Erwägung E

Entschließungsantrag

E. in der Erwägung, dass die hohe - und in einigen Fällen noch zunehmende - Steuerbelastung, ***vor allem für Empfänger von Niedriglöhnen und Zweiteinkommen*** in zahlreichen Mitgliedstaaten noch immer ein Problem ist und zu steigender Ungleichheit führt; in der Erwägung, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) unlängst darauf hingewiesen hat, ***dass es Möglichkeiten für eine bessere und progressivere Besteuerung gibt, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu fördern und gleichzeitig das Wachstum zu fördern und zusätzliche Einnahmen zu bewirken***; ***in der Erwägung***, dass die Steuerlast von den Arbeitnehmern auf andere Formen einer nachhaltigen Besteuerung verlagert werden muss;

Geänderter Text

E. in der Erwägung, dass die hohe - und in einigen Fällen noch zunehmende - Steuerbelastung, in zahlreichen Mitgliedstaaten noch immer ein Problem ist; in der Erwägung, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) unlängst darauf hingewiesen hat, dass die Steuerlast von den Arbeitnehmern auf andere Formen einer nachhaltigen Besteuerung verlagert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 15 Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag Erwägung E

Entschließungsantrag

E. in der Erwägung, dass die hohe - und in einigen Fällen noch zunehmende - Steuerbelastung, vor allem für Empfänger

Geänderter Text

E. in der Erwägung, dass die hohe - und in einigen Fällen noch zunehmende - Steuerbelastung, vor allem für Empfänger

von Niedriglöhnen und Zweiteinkommen in zahlreichen Mitgliedstaaten noch immer ein Problem ist und zu steigender Ungleichheit führt; in der Erwägung, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) unlängst darauf hingewiesen hat, dass es Möglichkeiten für eine bessere und progressivere Besteuerung gibt, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu fördern und gleichzeitig das Wachstum zu fördern und zusätzliche Einnahmen zu bewirken; in der Erwägung, dass die Steuerlast von den Arbeitnehmern auf andere Formen einer nachhaltigen Besteuerung verlagert werden muss;

von Niedriglöhnen und Zweiteinkommen in zahlreichen Mitgliedstaaten noch immer ein Problem ist und zu steigender Ungleichheit führt; in der Erwägung, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) unlängst darauf hingewiesen hat, dass es Möglichkeiten für eine bessere und progressivere Besteuerung gibt, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu fördern und gleichzeitig das Wachstum zu fördern und zusätzliche Einnahmen zu bewirken; in der Erwägung, dass die Steuerlast von den Arbeitnehmern auf andere Formen einer nachhaltigen Besteuerung *wie Umweltsteuern* verlagert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 16 Philippe De Backer

Entschließungsantrag Erwägung F

Entschließungsantrag

F. in der Erwägung, dass die Auswirkungen der Krise und der übertriebenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre zu einer außergewöhnlichen und zunehmenden Divergenz zwischen Produktion und Beschäftigung in den Kernländern und jenen der Peripherieländer geführt haben; in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 % betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 % betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

Or. en

Änderungsantrag 17
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag

F. in der Erwägung, dass die Auswirkungen der Krise **und der übertriebenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre** zu einer außergewöhnlichen und zunehmenden Divergenz zwischen Produktion und Beschäftigung in den Kernländern und jenen der Peripherieländer geführt haben; in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 % betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass die Auswirkungen der Krise zu einer außergewöhnlichen und zunehmenden Divergenz zwischen Produktion und Beschäftigung in den Kernländern und jenen der Peripherieländer geführt haben; in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 % betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

Or. en

Änderungsantrag 18
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag

F. in der Erwägung, dass die Auswirkungen der Krise **und der übertriebenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre** zu einer außergewöhnlichen und zunehmenden Divergenz zwischen Produktion und Beschäftigung in den Kernländern und jenen der Peripherieländer geführt haben; in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass die Auswirkungen der Krise zu einer außergewöhnlichen und zunehmenden Divergenz zwischen Produktion und Beschäftigung in den Kernländern und jenen der Peripherieländer geführt haben; in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 %

und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 % betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

Or. en

Änderungsantrag 19
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fa. in der Erwägung, dass eine wachstumsfördernde und differenzierte Haushaltskonsolidierung angestrebt werden muss, um langfristig die Tragfähigkeit des Wohlfahrtsstaates und der öffentlichen Finanzen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 20
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Erwägung F b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fb. in der Erwägung, dass wirtschaftliche Verbesserungen daher als Ermutigung angesehen werden sollten, die Bemühungen entschlossen fortzusetzen, dass man jedoch das Tempo herabsetzen sollte, um den Schwerpunkt auf das Wachstum und die Beschäftigung zu setzen und so den Reformprogrammen hinsichtlich der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung einer dauerhaften Erholung nachzukommen;

Änderungsantrag 21
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag

F. in der Erwägung, dass die Auswirkungen der Krise und der **übertriebenen** Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre zu einer außergewöhnlichen und zunehmenden Divergenz zwischen Produktion und Beschäftigung in den Kernländern und jenen der Peripherieländer geführt haben; in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 % betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass die Auswirkungen der Krise und der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, **nämlich der Troika-Programme**, der letzten Jahre zu einer außergewöhnlichen und zunehmenden Divergenz zwischen Produktion und Beschäftigung in den Kernländern und jenen der Peripherieländer geführt haben; in der Erwägung, dass der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der Kernländer und jenen der Peripherieländer im Jahre 2012 10 Prozent erreicht hat, während er im Jahr 2000 lediglich 3,5 % betrug; in der Erwägung, dass dieser Unterschied in diesem Jahr voraussichtlich einen Spitzenwert erreichen wird;

Änderungsantrag 22
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass systematische Fehler in den wirtschaftlichen Prognosen der Kommission bezüglich des Wachstums und der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre zeigen, dass neue Diagnosen und Strategien notwendig sind, um die Krise zu bewältigen; in der Erwägung, dass die

Geänderter Text

entfällt

Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ebenso schwere Auswirkungen auf die interne Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Or. en

Änderungsantrag 23 **Sari Essayah**

Entschließungsantrag **Erwägung G**

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass systematische Fehler in den wirtschaftlichen Prognosen der Kommission bezüglich des Wachstums und der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre zeigen, dass neue Diagnosen und Strategien notwendig sind, um die Krise zu bewältigen; in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ***ebenso schwere*** Auswirkungen auf die interne Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ***noch immer dieselben*** Auswirkungen auf die interne Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Or. en

Änderungsantrag 24 **Marian Harkin**

Entschließungsantrag

Erwägung G

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass systematische Fehler in den wirtschaftlichen Prognosen der Kommission bezüglich des Wachstums und der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre zeigen, dass **neue Diagnosen und Strategien** notwendig sind, **um die Krise zu bewältigen**; in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ebenso schwere Auswirkungen auf die interne Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass systematische Fehler in den wirtschaftlichen Prognosen der Kommission bezüglich des Wachstums und der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre zeigen, dass **bessere Prognosemodelle** notwendig sind; in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ebenso schwere Auswirkungen auf die interne Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Or. en

Änderungsantrag 25

Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag

Erwägung G

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass systematische Fehler in den wirtschaftlichen Prognosen der Kommission bezüglich des Wachstums und der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre zeigen, dass neue Diagnosen und Strategien notwendig sind, um die Krise zu bewältigen; in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass **die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ebenso schwere Auswirkungen auf die interne**

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass **es jedoch klare Warnzeichen für eine Deflation gibt, die zusammen mit dem derzeitigen** Stillstand der Investitionen und des Wachstums und **dem schwachen Beschäftigungszuwachs für die europäische Wirtschaft sehr schädlich sein könnte und bekämpft werden muss;**

Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Or. en

**Änderungsantrag 26
Inês Cristina Zuber**

**Entschließungsantrag
Erwägung G**

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass ***systematische Fehler in den wirtschaftlichen Prognosen der Kommission bezüglich des Wachstums und der Arbeitslosigkeit*** der letzten Jahre zeigen, dass neue Diagnosen und Strategien notwendig sind, um die Krise zu bewältigen; in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ebenso schwere Auswirkungen auf die interne Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass ***die politischen Optionen*** der Kommission der letzten Jahre zeigen, dass neue Diagnosen und Strategien notwendig sind, um die Krise zu bewältigen; in der Erwägung, dass die Haushaltskonsolidierung sich verlangsamt hat, dass die deflationären Auswirkungen bestimmter Strukturreformen mit Schwerpunkt auf externer Nachfrage jedoch ebenso schwere Auswirkungen auf die interne Nachfrage haben und zu einem Stillstand der Investitionen und des Wachstums und einem schwachen Beschäftigungszuwachs führen;

Or. en

**Änderungsantrag 27
Verónica Lope Fontagné**

**Entschließungsantrag
Erwägung G a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ga. in der Erwägung, dass durch die demografischen Entwicklungen

angesichts der Pensionierung der ersten Jahrgänge der „Baby-Boom-Generation“ der Druck auf die nationalen Haushalte und die Rentensysteme erhöht wurde;

Or. en

Änderungsantrag 28
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Erwägung G b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Gb. in der Erwägung, dass die Lebenserwartung weiter steigt: für Männer von 76,7 Jahren (2010) auf 78,6 Jahre (2020), für Frauen von 82,5 Jahren (2010) auf 84 Jahre (2020);

Or. en

Änderungsantrag 29
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Erwägung G c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Gc. unter Berücksichtigung des Koeffizienten der Lebenserwartung im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Rentensysteme;

Or. en

Änderungsantrag 30
Philippe De Backer

**Entschließungsantrag
Erwägung H**

Entschließungsantrag

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden, während interne Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten zugenommen haben; ***in der Erwägung, dass es nicht nur ein einziges, für alle Mitglieder der Eurozone gleichzeitig angewendetes politisches Konzept geben kann, das auf der externen Nachfrage beruht und die interne Nachfrage einschränkt; in der Erwägung, dass dadurch die (unterschätzten) negativen Auswirkungen gleichzeitig eingeführter Sparprogramme verschärft werden und so die interne Nachfrage zurückgeht, was in Zeiten mit schwachen Wachstumsaussichten der Schwellenländer zu einer übermäßigen Abhängigkeit von der Nachfrage aus Drittländern führt;***

Geänderter Text

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden, während interne Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten zugenommen haben;

Or. en

**Änderungsantrag 31
Sari Essayah**

**Entschließungsantrag
Erwägung H**

Entschließungsantrag

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden, ***während interne Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten zugenommen haben;*** in der Erwägung, dass es nicht nur ein einziges, für alle Mitglieder der Eurozone gleichzeitig angewendetes

Geänderter Text

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden; in der Erwägung, dass es nicht nur ein einziges, für alle Mitglieder der Eurozone gleichzeitig angewendetes politisches Konzept geben kann, das auf der externen Nachfrage beruht und die interne

politisches Konzept geben kann, das auf der externen Nachfrage beruht und die interne Nachfrage einschränkt; ***in der Erwägung, dass dadurch die (unterschätzten) negativen Auswirkungen gleichzeitig eingeführter Sparprogramme verschärft werden und so die interne Nachfrage zurückgeht, was in Zeiten mit schwachen Wachstumsaussichten der Schwellenländer zu einer übermäßigen Abhängigkeit von der Nachfrage aus Drittländern führt;***

Nachfrage einschränkt;

Or. en

Änderungsantrag 32 Marian Harkin

Entschließungsantrag Erwägung H

Entschließungsantrag

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden, während interne Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten zugenommen haben; in der Erwägung, dass es nicht nur ein einziges, für alle Mitglieder der Eurozone gleichzeitig angewendetes politisches Konzept geben kann, das auf der externen Nachfrage beruht und die interne Nachfrage einschränkt; in der Erwägung, dass dadurch die (unterschätzten) negativen Auswirkungen gleichzeitig eingeführter Sparprogramme verschärft werden und so die interne Nachfrage zurückgeht, was in Zeiten mit schwachen Wachstumsaussichten der Schwellenländer zu einer übermäßigen Abhängigkeit von der Nachfrage aus Drittländern führt;

Geänderter Text

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden, während interne Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten zugenommen haben; ***in der Erwägung, dass ein höherer Wechselkurs des Euros gegenüber dem Dollar und dem Pfund seit 2007 für die gefährdeten Mitglieder der Eurozone, die sich um eine Erhöhung der Exporte bemühten, zusätzliche Schwierigkeiten schaffte;*** in der Erwägung, dass es nicht nur ein einziges, für alle Mitglieder der Eurozone gleichzeitig angewendetes politisches Konzept geben kann, das auf der externen Nachfrage beruht und die interne Nachfrage einschränkt; in der Erwägung, dass dadurch die (unterschätzten) negativen Auswirkungen gleichzeitig eingeführter Sparprogramme verschärft werden und so die interne Nachfrage zurückgeht, was in Zeiten mit

schwachen Wachstumsaussichten der Schwellenländer zu einer übermäßigen Abhängigkeit von der Nachfrage aus Drittländern führt;

Or. en

Änderungsantrag 33
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden, während interne Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten zugenommen haben; in der Erwägung, dass es nicht nur ein einziges, für alle ***Mitglieder der Eurozone gleichzeitig*** angewendetes politisches Konzept geben kann, ***das auf der externen Nachfrage beruht und die interne Nachfrage einschränkt***, in der Erwägung, dass dadurch die ***(unterschätzten) negativen Auswirkungen gleichzeitig eingeführter Sparprogramme verschärft werden und so die interne Nachfrage zurückgeht, was in Zeiten mit schwachen Wachstumsaussichten der Schwellenländer zu einer übermäßigen Abhängigkeit von der Nachfrage aus Drittländern führt***;

Geänderter Text

H. in der Erwägung, dass bestimmte makroökonomische Ungleichgewichte wie im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abgebaut wurden, während interne Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten zugenommen haben; in der Erwägung, dass es nicht nur ein einziges, für alle angewendetes politisches Konzept geben kann ***und dass weiterhin Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung des Wachstums und des Beschäftigungszuwachses notwendig sind***;

Or. en

Änderungsantrag 34
Philippe De Backer

Entschließungsantrag

Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ha. in der Erwägung, dass sich die in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet bestehende Kluft in den Unterschieden der Zinssätze auf Staatsanleihen widerspiegelt;

Or. en

**Änderungsantrag 35
Philippe De Backer**

**Entschließungsantrag
Erwägung H b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Hb. in der Erwägung, dass die hohen Zinssätze auf Staatsanleihen in bestimmten Ländern des Euro-Währungsgebiets auf den empfundenen Mangel an Glaubwürdigkeit dieser Länder bezüglich ihrer Fähigkeit zur Durchführung von Strukturreformen zurückzuführen sind;

Or. en

**Änderungsantrag 36
Philippe De Backer**

**Entschließungsantrag
Erwägung H c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Hc. in der Erwägung, dass es im Euro-Währungsgebiet in den ersten zehn Jahren nach der Euro-Einführung verpasst wurde, die allgemeine Senkung der Zinssätze auf Staatsanleihen zu

*nutzen, was sich unter anderem in
durchgehend hohen
Leistungsbilanzdefiziten und stark
ansteigenden Lohnstückkosten
widerspiegelt;*

Or. en

Änderungsantrag 37
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung H d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*Hd. in der Erwägung, dass die derzeitige
Anpassung in bestimmten Ländern in
politischer, wirtschaftlicher und sozialer
Hinsicht einfacher wäre, wenn das
positive Wirtschaftsklima während der
ersten zehn Jahre des Euro für eine
Anpassung genutzt worden wäre;*

Or. en

Änderungsantrag 38
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*I. in der Erwägung, dass die
Strukturreformen in den Mitgliedstaaten
unterschiedlich schnell und intensiv
durchgeführt wurden und für die
Peripherieländer eine weit größere
Herausforderung darstellen als für die
Kernländer, was voraussichtlich zu noch
größeren Unterschieden bei der
Schaffung von Wachstum führt;*

entfällt

Änderungsantrag 39
Sari Essayah

Entschließungsantrag

Erwägung I

Entschließungsantrag

I. in der Erwägung, dass die Strukturreformen in den Mitgliedstaaten unterschiedlich schnell und intensiv durchgeführt wurden und für die **Peripherieländer** eine weit größere Herausforderung darstellen **als für die Kernländer, was voraussichtlich zu noch größeren Unterschieden bei der Schaffung von Wachstum führt;**

Geänderter Text

I. in der Erwägung, dass die Strukturreformen in den Mitgliedstaaten **je nach deren Situation** unterschiedlich schnell und intensiv durchgeführt wurden und für die **Länder mit den größten Problemen** eine weit größere Herausforderung darstellen, **dass jedoch alle Mitgliedstaaten Anpassungen ihrer öffentlichen Finanzen vornehmen mussten;**

Änderungsantrag 40
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag

Erwägung I

Entschließungsantrag

I. in der Erwägung, dass die Strukturreformen in den Mitgliedstaaten unterschiedlich schnell und intensiv durchgeführt wurden und für die Peripherieländer eine weit größere Herausforderung darstellen als für die Kernländer, **was voraussichtlich zu noch größeren Unterschieden bei der Schaffung von Wachstum führt;**

Geänderter Text

I. in der Erwägung, dass die Strukturreformen in den Mitgliedstaaten unterschiedlich schnell und intensiv durchgeführt wurden und für die Peripherieländer eine weit größere Herausforderung darstellen als für die Kernländer, **während alle Mitgliedstaaten mit demselben Schwung die notwendigen Strukturreformen durchführen sollten;**

Änderungsantrag 41
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag

J. in der Erwägung, dass die zunehmenden sozioökonomischen Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten derzeit die größte Herausforderung für die EU darstellen; in der Erwägung, dass sich die hohe Arbeitslosigkeit und die derzeit bestehenden sozialen Probleme durch den Binnenhandel auch auf andere Mitgliedstaaten ausdehnen können und dass die Aushöhlung von Humankapital zu einer Verschlechterung der langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen kann, wodurch die wirtschaftlichen Grundlagen der gesamten EU geschwächt werden; in der Erwägung, dass es im Interesse aller Mitgliedstaaten liegt, dass die Beschäftigung und die sozialen Herausforderungen zeitgerecht und wirksam angegangen werden;

Geänderter Text

J. in der Erwägung, dass es im Interesse aller Mitgliedstaaten liegt, dass die Beschäftigung und die sozialen Herausforderungen zeitgerecht und wirksam angegangen werden;

Or. en

Änderungsantrag 42
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag

J. in der Erwägung, dass die zunehmenden sozioökonomischen Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten derzeit **die größte** Herausforderung für die **EU**

Geänderter Text

J. in der Erwägung, dass **alle Mitgliedstaaten ihre Leistungen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern müssen und dass** die zunehmenden

darstellen; in der Erwägung, dass sich die **hohe** Arbeitslosigkeit und die **derzeit bestehenden** sozialen Probleme durch den Binnenhandel auch auf andere Mitgliedstaaten ausdehnen können und dass die Aushöhlung von Humankapital zu einer Verschlechterung der langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen kann, **wodurch die wirtschaftlichen Grundlagen der gesamten EU geschwächt werden**; in der Erwägung, dass es im Interesse aller Mitgliedstaaten liegt, dass die Beschäftigung und die sozialen Herausforderungen zeitgerecht und wirksam angegangen werden;

sozioökonomischen Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten derzeit **eine große** Herausforderung für die **Eurozone** darstellen; in der Erwägung, dass sich die Arbeitslosigkeit und die sozialen Probleme durch den Binnenhandel auch auf andere Mitgliedstaaten ausdehnen können und dass die Aushöhlung von Humankapital zu einer Verschlechterung der langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen kann; in der Erwägung, dass es im Interesse aller Mitgliedstaaten liegt, dass die Beschäftigung und die sozialen Herausforderungen zeitgerecht und wirksam angegangen werden;

Or. en

Änderungsantrag 43 **Inês Cristina Zuber**

Entschließungsantrag **Erwägung L**

Entschließungsantrag

L. in der Erwägung, dass die KMU das Rückgrat der europäischen Wirtschaft darstellen, dass sie jedoch in beunruhigendem Maße überschuldet sind und den höchsten Kreditkosten sowie einer Verringerung der Verfügbarkeit von Krediten gegenüberstehen; in der Erwägung, dass kleinere Unternehmen in den Peripherieländern für Bankdarlehen zwischen 4 und 6 Prozent mehr zahlen als jene in Mitteleuropa, was zu einer erheblichen Benachteiligung und zu einer Verschlechterung der Chancen für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen führt;

Geänderter Text

L. in der Erwägung, dass die KMU das Rückgrat der europäischen Wirtschaft darstellen, dass sie jedoch in beunruhigendem Maße überschuldet sind und den höchsten Kreditkosten sowie einer Verringerung der Verfügbarkeit von Krediten gegenüberstehen; in der Erwägung, dass kleinere Unternehmen in den Peripherieländern für Bankdarlehen zwischen 4 und 6 Prozent mehr zahlen als jene in Mitteleuropa, was zu einer erheblichen Benachteiligung und zu einer Verschlechterung der Chancen für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen führt; **in der Erwägung, dass tausende KMU täglich aufgrund der Einschränkungen des Binnenmarkts und der Verringerung**

der Familieneinkommen;

Or. en

Änderungsantrag 44
Marian Harkin

Entschließungsantrag
Erwägung M a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ma. in der Erwägung, dass die Unterstützung der Unternehmer eine Priorität der Mitgliedstaaten darstellen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 45
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag

Geänderter Text

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit stabilen Arbeitsmarkteinrichtungen, einem unsegmentierten Arbeitsmarkt, **koordinierten Kollektivverhandlungen und einem mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Wohlfahrtssystem (das als automatischer Stabilisator wirkt), kombiniert, unerlässlich** ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit stabilen Arbeitsmarkteinrichtungen, einem unsegmentierten Arbeitsmarkt, kombiniert, unerlässlich ist, **während ein System auf der Grundlage einer schnellen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und flankierender Flexicurity-Maßnahmen wichtig** ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

Or. en

Änderungsantrag 46

Marian Harkin

**Entschließungsantrag
Erwägung N**

Entschließungsantrag

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit stabilen Arbeitsmarkteinrichtungen, einem unsegmentierten Arbeitsmarkt, koordinierten Kollektivverhandlungen und einem mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Wohlfahrtssystem (das als automatischer Stabilisator wirkt), kombiniert, unerlässlich ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

Geänderter Text

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit stabilen Arbeitsmarkteinrichtungen, einem unsegmentierten **und flexiblen** Arbeitsmarkt, koordinierten Kollektivverhandlungen und einem mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Wohlfahrtssystem (das als automatischer Stabilisator wirkt), kombiniert, unerlässlich ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

Or. en

**Änderungsantrag 47
Verónica Lope Fontagné**

**Entschließungsantrag
Erwägung N**

Entschließungsantrag

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit **stabilen Arbeitsmarkteinrichtungen, einem unsegmentierten Arbeitsmarkt, koordinierten Kollektivverhandlungen** und einem mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Wohlfahrtssystem (das als automatischer Stabilisator wirkt), kombiniert, unerlässlich ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

Geänderter Text

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit **gut funktionierenden Arbeitsmärkten** und einem mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten **und effizienten** Wohlfahrtssystem (das als automatischer Stabilisator wirkt), kombiniert, unerlässlich ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

Or. en

Änderungsantrag 48
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit stabilen Arbeitsmarkteinrichtungen, einem unsegmentierten Arbeitsmarkt, koordinierten Kollektivverhandlungen und einem mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Wohlfahrtssystem (*das als automatischer Stabilisator wirkt*), kombiniert, unerlässlich ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

Geänderter Text

N. in der Erwägung, dass ein kohärenter Policy-Mix, der makroökonomische und strukturpolitische Maßnahmen mit stabilen Arbeitsmarkteinrichtungen, einem unsegmentierten Arbeitsmarkt, koordinierten Kollektivverhandlungen und einem mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Wohlfahrtssystem kombiniert, unerlässlich ist, um die Konjunkturkrisen aufzufangen;

Or. en

Änderungsantrag 49
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag

O. in der Erwägung, dass es seit dem Jahr 2010 immer größere Unterschiede bei der Fähigkeit der nationalen Stabilisatoren zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und deren beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen gab, wobei diese Fähigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern fast verschwunden ist; in der Erwägung, dass das Einkommen der Haushalte und damit auch die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger geschützt werden als vorher, wodurch die Rezession weiter verschärft wird; in der Erwägung, dass der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen

Geänderter Text

O. in der Erwägung, dass der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments am 9. Juli 201 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – Europäisches System der Arbeitslosenunterstützung“ hielt, bei der die Notwendigkeit automatischer Stabilisatoren für die Eurozone **erörtert** wurde;

Parlaments am 9. Juli 201 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – Europäisches System der Arbeitslosenunterstützung“ hielt, bei der die Notwendigkeit automatischer Stabilisatoren für die Eurozone *ermittelt* wurde;

Or. en

Änderungsantrag 50 **Sari Essayah**

Entschließungsantrag **Erwägung O**

Entschließungsantrag

O. in der Erwägung, dass es seit dem Jahr 2010 immer größere Unterschiede bei der Fähigkeit der nationalen Stabilisatoren zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und deren beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen gab, wobei diese Fähigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern fast verschwunden ist; in der Erwägung, dass das Einkommen der Haushalte und damit auch die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger geschützt werden als vorher, *wodurch die Rezession weiter verschärft wird; in der Erwägung, dass der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments am 9. Juli 201 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – Europäisches System der Arbeitslosenunterstützung“ hielt, bei der die Notwendigkeit automatischer Stabilisatoren für die Eurozone ermittelt wurde;*

Geänderter Text

O. in der Erwägung, dass es seit dem Jahr 2010 immer größere Unterschiede bei der Fähigkeit der nationalen Stabilisatoren zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und deren beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen gab, wobei diese Fähigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern fast verschwunden ist; in der Erwägung, dass das Einkommen der Haushalte und damit auch die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger geschützt werden als vorher;

Or. en

Änderungsantrag 51
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag

O. in der Erwägung, dass es seit dem Jahr 2010 immer größere Unterschiede bei der Fähigkeit der nationalen Stabilisatoren zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und deren beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen gab, wobei diese Fähigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern fast verschwunden ist; in der Erwägung, dass das Einkommen der Haushalte und damit auch die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger geschützt werden als vorher, wodurch die Rezession weiter verschärft wird; in der Erwägung, dass der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments am 9. Juli 2011 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – Europäisches System der Arbeitslosenunterstützung“ hielt, ***bei der die Notwendigkeit automatischer Stabilisatoren für die Eurozone ermittelt wurde;***

Geänderter Text

O. in der Erwägung, dass es seit dem Jahr 2010 immer größere Unterschiede bei der Fähigkeit der nationalen Stabilisatoren zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und deren beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen gab, wobei diese Fähigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern fast verschwunden ist; in der Erwägung, dass das Einkommen der Haushalte und damit auch die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger geschützt werden als vorher, wodurch die Rezession weiter verschärft wird; in der Erwägung, dass der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments am 9. Juli 2011 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – Europäisches System der Arbeitslosenunterstützung“ hielt;

Or. en

Änderungsantrag 52
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag

O. in der Erwägung, dass es seit dem Jahr 2010 **immer größere Unterschiede bei der Fähigkeit der nationalen** Stabilisatoren **zur Bewältigung der** Wirtschaftskrise und deren beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen **gab**, wobei diese Fähigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern fast verschwunden ist; in der Erwägung, dass das Einkommen der Haushalte und damit auch die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger geschützt werden als vorher, wodurch die Rezession weiter verschärft wird; in der Erwägung, dass der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments am 9. Juli 201 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – Europäisches System der Arbeitslosenunterstützung“ hielt, bei der die Notwendigkeit automatischer Stabilisatoren für die Eurozone ermittelt wurde;

Geänderter Text

O. in der Erwägung, dass es seit dem Jahr 2010 **Angriffe auf die sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen** Stabilisatoren **gab, um die** Wirtschaftskrise und deren beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen **zu bekämpfen**, wobei diese Fähigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern fast verschwunden ist; in der Erwägung, dass das Einkommen der Haushalte und damit auch die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger geschützt werden als vorher, wodurch die Rezession weiter verschärft wird; in der Erwägung, dass der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments am 9. Juli 201 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – Europäisches System der Arbeitslosenunterstützung“ hielt, bei der die Notwendigkeit automatischer Stabilisatoren für die Eurozone ermittelt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 53
Alejandro Cercas, Sergio Gutiérrez Prieto

Entschließungsantrag
Erwägung P

Entschließungsantrag

in der Erwägung, dass das Ausmaß der Armut seit dem Jahr 2007 zugenommen hat und derzeit 24,2 % der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet sind; in der Erwägung, dass die Ausgaben für Sozialschutz in beinahe allen Mitgliedstaaten gekürzt wurden und dass

Geänderter Text

in der Erwägung, dass das Ausmaß der Armut seit dem Jahr 2007 zugenommen hat und derzeit 24,2 % der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet sind; in der Erwägung, dass die Ausgaben für Sozialschutz in beinahe allen Mitgliedstaaten gekürzt wurden und dass

laut dem Ausschuss für Sozialschutz (SPC) aufgrund der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung immer mehr Menschen von der Gefahr der einkommensbedingten Armut, der Kinderarmut, der extremen materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung bedroht sind;

laut dem Ausschuss für Sozialschutz (SPC) aufgrund der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung immer mehr Menschen von der Gefahr der einkommensbedingten Armut, der Kinderarmut, **der medizinischen Versorgungslücken**, der extremen materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung bedroht sind;

Or. en

Änderungsantrag 54 **Sari Essayah**

Entschließungsantrag **Erwägung P**

Entschließungsantrag

in der Erwägung, dass das Ausmaß der Armut seit dem Jahr 2007 zugenommen hat und derzeit 24,2 % der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet sind; in der Erwägung, dass die Ausgaben für Sozialschutz in beinahe allen Mitgliedstaaten gekürzt wurden und dass laut dem Ausschuss für Sozialschutz (SPC) **aufgrund der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung** immer mehr Menschen von der Gefahr der einkommensbedingten Armut, der Kinderarmut, der extremen materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung bedroht sind;

Geänderter Text

P. in der Erwägung, dass das Ausmaß der Armut seit dem Jahr 2007 **erschreckend** zugenommen hat und derzeit 24,2 % der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet sind; in der Erwägung, dass die Ausgaben für Sozialschutz in beinahe allen Mitgliedstaaten gekürzt wurden und dass laut dem Ausschuss für Sozialschutz (SPC) immer mehr Menschen von der Gefahr der einkommensbedingten Armut, der Kinderarmut, der extremen materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung bedroht sind;

Or. en

Änderungsantrag 55 **Philippe De Backer**

Entschließungsantrag **Erwägung P a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Pa. in der Erwägung, dass der Binnenmarkt durch größenbedingte Einsparungen und einen stärkeren Wettbewerb die entscheidende Triebkraft für Wachstum und Beschäftigung der EU ist, dass die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt, vor allem hinsichtlich der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, jedoch eine gewisse Selbstzufriedenheit an den Tag legen;

Or. en

Änderungsantrag 56
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung Q

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Q. in der Erwägung, dass die EU trotz der Dringlichkeit der Lage beinahe alle Ziele von Europa 2020 verfehlen wird und dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten beim Erreichen der für Europa 2020 festgelegten Ziele ernüchternd sind; in der Erwägung, dass die im Rahmen der nationalen Reformprogramme des Jahres 2013 eingegangenen Verpflichtungen in den meisten Fällen nicht ausreichen, um die auf EU-Ebene festgelegten Ziele zu erreichen;

Q. in der Erwägung, dass die EU trotz der Dringlichkeit der Lage beinahe alle Ziele von Europa 2020 verfehlen wird und dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten beim Erreichen der für Europa 2020 festgelegten Ziele ernüchternd sind; in der Erwägung, dass die im Rahmen der nationalen Reformprogramme des Jahres 2013 eingegangenen Verpflichtungen ***und die entsprechenden Empfehlungen*** in den meisten Fällen nicht ausreichen, um die auf EU-Ebene festgelegten Ziele zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 57
Sari Essayah

Entschließungsantrag

Erwägung Q

Entschließungsantrag

Q. in der Erwägung, dass die EU **trotz der Dringlichkeit der Lage** beinahe alle Ziele von Europa 2020 verfehlen wird und dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten beim Erreichen der für Europa 2020 festgelegten Ziele ernüchternd sind; in der Erwägung, dass die im Rahmen der nationalen Reformprogramme des Jahres 2013 eingegangenen Verpflichtungen in den meisten Fällen nicht ausreichen, um die auf EU-Ebene festgelegten Ziele zu erreichen;

Geänderter Text

Q. in der Erwägung, dass die EU beinahe alle Ziele von Europa 2020 verfehlen wird und dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten beim Erreichen der für Europa 2020 festgelegten Ziele ernüchternd sind; in der Erwägung, dass die im Rahmen der nationalen Reformprogramme des Jahres 2013 eingegangenen Verpflichtungen in den meisten Fällen nicht ausreichen, um die auf EU-Ebene festgelegten Ziele zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 58 Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag Erwägung Q

Entschließungsantrag

Q. in der Erwägung, dass die EU trotz der Dringlichkeit der Lage beinahe alle Ziele von Europa 2020 verfehlen wird und dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten beim Erreichen der für Europa 2020 festgelegten Ziele ernüchternd sind; in der Erwägung, dass die im Rahmen der nationalen Reformprogramme des Jahres 2013 eingegangenen Verpflichtungen **in den meisten Fällen nicht ausreichen, um die auf EU-Ebene festgelegten Ziele zu erreichen**;

Geänderter Text

Q. in der Erwägung, dass die EU trotz der Dringlichkeit der Lage beinahe alle Ziele von Europa 2020 verfehlen wird und dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten beim Erreichen der für Europa 2020 festgelegten Ziele ernüchternd sind; in der Erwägung, dass die im Rahmen der nationalen Reformprogramme des Jahres 2013 eingegangenen Verpflichtungen **politisch eine falsche Zielrichtung hatten, um sozialen Fortschritt und Wachstum zu erzielen**;

Or. en

Änderungsantrag 59 Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag

R. in der Erwägung, dass die demokratische Rechenschaftspflicht, die Eigenverantwortung und die Legitimität aller Akteure des Europäischen Semesters gefördert werden müssen; in der Erwägung, dass eine angemessene Einbindung des Parlaments einen wichtigen Bestandteil dieses Prozesses darstellt; in der Erwägung, dass die innerstaatlichen Parlamente die von den Bürgern erworbenen und übertragenen Rechte vertreten und schützen müssen; in der Erwägung, dass **bei der Einführung des Europäischen Semesters die Vorrechte der innerstaatlichen Parlamente voll und ganz respektiert werden müssen**;

Geänderter Text

R. in der Erwägung, dass die demokratische Rechenschaftspflicht, die Eigenverantwortung und die Legitimität aller Akteure des Europäischen Semesters gefördert werden müssen; in der Erwägung, dass eine angemessene Einbindung des Parlaments einen wichtigen Bestandteil dieses Prozesses darstellt; in der Erwägung, dass die innerstaatlichen Parlamente die von den Bürgern erworbenen und übertragenen Rechte vertreten und schützen müssen; in der Erwägung, dass **eine Änderung der bisherigen makroökonomischen Maßnahmen (d. h. Unterbrechung des Fiskalpakts, Europäisches Semester, wirtschaftspolitische Steuerung, Aussetzung des Privatisierungs- und Liberalisierungsprozesses usw.) notwendig ist, um der Schaffung von qualitativ hochwertigen, rechtlich abgesicherten Arbeitsplätzen mit höheren Löhnen, weniger Armut und der Verstärkung der sozialen Eingliederung und des sozialen Fortschritts Priorität einzuräumen**;

Or. en

Änderungsantrag 60
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung R a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ra. in der Erwägung, dass durch die Vorkehrungen nicht sichergestellt wird, dass der Europäische Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments respektiert,

*bevor er alljährlich die von der
Kommission im Jahreswachstumsbericht
vorgeschlagenen Prioritäten
verabschiedet;*

Or. en

Änderungsantrag 61
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer -1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*-1 a. äußert sich tief besorgt über die
begrenzte Rolle des Europäischen
Parlaments bei der Definition der
wirtschaftlichen Schwerpunkte im
Europäischen Semester; bedauert, dass
die Kommission und der Rat kaum
Fortschritte bei der Stärkung der
demokratischen Kontrolle der
wirtschaftspolitischen Leitlinien erzielt
haben;*

Or. en

Änderungsantrag 62
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer -1 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*-1b. fordert die Kommission und den Rat
auf, mit dem Parlament eine
interinstitutionelle Vereinbarung zu
schließen, um dem Parlament in vollem
Umfang eine Rolle bei dem Entwurf und
der Genehmigung des
Jahreswachstumsberichts und den
wirtschafts- und*

Änderungsantrag 63
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. begrüßt die Tatsache, dass in diesem Jahr der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, ein Begleitdokument zum Jahreswachstumsbericht, erstmals ein Scoreboard beschäftigungs- und sozialpolitischer Schlüsselindikatoren enthält, wodurch die Beobachtung der wirtschaftspolitischen und sozialen Fortschritte als Teil der makroökonomischen Überwachung des Europäischen Semesters gefördert wird; ***ist der Ansicht, dass dadurch die erforderliche Intensivierung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion anerkannt wird, die nicht nur erstrebenswert, sondern notwendig ist, um die Krise zu bewältigen, erhebliche sozioökonomische Unterschiede in der Eurozone zu vermeiden und gleichzeitig für eine stärkere Nachhaltigkeit zu sorgen;***

Geänderter Text

1. begrüßt die Tatsache, dass in diesem Jahr der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, ein Begleitdokument zum Jahreswachstumsbericht, erstmals ein Scoreboard beschäftigungs- und sozialpolitischer Schlüsselindikatoren enthält, wodurch die Beobachtung der wirtschaftspolitischen und sozialen Fortschritte als Teil der makroökonomischen Überwachung des Europäischen Semesters gefördert wird;

Änderungsantrag 64
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. begrüßt die Tatsache, dass in diesem Jahr der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, ein Begleitdokument zum Jahreswachstumsbericht, erstmals ein Scoreboard beschäftigungs- und sozialpolitischer Schlüsselindikatoren enthält, wodurch die Beobachtung der wirtschaftspolitischen und sozialen Fortschritte als Teil der makroökonomischen Überwachung des Europäischen Semesters gefördert wird; ist der Ansicht, dass dadurch die **erforderliche Intensivierung der sozialen** Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion **anerkannt** wird, die nicht nur erstrebenswert, sondern notwendig ist, um die Krise zu bewältigen, erhebliche sozioökonomische Unterschiede in der Eurozone zu vermeiden und gleichzeitig für eine stärkere Nachhaltigkeit zu sorgen;

Geänderter Text

1. begrüßt die Tatsache, dass in diesem Jahr der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, ein Begleitdokument zum Jahreswachstumsbericht, erstmals ein Scoreboard beschäftigungs- und sozialpolitischer Schlüsselindikatoren enthält, wodurch die Beobachtung der wirtschaftspolitischen und sozialen Fortschritte als Teil der makroökonomischen Überwachung des Europäischen Semesters gefördert wird; ist der Ansicht, dass dadurch die **politischen Leitlinien des Europäischen Semesters beeinflusst werden sollten, damit die soziale** Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion **gestärkt** wird, die nicht nur erstrebenswert, sondern notwendig ist, um die Krise zu bewältigen, erhebliche sozioökonomische Unterschiede in der Eurozone zu vermeiden und gleichzeitig für eine stärkere Nachhaltigkeit zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 65 Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag

1a. betont, dass die im Rahmenprogramm für Europa 2020 vereinbarten sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten eng miteinander verbunden sind; ist der Ansicht, dass die wirtschaftliche Nachhaltigkeit und das makroökonomische Gleichgewicht ohne die Verbesserung und den Schutz der

Geänderter Text

sozialen Dimension der WWU weder kurzfristig noch langfristig erreicht werden können; hält die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Union für zwei Seiten derselben Medaille mit einer Schlüsselrolle für die Entwicklung der EU;

Or. en

Änderungsantrag 66
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2. bedauert jedoch, dass diese Indikatoren im Gegensatz zum Scoreboard des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren nicht verbindlich sind; fordert die Kommission auf, dieser Situation abzuweichen, da sie nicht der Notwendigkeit einer Gleichstellung der makroökonomischen und der sozialen Aspekte Rechnung trägt, die im Europäischen Semester vorgesehen ist; hält diese Situation angesichts der wachsenden sozialen und beschäftigungspolitischen Ungleichgewichte in der EU für besonders besorgniserregend;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 67
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2. bedauert jedoch, dass diese Indikatoren im Gegensatz zum Scoreboard des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren nicht verbindlich sind; fordert die Kommission auf, dieser Situation abzuhelpfen, da sie nicht der Notwendigkeit einer Gleichstellung der makroökonomischen und der sozialen Aspekte Rechnung trägt, die im Europäischen Semester vorgesehen ist; hält diese Situation angesichts der wachsenden sozialen und beschäftigungspolitischen Ungleichgewichte in der EU für besonders besorgniserregend;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 68
Sari Essayah**

**Entschließungsantrag
Ziffer 2**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2. bedauert jedoch, dass diese Indikatoren im Gegensatz zum Scoreboard des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren nicht verbindlich sind; fordert die Kommission auf, dieser Situation abzuhelpfen, da sie nicht der Notwendigkeit einer Gleichstellung der makroökonomischen und der sozialen Aspekte Rechnung trägt, die im Europäischen Semester vorgesehen ist; hält diese Situation angesichts der wachsenden sozialen und beschäftigungspolitischen Ungleichgewichte in der EU für besonders besorgniserregend;

2. hält es für verständlich, dass diese Indikatoren im Gegensatz zum Scoreboard des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens nicht verbindlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 69
Sergio Gutierrez Prieto, Alejandro Cercas

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. bedauert, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut **und** angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Geänderter Text

3. bedauert, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut, angemessene Arbeitsbedingungen, **Zugang zu medizinischer Versorgung** sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Or. en

Änderungsantrag 70
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. bedauert, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für **Kinderarmut** und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um

Geänderter Text

3. bedauert, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für **Kinder- und Erwerbstätigenarmut** und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches

die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Existenzminimum, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;
ist der Ansicht, dass diese Indikatoren nach Anhörung des Parlaments regelmäßig erneuert werden und gegebenenfalls um andere festgelegte soziale Indikatoren erweitert werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 71
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. ***bedauert, dass*** die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren ***nicht ausreichen***, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; ***fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum***, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Geänderter Text

3. ***hält*** die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren ***für ausreichend***, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken ***und*** um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Or. en

Änderungsantrag 72
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. bedauert, dass die von der Kommission

Geänderter Text

3. bedauert, dass die von der Kommission

vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in **der EU** angemessen bewerten zu können;

vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in **den Mitgliedstaaten** angemessen bewerten zu können;

Or. en

Änderungsantrag 73 **Verónica Lope Fontagné**

Entschließungsantrag **Ziffer 3**

Entschließungsantrag

3. **bedauert**, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Geänderter Text

3. **ist der Ansicht**, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Or. en

Änderungsantrag 74 **Evelyn Regner**

Entschließungsantrag

Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. bedauert, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Geänderter Text

3. bedauert, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Beschäftigungs- und Sozialindikatoren nicht ausreichen, um die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Mitgliedstaaten umfassend abzudecken; fordert die Aufnahme zusätzlicher Indikatoren in das Scoreboard, wie beispielsweise Kennzahlen für Kinderarmut, **Beschäftigungsquoten ohne Minijobs** und angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Kennzahl für ein europäisches Existenzminimum, um die soziale Lage in der EU angemessen bewerten zu können;

Or. en

Änderungsantrag 75 **Philippe De Backer**

Entschließungsantrag **Ziffer 4**

Entschließungsantrag

4. fordert die Kommission auf, das soziale Scoreboard nicht nur als Analyseinstrument, sondern auch als Grundlage für die Ausarbeitung konkreter Angaben für die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung oder Vermeidung der Arbeitslosigkeit, Verringerung der sozialen Ungleichheiten, Förderung der aktiven Einbeziehung und Verhinderung des Sozialdumpings zu verwenden, die in die Gestaltung und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für das Jahr 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen werden;

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 76
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. fordert die Kommission auf, das soziale Scoreboard nicht nur als Analyseinstrument, sondern auch als Grundlage für die Ausarbeitung konkreter Angaben für die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung oder Vermeidung der Arbeitslosigkeit, Verringerung der sozialen Ungleichheiten, Förderung der aktiven Einbeziehung und Verhinderung des Sozialdumpings zu verwenden, die in die Gestaltung und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für das Jahr 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen werden;

Geänderter Text

4. fordert die Kommission auf, das soziale Scoreboard nicht nur als Analyseinstrument, sondern auch als Grundlage für die Ausarbeitung konkreter Angaben für die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung oder Vermeidung der Arbeitslosigkeit, **der Armut und der sozialen Ausgrenzung**, Verringerung der sozialen Ungleichheiten, Förderung der aktiven Einbeziehung und Verhinderung des Sozialdumpings zu verwenden, die in die Gestaltung und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für das Jahr 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen werden; **fordert die Kommission zur Entwicklung eines Systems auf, das Vorbeugungs- und Abhilfemaßnahmen auslöst, wenn die Indikatoren des sozialen Scoreboards die Schwellenwerte erreichen, die im Einvernehmen mit dem Europäischen Parlament festgelegt wurden;**

Or. en

Änderungsantrag 77
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. fordert die Kommission auf, das soziale Scoreboard nicht nur als Analyseinstrument, sondern auch als

Geänderter Text

4. fordert die Kommission auf, das soziale Scoreboard nicht nur als Analyseinstrument, sondern auch als

Grundlage für die Ausarbeitung konkreter Angaben für die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung oder Vermeidung der Arbeitslosigkeit, Verringerung der sozialen Ungleichheiten, Förderung der aktiven Einbeziehung und Verhinderung des Sozialdumpings zu verwenden, die in die Gestaltung und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für das Jahr 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen werden;

Grundlage für die Ausarbeitung konkreter Angaben für die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung oder Vermeidung der Arbeitslosigkeit, Verringerung der sozialen Ungleichheiten, Förderung der aktiven Einbeziehung und Verhinderung des Sozialdumpings zu verwenden, die in die Gestaltung und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für das Jahr 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen werden **und betont, dass diese Maßnahmen weiterhin gänzlich im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten liegen**;

Or. en

Änderungsantrag 78
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5. fordert den Rat auf, als soziale Grundsicherung der EU konkrete Richtwerte für Beschäftigungs- und Sozialindikatoren festzulegen, um zeitgerechte Aktivierungsmaßnahmen auf EU-Ebene auszulösen;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 79
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5. fordert den Rat auf, als soziale Grundsicherung der EU konkrete

entfällt

Richtwerte für Beschäftigungs- und Sozialindikatoren festzulegen, um zeitgerechte Aktivierungsmaßnahmen auf EU-Ebene auszulösen;

Or. en

Änderungsantrag 80
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. fordert den Rat auf, **als soziale Grundsicherung der EU** konkrete Richtwerte für Beschäftigungs- und Sozialindikatoren festzulegen, um zeitgerechte **Aktivierungsmaßnahmen** auf EU-Ebene auszulösen;

Geänderter Text

5. fordert den Rat auf, konkrete Richtwerte für Beschäftigungs- und Sozialindikatoren festzulegen, um zeitgerechte **Unterstützungsmaßnahmen** auf EU-Ebene auszulösen;

Or. en

Änderungsantrag 81
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

Treffen der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten der Eurogruppe

6. betont die Bedeutung des Treffens der Arbeits- und Sozialminister der Eurogruppe vor den Euro-Gipfeltreffen, um sicherzustellen, dass die sozialen und beschäftigungspolitischen Belange in den Diskussionen und Entscheidungen der Behörden der Eurozone umfassender behandelt werden und um einen Beitrag zu den Treffen der Staats- und

Geänderter Text

entfällt

Regierungschefs der Eurozone zu leisten;

Or. en

Änderungsantrag 82
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. betont die Bedeutung *des Treffens der Arbeits- und Sozialminister der Eurogruppe vor den Euro-Gipfeltreffen*, um sicherzustellen, dass die sozialen und beschäftigungspolitischen Belange in den Diskussionen und Entscheidungen der Behörden der Eurozone umfassender behandelt werden und um einen Beitrag zu den Treffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone zu leisten;

Geänderter Text

6. betont die Bedeutung *einer kohärenten Position des EPSCO- und des ECOFIN-Rates; fordert den Rat auf, gemeinsame Treffen in Erwägung zu ziehen*, um sicherzustellen, dass die sozialen und beschäftigungspolitischen Belange in den Diskussionen und Entscheidungen der Behörden der Eurozone umfassender behandelt werden und um einen Beitrag zu den Treffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone zu leisten;

Or. en

Änderungsantrag 83
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. weist darauf hin, dass das neue **makroökonomischen** Ungleichgewichtsverfahren bisher vorwiegend in Anspruch genommen wurde, um die Länder zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu bewegen, **wodurch der deflationäre Druck in Südeuropa gestiegen ist, ohne mit demselben Nachdruck in den Ländern, die über den erforderlichen Spielraum**

Geänderter Text

7. weist darauf hin, dass das neue **makroökonomische** Ungleichgewichtsverfahren bisher vorwiegend in Anspruch genommen wurde, um die Länder zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu bewegen;

verfügen, die Schaffung eines Inflationsdrucks durch Gehaltserhöhungen zu verlangen; warnt davor, dass durch die Verwendung desselben Instruments zur Förderung des Wachstums über den Außenhandel in allen Ländern der Eurozone die erwarteten Ergebnisse verschlechtert werden, da die externe Nachfrage zu Lasten der internen Nachfrage wächst;

Or. en

Änderungsantrag 84
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. weist darauf hin, dass das neue makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren bisher vorwiegend in Anspruch genommen wurde, um die Länder zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu bewegen, wodurch der deflationäre Druck in Südeuropa gestiegen ist, ohne mit demselben Nachdruck in den Ländern, die über den erforderlichen Spielraum verfügen, die Schaffung eines Inflationsdrucks durch Gehaltserhöhungen zu verlangen; warnt davor, dass durch die Verwendung desselben Instruments zur Förderung des Wachstums über den Außenhandel in allen Ländern der Eurozone die erwarteten Ergebnisse verschlechtert werden, da die externe Nachfrage zu Lasten der internen Nachfrage wächst;

Geänderter Text

*7. stellt fest, dass das neue makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren bisher vorwiegend in Anspruch genommen wurde, um die Länder zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu bewegen **und nimmt die Gehaltserhöhungen** in den Ländern **zur Kenntnis**, die über den erforderlichen Spielraum verfügen;*

Or. en

Änderungsantrag 85
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. weist darauf hin, dass das neue **makroökonomischen** Ungleichgewichtsverfahren bisher vorwiegend in Anspruch genommen wurde, um die Länder **zur** Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu **bewegen, wodurch der deflationäre Druck in Südeuropa gestiegen ist, ohne mit demselben** Nachdruck **in den Ländern, die über den erforderlichen Spielraum verfügen, die Schaffung eines Inflationsdrucks durch Gehaltserhöhungen** zu verlangen; **warnt davor, dass durch die Verwendung desselben Instruments zur Förderung des Wachstums über den Außenhandel in allen Ländern der Eurozone die erwarteten Ergebnisse verschlechtert werden, da die externe Nachfrage zu Lasten der internen Nachfrage wächst;**

Geänderter Text

7. weist darauf hin, dass das neue **makroökonomische** Ungleichgewichtsverfahren bisher vorwiegend in Anspruch genommen wurde, um die Länder **mit negativen Haushaltsungleichgewichten dazu zu bewegen, diese insbesondere durch die** Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu **bekämpfen, ohne in den Mitgliedstaaten mit positiven Ungleichgewichten denselben** Nachdruck zu verlangen;

Or. en

Änderungsantrag 86
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. weist darauf hin, dass das neue **makroökonomischen** Ungleichgewichtsverfahren bisher **vorwiegend** in Anspruch genommen wurde, um die Länder zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu bewegen, wodurch der deflationäre Druck in

Geänderter Text

7. weist darauf hin, dass das neue **makroökonomische** Ungleichgewichtsverfahren bisher in Anspruch genommen wurde, um die Länder zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit **(durch die Verringerung der Löhne und Einkommen)** zu

Südeuropa gestiegen ist, **ohne mit demselben Nachdruck in den Ländern, die über den erforderlichen Spielraum verfügen, die Schaffung eines Inflationsdrucks durch Gehaltserhöhungen zu verlangen; warnt davor, dass durch die Verwendung desselben Instruments zur Förderung des Wachstums über den Außenhandel in allen Ländern der Eurozone die erwarteten Ergebnisse verschlechtert werden, da die externe Nachfrage zu Lasten der internen Nachfrage wächst;**

bewegen, wodurch der deflationäre Druck in Südeuropa gestiegen ist; **betont, dass eine Politik des Wirtschaftswachstums immer mit einer Erhöhung der Gehälter und Renten und der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden ist;**

Or. en

Änderungsantrag 87
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7a. fordert die Kommission auf, die Durchsetzung der Umsetzung von Binnenmarktrechtsvorschriften zu beschleunigen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt, insbesondere die Dienstleistungsrichtlinie, vollständig umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 88
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8. fordert die Kommission auf, mehr

8. fordert die Kommission auf, mehr

Augenmerk auf die Ankurbelung der **noch immer stockenden** internen Nachfrage zu legen, da **diese** maßgeblich zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze, zur Verbesserung der Produktivität und zur Vermeidung von Deflationsrisiken beiträgt;

Augenmerk auf die Ankurbelung der internen Nachfrage **durch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und private Investitionen** zu legen, da **die interne Nachfrage** maßgeblich zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze, zur Verbesserung der Produktivität und zur Vermeidung von Deflationsrisiken beiträgt;

Or. en

Änderungsantrag 89 **Evelyn Regner**

Entschließungsantrag **Ziffer 9**

Entschließungsantrag

9. weist darauf hin, dass Strukturreformen mittel- bis langfristig Früchte tragen können, während die Kommission und der Rat zur Ankurbelung der internen Nachfrage der EU dringend einen ehrgeizigen, koordinierten Investitionsplan erstellen müssen, um kurzfristig Wachstum und qualifizierte Arbeitsplätze zu fördern und das Wachstumspotenzial mittelfristig zu erhöhen; stellt fest, dass die Hauptziele in der Strategie Europa 2020 und im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 bereits festgelegt wurden, dass die Finanzierung jedoch ausgebaut werden muss;

Geänderter Text

9. weist darauf hin, dass Strukturreformen mittel- bis langfristig Früchte tragen können, während die Kommission und der Rat zur Ankurbelung der internen Nachfrage der EU dringend einen ehrgeizigen, koordinierten Investitionsplan erstellen müssen, um kurzfristig Wachstum und qualifizierte Arbeitsplätze zu fördern und das Wachstumspotenzial mittelfristig zu erhöhen; stellt fest, dass die Hauptziele in der Strategie Europa 2020 und im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 bereits festgelegt wurden, dass die Finanzierung jedoch ausgebaut werden muss; **ermutigt die Mitgliedstaaten daher, ein Investitionspaket in Höhe von 2 % des BIP der EU einzurichten, um im Einklang mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. September 2013 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Mögliche Auswege (2013/2045(INI)) eine wesentliche Verbesserung der kurzfristigen Wirtschaftslage und der Situation am Arbeitsmarkt in den**

Änderungsantrag 90
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

9. weist darauf hin, dass Strukturreformen ***mittel- bis langfristig Früchte tragen können, während die Kommission und der Rat zur Ankurbelung der internen Nachfrage der EU dringend einen ehrgeizigen, koordinierten Investitionsplan erstellen müssen, um kurzfristig Wachstum und qualifizierte Arbeitsplätze zu fördern und das Wachstumspotenzial mittelfristig zu erhöhen***; stellt fest, dass die Hauptziele in der Strategie Europa 2020 und im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 bereits festgelegt wurden, dass die Finanzierung jedoch ausgebaut werden muss;

Geänderter Text

9. weist darauf hin, dass Strukturreformen ***notwendig sind, um die interne Nachfrage der EU anzukurbeln***; stellt fest, dass die Hauptziele in der Strategie Europa 2020 und im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 bereits festgelegt wurden, dass die Finanzierung jedoch ausgebaut werden muss;

Änderungsantrag 91
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag

9. weist darauf hin, dass Strukturreformen mittel- bis langfristig Früchte tragen können, während die Kommission und der Rat zur Ankurbelung der internen Nachfrage der EU ***dringend einen***

Geänderter Text

9. weist darauf hin, dass Strukturreformen mittel- bis langfristig Früchte tragen können, während die Kommission und der Rat zur Ankurbelung der internen Nachfrage der EU ***Investitionen fördern***

ehrgeizigen, koordinierten Investitionsplan erstellen müssen, um kurzfristig Wachstum und qualifizierte Arbeitsplätze zu fördern und das Wachstumspotenzial mittelfristig zu erhöhen; stellt fest, dass die Hauptziele in der Strategie Europa 2020 und im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 bereits festgelegt wurden, dass die Finanzierung jedoch ausgebaut werden muss;

müssen, um kurzfristig Wachstum und qualifizierte Arbeitsplätze zu fördern und das Wachstumspotenzial mittelfristig zu erhöhen; stellt fest, dass die Hauptziele in der Strategie Europa 2020 und im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 bereits festgelegt wurden, dass die Finanzierung jedoch ausgebaut werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 92
Joanna Skrzydlewska

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag

10. betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU mittel- bis langfristig vor allem durch produktivitätssteigernde Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung **und** ständige Innovation verbessert werden kann; ist der Ansicht, dass die EU durch diese Investitionen zu einem bevorzugten Standort weltweit tätiger Unternehmen, zu einem Exporteur von Produkten und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung und zu einem Anbieter von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wird;

Geänderter Text

10. betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU mittel- bis langfristig vor allem durch produktivitätssteigernde Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, ständige Innovation, **weitere Digitalisierung und Cloud-Dienste** verbessert werden kann; ist der Ansicht, dass die EU durch diese Investitionen zu einem bevorzugten Standort weltweit tätiger Unternehmen, zu einem Exporteur von Produkten und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung und zu einem Anbieter von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wird;

Or. en

Änderungsantrag 93
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag

10. betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU ***mittel- bis langfristig*** vor allem durch produktivitätssteigernde Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung und ständige Innovation verbessert ***werden kann***; ist der Ansicht, dass die EU durch diese Investitionen zu einem bevorzugten Standort weltweit tätiger Unternehmen, zu einem Exporteur von Produkten und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung und zu einem Anbieter von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wird;

Geänderter Text

10. betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU vor allem durch produktivitätssteigernde Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung und ständige Innovation verbessert ***wird***; ist der Ansicht, dass die EU durch diese Investitionen zu einem bevorzugten Standort weltweit tätiger Unternehmen, zu einem Exporteur von Produkten und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung und zu einem Anbieter von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wird;

Or. en

Änderungsantrag 94 **Joanna Skrzydlewska**

Entschließungsantrag **Ziffer 11**

Entschließungsantrag

11. äußert sich besorgt darüber, dass mehr als 20 Mitgliedstaaten die Bildungsausgaben relativ betrachtet (also in Prozent des BIP) gekürzt haben und so ihr ***Wachstums- und Beschäftigungspotenzial*** und ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden; weist darauf hin, dass durch die Reduzierung solcher Investitionen die Strukturschwäche der EU erhöht wird, was auf ***die zunehmende Diskrepanz zwischen dem*** Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften und der Tatsache zurückzuführen ist, dass in vielen Mitgliedstaaten ein hoher Anteil der Arbeitskräfte derzeit gering qualifiziert ist;

Geänderter Text

11. äußert sich besorgt darüber, dass mehr als 20 Mitgliedstaaten die Bildungsausgaben relativ betrachtet (also in Prozent des BIP) gekürzt haben und so ihr ***Wachstum*** und ihre Wettbewerbsfähigkeit ***unter anderem durch die Diskrepanz zwischen den Arbeitsmarkterfordernissen und den tatsächlichen Qualifikationen der Arbeitskräfte*** gefährden; weist darauf hin, dass durch die Reduzierung solcher Investitionen die Strukturschwäche der EU erhöht wird, was auf den zunehmenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften und der Tatsache zurückzuführen ist, dass in vielen Mitgliedstaaten ein hoher Anteil der Arbeitskräfte derzeit gering qualifiziert ist;

Änderungsantrag 95
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag

11. äußerst sich besorgt darüber, dass mehr als 20 Mitgliedstaaten die Bildungsausgaben relativ betrachtet (also in Prozent des BIP) gekürzt haben und so ihr Wachstums- und Beschäftigungspotenzial und ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden; weist darauf hin, dass durch die Reduzierung solcher Investitionen die Strukturschwäche der EU erhöht wird, was auf die zunehmende Diskrepanz zwischen dem Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften und der Tatsache zurückzuführen ist, dass in vielen Mitgliedstaaten ein hoher Anteil der Arbeitskräfte derzeit gering qualifiziert ist;

Geänderter Text

11. äußerst sich besorgt darüber, dass mehr als 20 Mitgliedstaaten die Bildungsausgaben relativ betrachtet (also in Prozent des BIP) gekürzt haben und so ihr Wachstums- und Beschäftigungspotenzial und ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden; weist darauf hin, dass durch die Reduzierung solcher Investitionen die Strukturschwäche der EU erhöht wird, was auf die zunehmende Diskrepanz zwischen dem Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften und der Tatsache zurückzuführen ist, dass in vielen Mitgliedstaaten ein hoher Anteil der Arbeitskräfte derzeit gering qualifiziert ist; ***weist darauf hin, dass Eurostat-Daten zufolge in der EU27 beinahe die Hälfte aller Kinder von Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau im Jahre 2011 von Armut bedroht waren, während der Anteil bei Kindern von Eltern mit einem mittleren Bildungsniveau 22 % und bei Kindern von Eltern mit einem höheren Bildungsniveau 7 % betrug; nimmt zur Kenntnis, dass gemäß Eurostat die größten Unterschiede in Rumänien zu verzeichnen waren (78 % der Kinder aus einem Haushalt mit einem niedrigen Bildungsniveau gegenüber 2 % der Kinder aus einem Haushalt mit einem hohen Bildungsniveau), gefolgt von der Tschechischen Republik (76 % und 5 %), der Slowakei (77 % und 7 %), Bulgarien (71 % und 2 %) und Ungarn (68 % und 3 %)***;

Änderungsantrag 96
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht auffordert, längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern; **ist jedoch der Ansicht, dass dies nicht ausreicht, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten mit ohnehin begrenzten Haushaltsmitteln dieses Ziel erreichen; fordert die Kommission auf, die notwendigen Reformen zu ermitteln und zu fördern, um produktive Investitionen, beispielsweise in Bildung sowie Forschung und Entwicklung von den in den EU-Vorschriften festgelegten Defizitziele auszuschließen, damit sie aufgrund ihres Potenzials zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen geschützt werden;**

Geänderter Text

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht **2014** auffordert, längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern;

Änderungsantrag 97
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht auffordert,

Geänderter Text

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht **2014** auffordert,

längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern; *ist jedoch der Ansicht, dass dies nicht ausreicht, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten mit ohnehin begrenzten Haushaltsmitteln dieses Ziel erreichen; fordert die Kommission auf, die notwendigen Reformen zu ermitteln und zu fördern, um produktive Investitionen, beispielsweise in Bildung sowie Forschung und Entwicklung von den in den EU-Vorschriften festgelegten Defizitzielen auszuschließen, damit sie aufgrund ihres Potenzials zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen geschützt werden;*

längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 98
Marian Harkin

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht auffordert, längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern; ist jedoch der Ansicht, dass dies nicht ausreicht, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten mit ohnehin begrenzten Haushaltsmitteln dieses Ziel erreichen; *fordert die Kommission auf, die notwendigen Reformen zu ermitteln und zu fördern, um produktive Investitionen, beispielsweise in Bildung sowie Forschung und Entwicklung von den in den EU-Vorschriften festgelegten Defizitzielen auszuschließen, damit sie aufgrund ihres Potenzials zur Schaffung*

Geänderter Text

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht **2014** auffordert, längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern; ist jedoch der Ansicht, dass dies nicht ausreicht, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten mit ohnehin begrenzten Haushaltsmitteln dieses Ziel erreichen;

*von Wachstum und Arbeitsplätzen
geschützt werden;*

Or. en

Änderungsantrag 99
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht auffordert, längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern; ist jedoch der Ansicht, dass dies nicht ausreicht, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten mit ohnehin begrenzten Haushaltsmitteln dieses Ziel erreichen; ***fordert die Kommission auf, die notwendigen Reformen zu ermitteln und zu fördern, um produktive Investitionen, beispielsweise in Bildung sowie Forschung und Entwicklung von den in den EU-Vorschriften festgelegten Defizitzielen auszuschließen, damit sie aufgrund ihres Potenzials zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen geschützt werden;***

Geänderter Text

12. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Mitgliedstaaten im Jahreswachstumsbericht **2014** auffordert, längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Energie und Klimaschutz zu schützen und zu fördern; ist jedoch der Ansicht, dass dies nicht ausreicht, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten mit ohnehin begrenzten Haushaltsmitteln dieses Ziel erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 100
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag

13. fordert eine verstärkte Unterstützung durch die Europäische **Investitionsbank und die Freigabe von EU-Mitteln zur Förderung dringender Investitionspläne**; weist darauf hin, dass projektbezogene Anleihen bereits ein Mechanismus für die Förderung von Investitionen sind, **hält das schwache Wirtschaftswachstum der Eurozone und die geringe Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, jedoch für Zeichen dafür, dass bei der Entwicklung der notwendigen öffentlichen und koordinierten Investitionen anspruchsvollere Lösungen angestrebt werden sollten**;

Geänderter Text

13. fordert eine verstärkte Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank; weist darauf hin, dass projektbezogene Anleihen bereits ein Mechanismus für die Förderung von Investitionen sind;

Or. en

Änderungsantrag 101
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag

13. fordert eine verstärkte Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank und die Freigabe von EU-Mitteln zur Förderung dringender Investitionspläne; weist darauf hin, dass projektbezogene Anleihen bereits ein Mechanismus für die Förderung von Investitionen sind, hält das schwache Wirtschaftswachstum der Eurozone und die geringe Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, jedoch für Zeichen dafür, dass bei der Entwicklung der notwendigen öffentlichen **und koordinierten** Investitionen anspruchsvollere Lösungen angestrebt werden sollten;

Geänderter Text

13. fordert eine verstärkte Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank und die Freigabe von EU-Mitteln zur Förderung dringender Investitionspläne; weist darauf hin, dass projektbezogene Anleihen bereits ein Mechanismus für die Förderung von Investitionen sind, hält das schwache Wirtschaftswachstum der Eurozone und die geringe Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, jedoch für Zeichen dafür, dass bei der Entwicklung der notwendigen **privaten und** öffentlichen Investitionen anspruchsvollere Lösungen angestrebt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 102
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Programme COSME und Horizont 2020 in vollem Umfang zu nutzen, um die Finanzierung der KMU zu unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und ihre Nachhaltigkeit nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 103
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14. weist darauf hin, dass die **Strukturfonds und der Kohäsionsfonds** in Zeiten knapper Haushaltsmittel und reduzierter Darlehenskapazität im privaten Sektor **aufgrund des finanziellen Umfangs und der verfolgten Ziele** ein wichtiges Instrument für die Mitgliedstaaten sind, um die Wirtschaft anzukurbeln und zum Erreichen der Wachstums- und Beschäftigungsziele der Strategie Europa 2020 beizutragen; **betont in diesem Zusammenhang, dass die Kohäsionspolitik angesichts ihrer Schlüsselrolle bei der Entwicklung nationaler Programme im Rahmen des Europäischen Semesters ein Schwerpunkt des Jahreswachstumsbericht 2014 sein sollte;**

14. weist darauf hin, dass die **europäischen Fonds** in Zeiten knapper Haushaltsmittel und reduzierter Darlehenskapazität im privaten Sektor ein wichtiges Instrument für die Mitgliedstaaten sind, um die Wirtschaft anzukurbeln und zum Erreichen der Wachstums- und Beschäftigungsziele der Strategie Europa 2020 beizutragen;

Änderungsantrag 104
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. ist der Ansicht, dass die **Kohäsionspolitik** von wesentlicher Bedeutung **ist**, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; **fordert die Kommission dringend auf, nicht ausgegebene Mittel aus Strukturfonds umzuprogrammieren und für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen; fordert die Kommission daher auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Beteiligung von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von EU-Mitteln oder Programmen (gemäß Rubrik 1, Nachhaltiges Wachstum) des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bei der Berechnung ihres strukturellen Defizits im Sinne der „Two-Pack“ Verordnung auszuschließen;**

Geänderter Text

15. ist der Ansicht, dass die **EU-Mittel** von wesentlicher Bedeutung **sind**, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen;

Änderungsantrag 105
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission dringend auf, nicht ausgegebene Mittel aus Strukturfonds umzuprogrammieren und für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen; ***fordert die Kommission daher auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Beteiligung von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von EU-Mitteln oder Programmen (gemäß Rubrik 1, Nachhaltiges Wachstum) des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bei der Berechnung ihres strukturellen Defizits im Sinne der „Two-Pack“ Verordnung auszuschließen;***

Geänderter Text

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission dringend auf, nicht ausgegebene Mittel aus Strukturfonds umzuprogrammieren und für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen;

Or. en

Änderungsantrag 106
Marian Harkin

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission dringend auf, nicht

Geänderter Text

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission dringend auf, nicht

ausgegebene Mittel aus Strukturfonds umzuprogrammieren und für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen; ***fordert die Kommission daher auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Beteiligung von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von EU-Mitteln oder Programmen (gemäß Rubrik 1, Nachhaltiges Wachstum) des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bei der Berechnung ihres strukturellen Defizits im Sinne der „Two-Pack“ Verordnung auszuschließen;***

ausgegebene Mittel aus Strukturfonds umzuprogrammieren und für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen;

Or. en

Änderungsantrag 107
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission dringend auf, nicht ausgegebene Mittel aus Strukturfonds umzuprogrammieren und für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen; ***fordert die Kommission daher auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Beteiligung***

Geänderter Text

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission dringend auf, nicht ausgegebene Mittel aus Strukturfonds umzuprogrammieren und für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen;

von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von EU-Mitteln oder Programmen (gemäß Rubrik 1, Nachhaltiges Wachstum) des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bei der Berechnung ihres strukturellen Defizits im Sinne der „Two-Pack“ Verordnung auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 108
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission *dringend* auf, *nicht ausgegebene Mittel aus* Strukturfonds *umzuprogrammieren* und *für Jugendbeschäftigungsprogramme und KMU einzusetzen*; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen; fordert die Kommission daher auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Beteiligung von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von EU-Mitteln oder Programmen (gemäß Rubrik 1, Nachhaltiges Wachstum) des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bei der Berechnung ihres strukturellen Defizits im Sinne der „Two-Pack“ Verordnung auszuschließen;

Geänderter Text

15. ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist, um zur Verringerung interner Ungleichheiten bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Ungleichgewichte beizutragen; fordert die Kommission auf, *bei der Erstellung der operationellen Programme sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten ihre* Strukturfonds *zur Schaffung von Arbeitsplätzen* und *zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einsetzen*; fordert die Kommission auf, Sonderlösungen für Länder mit sehr hohen Arbeitslosenquoten zu finden, die EU-Mittel wegen Schwierigkeiten mit der Kofinanzierung zurückgeben müssen; fordert die Kommission daher auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Beteiligung von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von EU-Mitteln oder Programmen (gemäß Rubrik 1, Nachhaltiges Wachstum) des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bei der Berechnung ihres strukturellen Defizits im Sinne der „Two-Pack“ Verordnung auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 109
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16. fordert die Kommission auf, den Grundsatz der Vorverteilung („Frontloading“) auf alle Fonds im Zeitraum 2014-2020 für die Mitgliedstaaten anzuwenden, in denen die Arbeitslosenraten am höchsten sind und die einer strengen Haushaltskonsolidierung unterzogen werden, vor allem im Hinblick auf die Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung und der strategischen Investitionen;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 110
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16. fordert die Kommission auf, den Grundsatz der Vorverteilung („Frontloading“) auf **alle** Fonds im Zeitraum 2014-2020 für die Mitgliedstaaten **anzuwenden**, in denen die Arbeitslosenraten am höchsten sind und die einer strengen Haushaltskonsolidierung unterzogen werden, vor allem im Hinblick auf die Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung und der strategischen Investitionen;

16. fordert die Kommission auf, den Grundsatz der Vorverteilung („Frontloading“) auf **jene** Fonds **anzuwenden, die – wie der europäische Sozialfonds im Zeitraum 2014-2020 – für die Bewältigung der Krise von grundlegender Bedeutung sind, und die unerwünschten Folgen der Vorverteilung wie die Gefahr der automatischen Aufhebung der Mittelbindung und die Auswirkungen auf die Zahlungsprofile in jenen Mitgliedstaaten sorgfältig zu überwachen**, in denen die

Arbeitslosenraten am höchsten sind und die einer strengen Haushaltskonsolidierung unterzogen werden, vor allem im Hinblick auf die Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung und der strategischen Investitionen;

Or. en

Änderungsantrag 111
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag

Geänderter Text

17. ist der Ansicht, dass mindestens 25 % der nationalen Kohäsionsfonds für spezifische Programme des Europäischen Sozialfonds in den Mitgliedstaaten mit der höchsten Arbeitslosigkeit und der stärksten Armut genutzt werden sollten;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 112
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag

Geänderter Text

18. bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Strategie der Kommission zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine übermäßige Angleichung der Lohnstückkosten anhand von Gehaltskürzungen zu einer Aushöhlung der Kaufkraft zahlreicher Arbeitskräfte der EU und zur Verringerung der Haushaltseinkommen und der internen

entfällt

Nachfrage geführt hat, wodurch die Arbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern weiter zugenommen haben; weist darauf hin, dass eine Querschnittspolitik für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch Strategien einschließen muss, die sich auf andere Produktionskosten, Preisentwicklungen und Gewinnspannen beziehen;

Or. en

Änderungsantrag 113
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag

Geänderter Text

18. bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Strategie der Kommission zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine übermäßige Angleichung der Lohnstückkosten anhand von Gehaltskürzungen zu einer Aushöhlung der Kaufkraft zahlreicher Arbeitskräfte der EU und zur Verringerung der Haushaltseinkommen und der internen Nachfrage geführt hat, wodurch die Arbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern weiter zugenommen haben; weist darauf hin, dass eine Querschnittspolitik für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch Strategien einschließen muss, die sich auf *andere* Produktionskosten, Preisentwicklungen und Gewinnspannen beziehen;

18. weist darauf hin, dass eine Querschnittspolitik für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch Strategien einschließen muss, die sich auf *alle* Produktionskosten, **Gehälter, Energie- und Rohstoffkosten**, Preisentwicklungen und Gewinnspannen beziehen;

Änderungsantrag 114
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag

18. bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Strategie der Kommission zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine übermäßige Angleichung der Lohnstückkosten anhand von Gehaltskürzungen zu einer Aushöhlung der Kaufkraft zahlreicher Arbeitskräfte der EU und zur Verringerung der Haushaltseinkommen und der internen Nachfrage geführt hat, wodurch die Arbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern weiter zugenommen haben; weist darauf hin, dass eine Querschnittspolitik für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch Strategien einschließen muss, die sich auf andere Produktionskosten, Preisentwicklungen und Gewinnspannen beziehen;

Geänderter Text

18. fordert anpassungsfähigere und dynamischere Arbeitsmärkte, die Störungen des Wirtschaftsgeschehens ausgleichen können, ohne Entlassungen zu bewirken; verweist darauf, dass die mangelnde interne Flexibilität vieler Arbeitsmärkte massive Entlassungen verursacht hat, die zu einer Aushöhlung der Kaufkraft zahlreicher Arbeitskräfte der EU und zur Verringerung der Haushaltseinkommen und der internen Nachfrage geführt hat, wodurch die Arbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern weiter zugenommen haben; weist darauf hin, dass eine Querschnittspolitik für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch Strategien einschließen muss, die sich auf andere Produktionskosten, Preisentwicklungen und Gewinnspannen beziehen;

Änderungsantrag 115
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag

18. bekundet seine Besorgnis darüber,

Geänderter Text

18. lehnt die Strategie der Kommission zur

dass die Strategie der Kommission zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine **übermäßige Angleichung** der Lohnstückkosten anhand von Gehaltskürzungen zu einer Aushöhlung der Kaufkraft zahlreicher Arbeitskräfte der EU und zur Verringerung der Haushaltseinkommen und der internen Nachfrage geführt hat, wodurch die Arbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern weiter zugenommen haben; weist darauf hin, dass eine Querschnittpolitik für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch Strategien einschließen muss, die sich auf andere Produktionskosten, Preisentwicklungen **und** Gewinnspannen beziehen;

Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine **Herabsetzung** der Lohnstückkosten anhand von Gehaltskürzungen **ab, die** zu einer Aushöhlung der Kaufkraft zahlreicher Arbeitskräfte der EU und zur Verringerung der Haushaltseinkommen und der internen Nachfrage geführt hat, wodurch die Arbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern weiter zugenommen haben; weist darauf hin, dass eine Querschnittpolitik für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Strategien einschließen muss, die sich auf andere Produktionskosten, Preisentwicklungen, Gewinnspannen, **Qualifikation und berufliche Bildung** beziehen;

Or. en

Änderungsantrag 116 **Sari Essayah**

Entschließungsantrag **Ziffer 19**

Entschließungsantrag

19. begrüßt die Empfehlungen der Kommission an die Kernländer, die über den nötigen Spielraum verfügen, durch Gehaltserhöhungen eine expansive Politik zu verfolgen; **fordert die Kommission auf, durch ehrgeizige Empfehlungen den übermäßigen Deflationsdruck auf Südeuropa zu lindern und das Risiko verstärkter Ungleichgewichte beim Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Eurozone zu verringern;**

Geänderter Text

19. begrüßt die Empfehlungen der Kommission an die Kernländer, die über den nötigen Spielraum verfügen, durch Gehaltserhöhungen eine expansive Politik zu verfolgen;

Or. en

Änderungsantrag 117
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag

19. begrüßt die Empfehlungen der Kommission *an die Kernländer, die über den nötigen Spielraum verfügen, durch Gehaltserhöhungen eine expansive Politik zu verfolgen; fordert die Kommission auf, durch ehrgeizige Empfehlungen den übermäßigen Deflationsdruck auf Südeuropa zu lindern und das Risiko verstärkter Ungleichgewichte beim Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Eurozone zu verringern;*

Geänderter Text

19. begrüßt die Empfehlungen der Kommission, *erstens weitere Reformen einzuleiten, um für eine Übereinstimmung der Entwicklungen der Löhne mit der Produktivität und folglich für die Unterstützung sowohl der Wettbewerbsfähigkeit und als auch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu sorgen, zweitens der Arbeitsmarktsegmentierung Abhilfe zu schaffen, indem vor allem die Vorschriften zum Beschäftigungsschutz überarbeitet werden, drittens die Schaffung von Arbeitsplätzen in wachstumsstarken Sektoren zu fördern und schließlich die berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu erleichtern;*

Or. en

Änderungsantrag 118
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag

19a. fordert den Rat auf, seine Schlussfolgerungen vom 8. November 2011 dahingehend zu überarbeiten, dass im Gegensatz zu Leistungsbilanzdefiziten hohe und anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse keine Abhilfemaßnahmen im Rahmen eines Ungleichgewichtsverfahrens auslösen;

Geänderter Text

fordert eine symmetrische und sozial gerechte Korrektur der Ungleichgewichte in der Eurozone;

Or. en

Änderungsantrag 119
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag

20. weist darauf hin, dass die Kommission in ihrem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts für das Jahr 2014 hervorhebt, dass die Verringerung der Lohnstückkosten und die Lohnzurückhaltung sich nur langsam und teilweise auf die Preisentwicklung ausgewirkt haben, was auch auf gleichzeitig erfolgte Anhebungen der indirekten Steuern und der administrierten Preise *im Rahmen der Haushaltskonsolidierung* zurückzuführen ist;

Geänderter Text

20. weist darauf hin, dass die Kommission in ihrem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts für das Jahr 2014 hervorhebt, dass die Verringerung der Lohnstückkosten und die Lohnzurückhaltung sich nur langsam und teilweise auf die Preisentwicklung ausgewirkt haben, was auch auf gleichzeitig erfolgte Anhebungen der indirekten Steuern und der administrierten Preise zurückzuführen ist;

Or. en

Änderungsantrag 120
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag

20. weist darauf hin, dass die Kommission in ihrem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts für das Jahr 2014 hervorhebt, dass die Verringerung der Lohnstückkosten und die Lohnzurückhaltung sich *nur langsam und*

Geänderter Text

20. weist darauf hin, dass die Kommission in ihrem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts für das Jahr 2014 hervorhebt, dass die Verringerung der Lohnstückkosten und die Lohnzurückhaltung sich auf die

teilweise auf die Preisentwicklung ausgewirkt haben, was auch auf gleichzeitig erfolgte Anhebungen der indirekten Steuern und der administrierten Preise im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zurückzuführen ist;

Preisentwicklung ausgewirkt haben, was auch auf gleichzeitig erfolgte Anhebungen der indirekten Steuern und der administrierten Preise im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zurückzuführen ist;

Or. en

Änderungsantrag 121 **Sari Essayah**

Entschließungsantrag **Ziffer 21**

Entschließungsantrag

21. weist darauf hin, dass angemessene Gehälter nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft; **fordert die Kommission auf, Maßnahmen für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Sicherstellung einer angemessenen Entlohnung vorzuschlagen**; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist;

Geänderter Text

21. weist darauf hin, dass angemessene Gehälter nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist;

Or. en

Änderungsantrag 122 **Verónica Lope Fontagné**

Entschließungsantrag **Ziffer 21**

Entschließungsantrag

21. weist darauf hin, dass angemessene

Geänderter Text

21. weist darauf hin, dass angemessene

Gehälter nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft; **fordert die Kommission auf, Maßnahmen für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Sicherstellung einer angemessenen Entlohnung vorzuschlagen**; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist;

Gehälter nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist;

Or. en

Änderungsantrag 123 Philippe De Backer

Entschließungsantrag Ziffer 21

Entschließungsantrag

21. weist darauf hin, dass angemessene Gehälter nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft; fordert die Kommission auf, Maßnahmen für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Sicherstellung einer angemessenen Entlohnung vorzuschlagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist;

Geänderter Text

21. weist darauf hin, dass angemessene Gehälter nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft; fordert die Kommission **und die Mitgliedstaaten** auf, Maßnahmen für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Sicherstellung einer angemessenen Entlohnung vorzuschlagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist;

Or. en

Änderungsantrag 124 Inês Cristina Zuber

**Entschließungsantrag
Ziffer 21**

Entschließungsantrag

21. weist darauf hin, dass angemessene Gehälter nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft; fordert die Kommission auf, Maßnahmen für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Sicherstellung einer angemessenen Entlohnung vorzuschlagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist;

Geänderter Text

21. weist darauf hin, dass angemessene Gehälter **und rechtlich abgesicherte Arbeitsplätze** nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Fairness in der Gesellschaft wichtig sind, sondern auch für die Erhaltung **und Förderung** einer leistungsfähigen Wirtschaft; fordert die Kommission auf, Maßnahmen für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Sicherstellung einer angemessenen Entlohnung vorzuschlagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Armut von Erwerbstätigen durch Arbeitsmarktpolitiken zu bekämpfen, damit für Erwerbstätige das Existenzminimum gesichert ist, **und die Gehälter und Renten sowie die Subventionen für den sozialen Schutz nicht zu kürzen**;

Or. en

**Änderungsantrag 125
Joanna Skrzydlewska**

**Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

21a. weist darauf hin, dass Frauen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa beitragen und dass mehr unternommen werden muss, um das Produktivitätspotenzial der weiblichen Arbeitskräfte in vollem Umfang zu nutzen, indem die Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter besser umgesetzt werden und die zu diesem Zweck bereitgestellten EU-Mittel

wirksamer eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 126
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22. fordert die Kommission auf, nach Möglichkeit den Druck auf Löhne durch Mindestlohnsysteme zu verringern, wobei diese Systeme in jedem Land unterschiedlich gestaltet werden können, damit die Durchschnittslöhne und die unterschiedlichen Niveaus der Produktivität berücksichtigt werden; betont, dass eine derartige Maßnahme eine Verringerung des Deflationsrisikos und der Ungleichheiten bewirken kann und nominale Ungleichgewichte bei der Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzen ausgleichen kann;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 127
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22. fordert die **Kommission** auf, nach Möglichkeit den Druck auf Löhne durch Mindestlohnsysteme zu verringern, **wobei diese Systeme in jedem Land unterschiedlich gestaltet werden können, damit die Durchschnittslöhne und die unterschiedlichen Niveaus der**

22. fordert die **Mitgliedstaaten** auf, nach Möglichkeit den Druck auf Löhne durch Mindestlohnsysteme zu verringern, und betont, dass eine derartige Maßnahme eine Verringerung des Deflationsrisikos und der Ungleichheiten bewirken kann und nominale Ungleichgewichte bei der

Produktivität berücksichtigt werden;
betont, dass eine derartige Maßnahme eine Verringerung des Deflationsrisikos und der Ungleichheiten bewirken kann und nominale Ungleichgewichte bei der Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzen ausgleichen kann;

Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzen ausgleichen kann;

Or. en

Änderungsantrag 128
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag

22. fordert die Kommission auf, nach Möglichkeit den Druck auf Löhne durch Mindestlohnsysteme zu verringern, wobei diese Systeme in jedem Land unterschiedlich gestaltet werden können, damit die Durchschnittslöhne und die unterschiedlichen Niveaus der Produktivität berücksichtigt werden; betont, dass eine derartige Maßnahme eine Verringerung des Deflationsrisikos und der Ungleichheiten bewirken kann und nominale Ungleichgewichte bei der Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzen ausgleichen kann;

Geänderter Text

22. fordert die Kommission auf, nach Möglichkeit den Druck auf Löhne durch Mindestlohnsysteme zu verringern, ***wo es solche gibt***, wobei diese Systeme in jedem Land unterschiedlich gestaltet werden können, damit die Durchschnittslöhne und die unterschiedlichen Niveaus der Produktivität berücksichtigt werden; betont, dass eine derartige Maßnahme eine Verringerung des Deflationsrisikos und der Ungleichheiten bewirken kann und nominale Ungleichgewichte bei der Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzen ausgleichen kann;

Or. en

Änderungsantrag 129
Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag

22. fordert die Kommission auf, nach

Geänderter Text

22. fordert die Kommission auf, nach

Möglichkeit den Druck auf Löhne **durch Mindestlohnsysteme** zu verringern, **wobei diese Systeme** in jedem Land unterschiedlich **gestaltet** werden **können**, damit die Durchschnittslöhne und die unterschiedlichen Niveaus der Produktivität berücksichtigt werden; betont, dass **eine** derartige **Maßnahme** eine Verringerung des Deflationsrisikos und der Ungleichheiten bewirken kann und nominale Ungleichgewichte bei der Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzen ausgleichen kann;

Möglichkeit den Druck auf Löhne zu verringern, **indem** in jedem Land unterschiedlich **gestaltete Mindestlohnsysteme eingeführt** werden, damit die Durchschnittslöhne und die unterschiedlichen Niveaus der Produktivität berücksichtigt werden, **und/oder indem Kollektivverhandlungen und dadurch die Rolle der Sozialpartner auf allen relevanten Ebenen gestärkt werden**; betont, dass derartige **Maßnahmen** eine Verringerung des Deflationsrisikos und der Ungleichheiten bewirken kann und nominale Ungleichgewichte bei der Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzen ausgleichen kann;

Or. en

Änderungsantrag 130 Philippe De Backer

Entschließungsantrag Ziffer 23

Entschließungsantrag

23. betont, dass die Qualität der Arbeitsplätze in einer wissensintensiven Wirtschaft von grundlegender Bedeutung ist, um eine hohe Arbeitsproduktivität und eine schnelle Innovation durch gut ausgebildete, anpassungsfähige und engagierte Arbeitskräfte mit angemessenen Gesundheits- und Sicherheitsstandards, dem Gefühl der Sicherheit und vernünftigen Arbeitszeiten zu fördern; **ist der Ansicht, dass dies im Jahreswachstumsbericht 2014 nicht ausreichend betont wird und fordert die Kommission auf, in den länderspezifischen Empfehlungen für das Jahr 2014 Abhilfe dagegen zu schaffen; ist der Ansicht, dass die politischen Leitlinien besonderes Augenmerk auf den**

Geänderter Text

23. betont, dass die Qualität der Arbeitsplätze in einer wissensintensiven Wirtschaft von grundlegender Bedeutung ist, um eine hohe Arbeitsproduktivität und eine schnelle Innovation durch gut ausgebildete, anpassungsfähige und engagierte Arbeitskräfte mit angemessenen Gesundheits- und Sicherheitsstandards, dem Gefühl der Sicherheit und vernünftigen Arbeitszeiten zu fördern;

Zugang der Arbeitskräfte zu einem Katalog von in den Verträgen verankerten Arbeitnehmerrechten legen sollten, ohne die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zu verletzen;

Or. en

Änderungsantrag 131
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag

Geänderter Text

24. betont, dass die übermäßig betriebene Haushaltskonsolidierung zu einer zu starken Konzentration auf den Abbau öffentlicher Schulden geführt und dies eine Verringerung der Schulden im Privatsektor erschwert hat; stellt fest, dass im Jahreswachstumsbericht zwar die Gefahren hoher öffentlicher Schulden herausgestellt werden, der IWF jedoch bereits mahnend darauf hingewiesen hat, dass in Europa die eigentliche Bremse für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der privaten Verschuldung (Haushalte und Unternehmen) liege;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 132
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag

Geänderter Text

24. betont, dass die übermäßig betriebene Haushaltskonsolidierung zu einer zu

24. stellt fest, dass im Jahreswachstumsbericht zwar die Gefahren

starken Konzentration auf den Abbau öffentlicher Schulden geführt und dies eine Verringerung der Schulden im Privatsektor erschwert hat; stellt fest, dass im Jahreswachstumsbericht zwar die Gefahren hoher öffentlicher Schulden herausgestellt werden, der IWF jedoch bereits mahndend darauf hingewiesen hat, dass in Europa die eigentliche Bremse für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der privaten Verschuldung (Haushalte und Unternehmen) liege;

hoher öffentlicher Schulden herausgestellt werden, der IWF jedoch bereits mahndend darauf hingewiesen hat, dass in Europa die eigentliche Bremse für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der privaten Verschuldung (Haushalte und Unternehmen) liege;

Or. en

Änderungsantrag 133 Philippe De Backer

Entschließungsantrag Ziffer 25

Entschließungsantrag

25. betont, dass wirksame Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem Schuldenüberhang, dem inländischen Liquiditätsbedarf und der geringen Investitionsfreudigkeit für einen nachhaltigen Ausstieg aus der Krise erforderlich sind; erinnert daran, dass ein tragbares Niveau bei den privaten Schulden die Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen darstellt; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere den Haushalten und KMU eine systematische Umschuldung ermöglichen;

Geänderter Text

25. erinnert daran, dass ein tragbares Niveau bei den privaten Schulden die Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen darstellt; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere den Haushalten und KMU eine systematische Umschuldung ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 134 Sari Essayah

**Entschließungsantrag
Ziffer 25**

Entschließungsantrag

25. betont, dass wirksame Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem Schuldenüberhang, dem inländischen Liquiditätsbedarf und der geringen Investitionsfreudigkeit für einen nachhaltigen Ausstieg aus der Krise erforderlich sind; erinnert daran, dass ein tragbares Niveau bei den privaten Schulden die Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen darstellt; **fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere den Haushalten und KMU eine systematische Umschuldung ermöglichen;**

Geänderter Text

25. betont, dass wirksame Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem Schuldenüberhang, dem inländischen Liquiditätsbedarf und der geringen Investitionsfreudigkeit für einen nachhaltigen Ausstieg aus der Krise erforderlich sind; erinnert daran, dass ein tragbares Niveau bei den privaten Schulden die Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen darstellt;

Or. en

**Änderungsantrag 135
Konstantinos Poupakis**

**Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)**

Entschließungsantrag

25a. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen in finanzieller und sozialer Hinsicht tragfähigen Rahmen für die Regelung von Fällen der Überschuldung von Haushalten zu schaffen, um ein nachhaltiges Funktionieren des Bankensektors sicherzustellen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zu wahren, da die übermäßige Verschuldung privater Haushalte in den am schwersten von der Krise betroffenen Ländern ein zentrales Thema ist, viele Menschen der Gefahr der Armut, der Obdachlosigkeit und der sozialen

Geänderter Text

Ausgrenzung aussetzt und sich negativ auf die Funktionsweise des Bankensektors auswirkt;

Or. en

Änderungsantrag 136

Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 26

Entschließungsantrag

26. gibt zu bedenken, dass die KMU die höchste Kreditkostenbelastung, verbunden mit einer ständig sinkenden Kreditversorgung, zu tragen haben; betont, dass dies angesichts des erheblichen Potenzials der KMU im Zusammenhang mit der Bereitstellung neuer Arbeitsplätze nicht nur ein Hindernis für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU darstellt, sondern auch die Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft, da die Unterschiede bei den Kosten für Bankenkredite, welche die Kernländer und die Peripherieländer zu zahlen haben, in besorgniserregender Weise immer deutlicher zutage treten; begrüßt den Umstand, dass die Bedeutung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln für die KMU erkannt worden ist und mahnt die Mitgliedstaaten, in ihren nationalen Wachstumsplänen dem Zugang zu Finanzierungsmitteln für KMU absolute Priorität einzuräumen; drängt die Mitgliedstaaten, für einen einfachen Zugang zu den für diesen Zweck bestimmten EU-Finanzmitteln zu sorgen;

Geänderter Text

26. gibt zu bedenken, dass die KMU die höchste Kreditkostenbelastung, verbunden mit einer ständig sinkenden Kreditversorgung, zu tragen haben; betont, dass dies angesichts des erheblichen Potenzials der KMU im Zusammenhang mit der Bereitstellung neuer Arbeitsplätze nicht nur ein Hindernis für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU darstellt, sondern auch die Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft, da die Unterschiede bei den Kosten für Bankenkredite, welche die Kernländer und die Peripherieländer zu zahlen haben, in besorgniserregender Weise immer deutlicher zutage treten; ***betont, dass die schnelle Vollendung einer vollwertigen europäischen Bankenunion eine Voraussetzung ist, um diesbezüglich Abhilfe zu schaffen;*** begrüßt den Umstand, dass die Bedeutung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln für die KMU erkannt worden ist und mahnt die Mitgliedstaaten, in ihren nationalen Wachstumsplänen dem Zugang zu Finanzierungsmitteln für KMU absolute Priorität einzuräumen; drängt die Mitgliedstaaten, für einen einfachen Zugang zu den für diesen Zweck bestimmten EU-Finanzmitteln zu sorgen;

Änderungsantrag 137
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag

26. gibt zu bedenken, dass die KMU die höchste Kreditkostenbelastung, verbunden mit einer **ständig sinkenden** Kreditversorgung, zu tragen haben; betont, dass dies angesichts des erheblichen Potenzials der KMU im Zusammenhang mit der Bereitstellung neuer Arbeitsplätze nicht nur ein Hindernis für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU darstellt, sondern auch die Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft, da die Unterschiede bei den Kosten für Bankenkredite, welche die **Kernländer und die Peripherieländer** zu zahlen haben, in besorgniserregender Weise immer deutlicher zutage treten; begrüßt den Umstand, dass die Bedeutung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln für die KMU erkannt worden ist und mahnt die Mitgliedstaaten, in ihren nationalen Wachstumsplänen dem Zugang zu Finanzierungsmitteln für KMU absolute Priorität einzuräumen; drängt die Mitgliedstaaten, für einen einfachen Zugang zu den für diesen Zweck bestimmten EU-Finanzmitteln zu sorgen;

Geänderter Text

26. gibt zu bedenken, dass die KMU die höchste Kreditkostenbelastung, verbunden mit einer **geringeren** Kreditversorgung, zu tragen haben; betont, dass dies angesichts des erheblichen Potenzials der KMU im Zusammenhang mit der Bereitstellung neuer Arbeitsplätze nicht nur ein Hindernis für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU darstellt, sondern auch die Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft, da die Unterschiede bei den Kosten für Bankenkredite, welche die **Mitgliedstaaten** zu zahlen haben, in besorgniserregender Weise immer deutlicher zutage treten; begrüßt den Umstand, dass die Bedeutung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln für die KMU erkannt worden ist und mahnt die Mitgliedstaaten, in ihren nationalen Wachstumsplänen dem Zugang zu Finanzierungsmitteln für KMU absolute Priorität einzuräumen; drängt die Mitgliedstaaten, für einen einfachen Zugang zu den für diesen Zweck bestimmten EU-Finanzmitteln zu sorgen;

Änderungsantrag 138
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag

27. **fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten wiederverwendbare Kreditmittel bereitzustellen**, die aus einer Kombination staatlicher und privater Finanzmittel gespeist und/oder mittels von europäischen Organen, wie der Europäischen Investitionsbank, ausgestellte Bürgschaften gestützt werden, **um** den Haushalten und KMU **dringend** wieder zu einer höheren Liquidität zu verhelfen;

Geänderter Text

27. **begrüßt die verschiedenen** Kreditmittel, die aus einer Kombination staatlicher und privater Finanzmittel gespeist und/oder mittels von europäischen Organen, wie der Europäischen Investitionsbank, ausgestellte Bürgschaften gestützt werden, **die** den Haushalten und KMU wieder zu einer höheren Liquidität zu verhelfen;

Or. en

Änderungsantrag 139

Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 27

Entschließungsantrag

27. fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten wiederverwendbare Kreditmittel bereitzustellen, die aus einer Kombination staatlicher und privater Finanzmittel gespeist und/oder mittels von europäischen Organen, wie der Europäischen Investitionsbank, ausgestellte Bürgschaften gestützt werden, um den Haushalten und KMU dringend wieder zu einer höheren Liquidität zu verhelfen;

Geänderter Text

27. fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten **Crowd-Finanzierungen und Kreditvergabe zwischen nichtfinanziellen Unternehmen („peer-to-peer lending“)** zu **fördern und** wiederverwendbare Kreditmittel bereitzustellen, die aus einer Kombination staatlicher und privater Finanzmittel gespeist und/oder mittels von europäischen Organen, wie der Europäischen Investitionsbank, ausgestellte Bürgschaften gestützt werden, um den Haushalten und KMU dringend wieder zu einer höheren Liquidität zu verhelfen;

Or. en

Änderungsantrag 140
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag

Geänderter Text

28. fordert die Stärkung alternativer Finanzierungsquellen für die Privatwirtschaft, beispielsweise starke Genossenschaftsbanken oder öffentliche Förderbanken, welche die Kanalisierung liquider Mittel in die Realwirtschaft sowie eine angemessene Projekt- und Entwicklungsfinanzierung fördern können;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 141
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag

Geänderter Text

29. fordert die **Kommission** auf, die **Vorlage nationaler allgemeiner** und Beschäftigungsprogramme für Jugendliche **zwingend** in den **länderspezifischen Empfehlungen** für 2014 **vorzuschreiben**; bedauert, dass eine erhebliche Anzahl von Mitgliedstaaten trotz wiederholter Aufforderungen des Parlaments im Jahr 2013 keine derartigen Programme vorgelegt haben;

29. fordert die **Mitgliedstaaten** auf, die **nationalen allgemeinen** und Beschäftigungsprogramme für Jugendliche in den **nationalen Reformprogrammen** für 2014 **vorzulegen**; bedauert, dass eine erhebliche Anzahl von Mitgliedstaaten trotz wiederholter Aufforderungen des Parlaments im Jahr 2013 keine derartigen Programme vorgelegt haben;

Or. en

Änderungsantrag 142
Verónica Lope Fontagné

**Entschließungsantrag
Ziffer 30**

Entschließungsantrag

30. bedauert, dass der Rat die Forderung des Parlaments, den Schwerpunkt auf die Arbeitsplatzqualität zu legen, in den Leitlinien für 2013 nicht berücksichtigt hat; fordert die Kommission auf, die Themen Arbeitsplatzqualität, Weiterbildung, Zugang zu lebenslangem Lernen, zentrale Arbeitnehmerrechte und Unterstützung für Mobilität auf dem Arbeitsmarkt sowie für selbstständige Erwerbstätigkeit durch mehr Sicherheit für Arbeitnehmer in die länderspezifischen Empfehlungen auf Grundlage des Jahreswachstumsberichts 2014 einzubeziehen;

Geänderter Text

30. bedauert, dass der Rat die Forderung des Parlaments, den Schwerpunkt auf die Arbeitsplatzqualität zu legen, in den Leitlinien für 2013 nicht berücksichtigt hat; fordert die Kommission auf, die Themen Arbeitsplatzqualität, Weiterbildung, **Systeme des dualen Lernens**, Zugang zu lebenslangem Lernen, zentrale Arbeitnehmerrechte und Unterstützung für Mobilität auf dem Arbeitsmarkt sowie für selbstständige Erwerbstätigkeit durch mehr Sicherheit für Arbeitnehmer in die länderspezifischen Empfehlungen auf Grundlage des Jahreswachstumsberichts 2014 einzubeziehen;

Or. en

**Änderungsantrag 143
Philippe De Backer**

**Entschließungsantrag
Ziffer 30**

Entschließungsantrag

30. bedauert, dass der Rat die Forderung des Parlaments, den Schwerpunkt auf die Arbeitsplatzqualität zu legen, in den Leitlinien für 2013 nicht berücksichtigt hat; **fordert die Kommission auf, die Themen Arbeitsplatzqualität, Weiterbildung, Zugang zu lebenslangem Lernen, zentrale Arbeitnehmerrechte und Unterstützung für Mobilität auf dem Arbeitsmarkt sowie für selbstständige Erwerbstätigkeit durch mehr Sicherheit für Arbeitnehmer in die länderspezifischen Empfehlungen auf Grundlage des Jahreswachstumsberichts**

Geänderter Text

30. bedauert, dass der Rat die Forderung des Parlaments, den Schwerpunkt auf die Arbeitsplatzqualität zu legen, in den Leitlinien für 2013 nicht berücksichtigt hat;

2014 einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 144
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag

31. betont, dass sich die Arbeitsmarktreformen auf die steigende Arbeitsproduktivität und den wachsenden Personalwirkungsgrad konzentrieren sollten, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhöhen und ein nachhaltiges Wachstum sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen, **und zwar unter genauer Beachtung sowohl des Wortlauts als auch der Bedeutung des europäischen sozialen Besitzstands und der diesbezüglichen Grundsätze**; ist der Auffassung, dass unter dem Gesichtspunkt einer verbesserten Arbeitsplatzqualität Arbeitsmarktreformen umgesetzt werden sollten;

Geänderter Text

31. betont, dass sich die Arbeitsmarktreformen auf die steigende Arbeitsproduktivität und den wachsenden Personalwirkungsgrad konzentrieren sollten, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhöhen und ein nachhaltiges Wachstum sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen; ist der Auffassung, dass unter dem Gesichtspunkt einer verbesserten Arbeitsplatzqualität Arbeitsmarktreformen umgesetzt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 145
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag

31. betont, dass sich die Arbeitsmarktreformen auf die steigende Arbeitsproduktivität und den wachsenden Personalwirkungsgrad konzentrieren sollten, um die wirtschaftliche

Geänderter Text

31. betont, dass sich die Arbeitsmarktreformen auf die steigende Arbeitsproduktivität und den wachsenden Personalwirkungsgrad konzentrieren sollten, um die wirtschaftliche

Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhöhen und ein nachhaltiges Wachstum sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen, und zwar unter genauer Beachtung sowohl des Wortlauts als auch der Bedeutung des europäischen sozialen Besitzstands und der diesbezüglichen Grundsätze; ist der Auffassung, dass unter dem Gesichtspunkt einer verbesserten Arbeitsplatzqualität Arbeitsmarktreformen umgesetzt werden sollten;

Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhöhen und ein nachhaltiges Wachstum sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen, und zwar unter genauer Beachtung sowohl des Wortlauts als auch der Bedeutung des europäischen sozialen Besitzstands und der diesbezüglichen Grundsätze; ist der Auffassung, dass unter dem Gesichtspunkt einer **höheren internen Flexibilität und einer** verbesserten Arbeitsplatzqualität Arbeitsmarktreformen umgesetzt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 146
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag

32. ist der Auffassung, dass durch strukturelle Arbeitsmarktreformen **interne Flexibilität geschaffen werden sollte, um die Beschäftigung in Zeiten einer gestörten wirtschaftlichen Entwicklung zu stützen, und dass für Arbeitsplatzqualität, Sicherheit bei Beschäftigungsübergängen, die Bereitstellung von Sicherungssystemen für Arbeitslosigkeit auf Grundlage von Aktivierungsanforderungen und in Verbindung mit Wiedereingliederungsstrategien unter der Wahrung von Arbeitsanreizen bei gleichzeitiger Sicherung eines angemessenen Einkommens, sowie die Erstellung vertraglicher Regelungen, die einer Arbeitsmarktsegmentierung entgegenwirken, eine wirtschaftliche Umstrukturierung vorwegnehmen und den Zugang zum lebenslangen Lernen sicherstellen, gesorgt werden sollte;**

Geänderter Text

32. ist der Auffassung, dass durch strukturelle Arbeitsmarktreformen **die Bekämpfung der Arbeitsmarktsegmentierung, die Vorwegnahme einer wirtschaftlichen Umstrukturierung und die Sicherstellung des Zugangs** zum lebenslangen Lernen **sichergestellt** werden sollten;

Änderungsantrag 147
Heinz K. Becker

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag

32. ist der Auffassung, dass durch strukturelle Arbeitsmarktreformen interne Flexibilität geschaffen werden sollte, um die Beschäftigung in Zeiten einer gestörten wirtschaftlichen Entwicklung zu stützen, und dass für Arbeitsplatzqualität, Sicherheit bei Beschäftigungsübergängen, die Bereitstellung von Sicherungssystemen für Arbeitslosigkeit auf Grundlage von Aktivierungsanforderungen und in Verbindung mit Wiedereingliederungsstrategien unter der Wahrung von Arbeitsanreizen bei gleichzeitiger Sicherung eines angemessenen Einkommens, sowie die Erstellung vertraglicher Regelungen, die einer **Arbeitsmarktsegmentierung** entgegenwirken, eine wirtschaftliche Umstrukturierung vorwegnehmen und den Zugang zum lebenslangen Lernen sicherstellen, gesorgt werden sollte;

Geänderter Text

32. ist der Auffassung, dass durch strukturelle Arbeitsmarktreformen interne Flexibilität geschaffen werden sollte, um die Beschäftigung in Zeiten einer gestörten wirtschaftlichen Entwicklung zu stützen, und dass für Arbeitsplatzqualität, Sicherheit bei Beschäftigungsübergängen, die Bereitstellung von Sicherungssystemen für Arbeitslosigkeit auf Grundlage von Aktivierungsanforderungen und in Verbindung mit Wiedereingliederungsstrategien unter der Wahrung von Arbeitsanreizen bei gleichzeitiger Sicherung eines angemessenen Einkommens, sowie die Erstellung vertraglicher Regelungen, die einer **Arbeitsmarktsegmentierung** entgegenwirken, eine wirtschaftliche Umstrukturierung vorwegnehmen und den Zugang zum lebenslangen Lernen sicherstellen, gesorgt werden sollte; **ist der Auffassung, dass nur durch einen ausgewogenen auf „Flexicurity“ basierenden Ansatz ein wettbewerbsfähiger Arbeitsmarkt sichergestellt werden kann;**

Änderungsantrag 148
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag

32. ist der Auffassung, dass durch strukturelle Arbeitsmarktreformen **interne Flexibilität** geschaffen werden **sollte, um die Beschäftigung in Zeiten einer gestörten wirtschaftlichen Entwicklung zu stützen**, und dass für Arbeitsplatzqualität, Sicherheit bei Beschäftigungsübergängen, die Bereitstellung von Sicherungssystemen für Arbeitslosigkeit auf Grundlage von Aktivierungsanforderungen und in Verbindung mit Wiedereingliederungsstrategien unter der Wahrung von Arbeitsanreizen bei gleichzeitiger Sicherung eines angemessenen Einkommens, sowie die Erstellung vertraglicher Regelungen, die einer **Arbeitsmarktsegmentierung** entgegenwirken, eine wirtschaftliche Umstrukturierung vorwegnehmen und den Zugang zum lebenslangen Lernen sicherstellen, gesorgt werden sollte;

Geänderter Text

32. ist der Auffassung, dass durch strukturelle Arbeitsmarktreformen **sozialrechtlich abgesicherte und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze** geschaffen werden **sollten** und dass für Arbeitsplatzqualität, Sicherheit bei Beschäftigungsübergängen, die Bereitstellung von Sicherungssystemen für Arbeitslosigkeit auf Grundlage von Aktivierungsanforderungen und in Verbindung mit Wiedereingliederungsstrategien unter der Wahrung von Arbeitsanreizen bei gleichzeitiger Sicherung eines angemessenen Einkommens, sowie die Erstellung vertraglicher Regelungen, die einer **Arbeitsmarktsegmentierung** entgegenwirken, eine wirtschaftliche Umstrukturierung vorwegnehmen und den Zugang zum lebenslangen Lernen **und die soziale Sicherheit (Gesundheitsfürsorge, Mutterschaft usw.)** sicherstellen, gesorgt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 149
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag

33. zeigt sich besorgt über die Tatsache, dass die Vereinfachung der Voraussetzungen, unter denen Unternehmen aus höheren Tarifabschlüssen ausscheren und eine Überprüfung von Branchentarifabschlüssen vornehmen können, für eine große Zahl von Arbeitnehmern den Ausschluss des

Geänderter Text

entfällt

Rechts auf Tarifverhandlungen bedeutet;

Or. en

Änderungsantrag 150
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag

Geänderter Text

33. zeigt sich besorgt über die Tatsache, dass die Vereinfachung der Voraussetzungen, unter denen Unternehmen aus höheren Tarifabschlüssen ausscheren und eine Überprüfung von Branchentarifabschlüssen vornehmen können, für eine große Zahl von Arbeitnehmern den Ausschluss des Rechts auf Tarifverhandlungen bedeutet;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 151
Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag

Geänderter Text

34. betont die Wichtigkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik vor dem aktuellen Hintergrund; zeigt sich zutiefst besorgt über die Tatsache, dass verschiedene Mitgliedstaaten ihre veranschlagten Haushaltsmittel zur Finanzierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik trotz steigender Arbeitslosenquoten gekürzt haben; fordert die Mitgliedstaaten auf, in enger Zusammenarbeit mit den

34. betont die Wichtigkeit einer aktiven, **umfassenden und integrativen** Arbeitsmarktpolitik vor dem aktuellen Hintergrund; zeigt sich zutiefst besorgt über die Tatsache, dass verschiedene Mitgliedstaaten ihre veranschlagten Haushaltsmittel zur Finanzierung einer aktiven, **umfassenden und integrativen** Arbeitsmarktpolitik trotz steigender Arbeitslosenquoten gekürzt haben; fordert

Sozialpartnern den Deckungsgrad und die Wirksamkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen;

die Mitgliedstaaten auf, in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern den Deckungsgrad und die Wirksamkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 152
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag

35. fordert die Kommission zur Ausarbeitung einer maßgeschneiderten Politik auf, um die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, arbeitslose ältere Personen, Frauen und weitere prioritäre, von der Krise besonders stark betroffene Gruppen – **wie etwa Einwanderer und Menschen mit Behinderungen** – zu fördern;

Geänderter Text

35. fordert die Kommission zur Ausarbeitung einer maßgeschneiderten Politik auf, um **in enger Zusammenarbeit mit dem Privatsektor** die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, arbeitslose ältere Personen, Frauen und weitere prioritäre, von der Krise besonders stark betroffene Gruppen zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 153
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag

35. fordert die **Kommission** zur Ausarbeitung einer maßgeschneiderten Politik auf, um die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, arbeitslose ältere Personen, Frauen und weitere prioritäre, von der Krise besonders stark betroffene Gruppen – wie etwa Einwanderer und Menschen mit

Geänderter Text

fordert die **Mitgliedstaaten** zur Ausarbeitung einer maßgeschneiderten Politik auf, um die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, arbeitslose ältere Personen, Frauen und weitere prioritäre, von der Krise besonders stark betroffene Gruppen – wie etwa Einwanderer und Menschen mit

Behinderungen – zu fördern;

Behinderungen – zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 154

Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35a. fordert die Mitgliedstaaten auf, Beschäftigungspläne mit spezifischen Maßnahmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen vorzulegen, vor allem in den Sektoren, die nach Ansicht der Kommission hohes Potenzial haben, wie das Gesundheitswesen und die Sozialfürsorge („weiße Arbeitsplätze“), kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Wirtschaft („grüne Arbeitsplätze“) und der IKT-Sektor;

Or. en

Änderungsantrag 155

Heinz K. Becker

Entschließungsantrag

Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35a. betont die Bedeutung des Erasmus+-Programms und den wesentlichen Beitrag, den das Europäische Programm für Aus- und Fortbildung, Jugend, Sport und Sprachen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage und vor allem zur Situation junger Menschen leisten kann;

Or. en

Änderungsantrag 156
Heinz K. Becker

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35b. betont die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV), um europaweit evidenzbasierte Benchlearning-Systeme zu entwickeln und umzusetzen und um europäische Arbeitsmarktmaßnahmen zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 157
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag

Geänderter Text

36. ist äußerst besorgt über die Tatsache, dass die Jugendarbeitslosenquoten erneut weiter ansteigen; stellt fest, dass die Lage arbeitsloser junger Menschen besonderen Anlass zur Sorge gibt; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in diesem Zusammenhang dringend Maßnahmen zu ergreifen; fordert **einen Europäischen Pakt für Jugendbeschäftigung zur Umsetzung** längst **vereinbarter** Maßnahmen, **sowie die Zusage neuer** Mittel und Maßnahmen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Anzahl nicht beschäftigter, in Ausbildung oder Weiterbildung befindlicher junger Menschen („NEET“: Not in Employment, Education or Training) unter Berücksichtigung der

36. ist äußerst besorgt über die Tatsache, dass die Jugendarbeitslosenquoten erneut weiter ansteigen; stellt fest, dass die Lage arbeitsloser junger Menschen besonderen Anlass zur Sorge gibt; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in diesem Zusammenhang dringend Maßnahmen zu ergreifen; fordert **die Mitgliedstaaten auf**, längst **vereinbarte** Maßnahmen **umzusetzen und neue** Mittel und Maßnahmen **einzusetzen**, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Anzahl nicht beschäftigter, in Ausbildung oder Weiterbildung befindlicher junger Menschen („NEET“: Not in Employment, Education or Training) unter Berücksichtigung der qualitativen Dimension angemessener

qualitativen Dimension angemessener Arbeit, einschließlich der uneingeschränkten Beachtung von Kernarbeitsnormen, zu verringern;

Arbeit, einschließlich der uneingeschränkten Beachtung von Kernarbeitsnormen, zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 158 **Verónica Lope Fontagné**

Entschließungsantrag **Ziffer 36**

Entschließungsantrag

36. ist äußerst besorgt über die Tatsache, dass die Jugendarbeitslosenquoten erneut weiter ansteigen; stellt fest, dass die Lage arbeitsloser junger Menschen besonderen Anlass zur Sorge gibt; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in diesem Zusammenhang dringend Maßnahmen zu ergreifen; fordert einen Europäischen Pakt für Jugendbeschäftigung zur Umsetzung längst vereinbarter Maßnahmen, **sowie die Zusage neuer Mittel und Maßnahmen**, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Anzahl nicht beschäftigter, in Ausbildung oder Weiterbildung befindlicher junger Menschen („NEET“: Not in Employment, Education or Training) unter Berücksichtigung der qualitativen Dimension angemessener Arbeit, einschließlich der uneingeschränkten Beachtung von Kernarbeitsnormen, zu verringern;

Geänderter Text

36. ist äußerst besorgt über die Tatsache, dass die Jugendarbeitslosenquoten erneut weiter ansteigen; stellt fest, dass die Lage arbeitsloser junger Menschen besonderen Anlass zur Sorge gibt; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in diesem Zusammenhang dringend Maßnahmen zu ergreifen; fordert einen Europäischen Pakt für Jugendbeschäftigung zur Umsetzung längst vereinbarter **oder neuer** Maßnahmen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Anzahl nicht beschäftigter, in Ausbildung oder Weiterbildung befindlicher junger Menschen („NEET“: Not in Employment, Education or Training) unter Berücksichtigung der qualitativen Dimension angemessener Arbeit, einschließlich der uneingeschränkten Beachtung von Kernarbeitsnormen, zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 159 **Joanna Skrzydlewska**

**Entschließungsantrag
Ziffer 36**

Entschließungsantrag

36. ist äußerst besorgt über die Tatsache, dass die Jugendarbeitslosenquoten **erneut weiter ansteigen**; stellt fest, dass die Lage arbeitsloser junger Menschen besonderen Anlass zur Sorge gibt; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, **in diesem Zusammenhang** dringend Maßnahmen zu ergreifen; fordert einen Europäischen Pakt für Jugendbeschäftigung zur Umsetzung längst vereinbarter Maßnahmen, sowie die Zusage neuer Mittel und Maßnahmen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Anzahl nicht beschäftigter, in Ausbildung oder Weiterbildung befindlicher junger Menschen („NEET“: Not in Employment, Education or Training) unter Berücksichtigung der qualitativen Dimension angemessener Arbeit, einschließlich der uneingeschränkten Beachtung von Kernarbeitsnormen, zu verringern;

Geänderter Text

36. ist äußerst besorgt über die Tatsache, dass die Jugendarbeitslosenquoten **noch immer sehr hoch sind**; stellt fest, dass die Lage arbeitsloser junger Menschen besonderen Anlass zur Sorge gibt; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, **um junge Menschen am Arbeitsmarkt einzusetzen**; fordert einen Europäischen Pakt für Jugendbeschäftigung zur Umsetzung längst vereinbarter Maßnahmen, sowie die Zusage neuer Mittel und Maßnahmen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Anzahl nicht beschäftigter, in Ausbildung oder Weiterbildung befindlicher junger Menschen („NEET“: Not in Employment, Education or Training) unter Berücksichtigung der qualitativen Dimension angemessener Arbeit, einschließlich der uneingeschränkten Beachtung von Kernarbeitsnormen, zu verringern;

Or. en

**Änderungsantrag 160
Marian Harkin**

**Entschließungsantrag
Ziffer 37**

Entschließungsantrag

37. begrüßt die Annahme der Jugendgarantien durch den Rat und die Zweckbindung von 6 Mrd. EUR für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Rahmen des nächsten MFR; fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend Jugendgarantieprogramme einzurichten

Geänderter Text

37. begrüßt die Annahme der Jugendgarantien durch den Rat und die Zweckbindung von 6 Mrd. EUR für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Rahmen des nächsten MFR; fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend Jugendgarantieprogramme einzurichten

und die verfügbaren Mittel mit einem Schwerpunkt auf die besonderen Härtefälle wirksam einzusetzen;

und die verfügbaren Mittel mit einem Schwerpunkt auf die besonderen Härtefälle wirksam einzusetzen; ***ist jedoch besorgt darüber, dass die Regierungen die dafür notwendigen finanziellen Mittel noch nicht bereitgestellt haben;***

Or. en

Änderungsantrag 161
Joanna Skrzydlewska

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag

37. begrüßt die Annahme der Jugendgarantien durch den Rat und die Zweckbindung von 6 Mrd. EUR für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Rahmen des nächsten MFR; fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend Jugendgarantieprogramme einzurichten und die verfügbaren Mittel mit einem Schwerpunkt auf die besonderen Härtefälle wirksam einzusetzen;

Geänderter Text

37. begrüßt die Annahme der Jugendgarantien durch den Rat und die Zweckbindung von 6 Mrd. EUR für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Rahmen des nächsten MFR; fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend Jugendgarantieprogramme einzurichten und die verfügbaren Mittel mit einem Schwerpunkt auf die besonderen Härtefälle wirksam einzusetzen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, ein angemessenes System einzuführen, um die Effizienz der umgesetzten Maßnahmen und der eingesetzten finanziellen Mittel zu überwachen;***

Or. en

Änderungsantrag 162
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag

37. begrüßt die Annahme der

Geänderter Text

37. begrüßt die Annahme der

Jugendgarantien durch den Rat und die Zweckbindung von 6 Mrd. EUR für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Rahmen des nächsten MFR; fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend Jugendgarantieprogramme einzurichten und die verfügbaren Mittel mit einem Schwerpunkt auf die besonderen Härtefälle wirksam einzusetzen;

Jugendgarantien durch den Rat und die Zweckbindung von 6 Mrd. EUR für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Rahmen des nächsten MFR; fordert die Mitgliedstaaten auf, dringend Jugendgarantieprogramme einzurichten und die verfügbaren Mittel mit einem Schwerpunkt auf die besonderen Härtefälle wirksam einzusetzen; ***weist darauf hin, dass die Beschäftigungsinitiative der EU für Jugendliche dazu beitragen muss, zu garantieren, dass die Arbeitsplätze in geförderten Unternehmen erhalten bleiben, dass aus der Initiative nicht eine neue Form von unsicheren Arbeitsverhältnissen wird und dass die Praktikumsverträge nach dem Ende der Praktika in unbefristete Arbeitsverträge übergehen;***

Or. en

Änderungsantrag 163 **Marian Harkin**

Entschließungsantrag **Ziffer 38**

Entschließungsantrag

38. stellt mit Befriedigung fest, dass diese Mittel innerhalb der ersten beiden Jahre der Laufzeit des nächsten Finanzrahmens eingesetzt werden können; erinnert jedoch daran, dass der Betrag **nicht** ausreicht, um die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und somit eine erste Tranche zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit darstellen sollte; betont, dass die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) einen Bedarf von 21 Mrd. EUR für die Umsetzung eines wirksamen Programms allein zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone errechnet hat; fordert die Kommission auf, den Jugendgarantien Priorität einzuräumen

Geänderter Text

38. stellt mit Befriedigung fest, dass diese Mittel innerhalb der ersten beiden Jahre der Laufzeit des nächsten Finanzrahmens eingesetzt werden können; erinnert jedoch daran, dass der Betrag **keineswegs** ausreicht, um die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und somit eine erste Tranche zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit darstellen sollte; betont, dass die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) einen Bedarf von 21 Mrd. EUR für die Umsetzung eines wirksamen Programms allein zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone errechnet hat; fordert die Kommission auf, den Jugendgarantien

und das verfügbare Budget im Rahmen der zugesagten Halbzeitbilanz des MFR zu erhöhen;

Priorität einzuräumen und das verfügbare Budget im Rahmen der zugesagten Halbzeitbilanz des MFR zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 164 **Evelyn Regner**

Entschließungsantrag **Ziffer 38**

Entschließungsantrag

38. stellt mit Befriedigung fest, dass diese Mittel innerhalb der ersten beiden Jahre der Laufzeit des nächsten Finanzrahmens eingesetzt werden können; erinnert jedoch daran, dass der Betrag nicht ausreicht, um die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und somit eine erste Tranche zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit darstellen sollte; betont, dass die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) einen Bedarf von 21 Mrd. EUR für die Umsetzung eines wirksamen Programms allein zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone errechnet hat; fordert die Kommission auf, den Jugendgarantien Priorität einzuräumen und das verfügbare Budget im Rahmen der zugesagten Halbzeitbilanz des MFR zu erhöhen;

Geänderter Text

38. stellt mit Befriedigung fest, dass diese Mittel innerhalb der ersten beiden Jahre der Laufzeit des nächsten Finanzrahmens eingesetzt werden können; erinnert jedoch daran, dass der Betrag nicht ausreicht, um die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und somit eine erste Tranche zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit darstellen sollte; betont, dass die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) einen Bedarf von 21 Mrd. EUR für die Umsetzung eines wirksamen Programms allein zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone errechnet hat ***und dass der wirtschaftliche Schaden aufgrund des Ausschlusses junger Menschen vom Arbeitsmarkt in den Mitgliedsstaaten im Jahr 2011 auf 153 Mrd. EUR geschätzt wurde, was 1,2 % des BIP der EU entspricht***; fordert die Kommission auf, den Jugendgarantien Priorität einzuräumen und das verfügbare Budget im Rahmen der zugesagten Halbzeitbilanz des MFR zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 165 **Philippe De Backer**

**Entschließungsantrag
Ziffer 39**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

39. fordert die Kommission und den Rat auf, dafür zu sorgen, dass auch die dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit unterliegenden Mitgliedstaaten über den steuerlichen Spielraum zur Nutzung dieser Maßnahmen verfügten, und zwar insbesondere durch eine vorübergehende Befreiung der Kofinanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit durch die Mitgliedstaaten von der Berechnung übermäßiger Defizite;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 166
Sari Essayah**

**Entschließungsantrag
Ziffer 39**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

39. fordert die Kommission und den Rat auf, dafür zu sorgen, dass auch die dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit unterliegenden Mitgliedstaaten über den steuerlichen Spielraum zur Nutzung dieser Maßnahmen **verfügten, und zwar insbesondere durch eine vorübergehende Befreiung der Kofinanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit durch die Mitgliedstaaten von der Berechnung übermäßiger Defizite;**

39. fordert die Kommission und den Rat auf, dafür zu sorgen, dass auch die dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit unterliegenden Mitgliedstaaten über den steuerlichen Spielraum zur Nutzung dieser Maßnahmen **verfügen;**

Or. en

Änderungsantrag 167
Marian Harkin

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag

39. fordert die Kommission und den Rat auf, dafür zu sorgen, dass auch die dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit unterliegenden Mitgliedstaaten über den steuerlichen Spielraum zur Nutzung dieser Maßnahmen **verfügten, und zwar insbesondere durch eine vorübergehende Befreiung der Kofinanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit durch die Mitgliedstaaten von der Berechnung übermäßiger Defizite;**

Geänderter Text

39. fordert die Kommission und den Rat auf, dafür zu sorgen, dass auch die dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit unterliegenden Mitgliedstaaten über den steuerlichen Spielraum zur Nutzung dieser Maßnahmen **verfügen;**

Or. en

Änderungsantrag 168
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag

40. fordert die Kommission auf, einen Qualitätsrahmen für Praktika vorzuschlagen, der unter anderem Kriterien für eine angemessene Bezahlung, Lernergebnisse, Arbeitsbedingungen und Normen für den Gesundheitsschutz beinhaltet; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und europäischen Sozialpartner auf, die Ausbildungsallianz tatkräftig umzusetzen;

Geänderter Text

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 169
Heinz K. Becker

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag

40. **fordert die Kommission auf**, einen **Qualitätsrahmen** für Praktika **vorzuschlagen**, der unter anderem Kriterien für eine angemessene Bezahlung, Lernergebnisse, Arbeitsbedingungen und Normen für den Gesundheitsschutz beinhaltet; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und europäischen Sozialpartner auf, die Ausbildungsallianz tatkräftig umzusetzen;

Geänderter Text

40. **begrüßt den Vorschlag der** Kommission **für einen Rahmen** für Praktika, der unter anderem Kriterien für eine angemessene Bezahlung, Lernergebnisse, Arbeitsbedingungen und Normen für den Gesundheitsschutz beinhaltet; **bedauert das Fehlen einer Forderung nach angemessener Bezahlung und fairer Entlohnung**; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und europäischen Sozialpartner auf, die Ausbildungsallianz tatkräftig umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 170
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag

40. fordert die Kommission auf, einen Qualitätsrahmen für Praktika vorzuschlagen, der unter anderem Kriterien für **eine** angemessene **Bezahlung**, Lernergebnisse, **Arbeitsbedingungen und Normen für den Gesundheitsschutz** beinhaltet; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und europäischen Sozialpartner auf, die Ausbildungsallianz tatkräftig umzusetzen;

Geänderter Text

40. fordert die Kommission auf, einen Qualitätsrahmen für Praktika vorzuschlagen, der unter anderem Kriterien für angemessene **Arbeitsbedingungen und** Lernergebnisse beinhaltet; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und europäischen Sozialpartner auf, die Ausbildungsallianz tatkräftig umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 171
Joanna Katarzyna Skrzydlewska

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. fordert die Mitgliedstaaten auf, durch steuerliche Anreize, Zuschüsse für die Beschäftigungsfikskosten und durch die Möglichkeit des Zugangs zu Mitteln für die Schulung vor Ort Unternehmen verstärkt zu fördern, um die Unternehmen bei der Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen und Fortbildungsangeboten zu unterstützen und um wirkungsvoll und gezielt in das Potenzial junger Menschen zu investieren;

Or. en

Änderungsantrag 172
Ria Oomen-Ruijten

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41. ist der Auffassung, dass es angesichts der Anzahl von Arbeitnehmern, insbesondere junger Menschen, die auf der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten ihre Heimatländer verlassen und sich in andere Mitgliedstaaten begeben, dringend erforderlich ist, angemessene Maßnahmen **zur Änderung der EU-Rechtsvorschriften** auszuarbeiten, um die Übertragung von Pensionsansprüchen und den fortlaufenden Erhalt von Leistungen bei Arbeitslosigkeit über einen Zeitraum von mindestens drei Monaten, während der Empfänger Arbeit

41. ist der Auffassung, dass es angesichts der Anzahl von Arbeitnehmern, insbesondere junger Menschen, die auf der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten ihre Heimatländer verlassen und sich in andere Mitgliedstaaten begeben, dringend erforderlich ist, angemessene Maßnahmen auszuarbeiten; **weist darauf hin, dass derzeit EU-Rechtsvorschriften geändert werden**, um die Übertragung von Pensionsansprüchen und den fortlaufenden Erhalt von Leistungen bei Arbeitslosigkeit über einen Zeitraum von mindestens drei

in einem anderen Mitgliedstaat sucht,
sicherzustellen;

Monaten **sicherzustellen**, während der Empfänger Arbeit in einem anderen Mitgliedstaat sucht; **stellt fest, dass der Rat und das Parlament eine Einigung über die grenzübergreifende Übertragbarkeit von zusätzlichen Rentenansprüchen erzielt haben**;

Or. en

Änderungsantrag 173
Heinz K. Becker

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41a. betont die Bedeutung des in einigen Mitgliedstaaten verwendeten dualen Bildungssystems; ist der Ansicht, dass die duale Bildung in vielen anderen Mitgliedstaaten eingeführt werden kann, wenn die nationalen Besonderheiten berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 174
Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag

Geänderter Text

42. begrüßt die Absicht der Kommission, das Europäische Portal zur beruflichen Mobilität (EURES) durch Intensivierung und Ausweitung der Aktivitäten und insbesondere die Förderung der Jugendmobilität weiter auszubauen; fordert eine eigens zu diesem Zweck gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu entwerfende Strategie; macht allerdings geltend, dass

42. begrüßt die Absicht der Kommission, das Europäische Portal zur beruflichen Mobilität (EURES) durch Intensivierung und Ausweitung der Aktivitäten und insbesondere die Förderung der Jugendmobilität weiter auszubauen; fordert eine eigens zu diesem Zweck gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu entwerfende Strategie; macht allerdings geltend, dass

der freiwillige Charakter von Mobilität weiterhin erhalten bleiben muss und die Bemühungen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort nicht einschränken darf;

der freiwillige Charakter von Mobilität weiterhin erhalten bleiben muss und die Bemühungen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort nicht einschränken darf, **um das Problem der Abwanderung von Fachkräften („Brain Drain“), das in den am härtesten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten bereits aufgetreten ist, nicht noch zu verschärfen;**

Or. en

Änderungsantrag 175 **Inês Cristina Zuber**

Entschließungsantrag **Ziffer 42**

Entschließungsantrag

42. begrüßt die Absicht der Kommission, das Europäische Portal zur beruflichen Mobilität (EURES) durch Intensivierung und Ausweitung der Aktivitäten und insbesondere die Förderung der Jugendmobilität weiter auszubauen; fordert eine eigens zu diesem Zweck gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu entwerfende Strategie; macht allerdings geltend, dass der freiwillige Charakter von Mobilität weiterhin erhalten bleiben muss und die Bemühungen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort nicht einschränken darf;

Geänderter Text

42. begrüßt die Absicht der Kommission, das Europäische Portal zur beruflichen Mobilität (EURES) durch Intensivierung und Ausweitung der Aktivitäten und insbesondere die Förderung der Jugendmobilität weiter auszubauen; fordert eine eigens zu diesem Zweck gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu entwerfende Strategie; macht allerdings geltend, dass der freiwillige Charakter von Mobilität weiterhin erhalten bleiben muss und die Bemühungen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort nicht einschränken darf; **betont, dass vorrangig Strategien entwickelt werden sollten, die Arbeitskräfte nicht zur Abwanderung zwingen, wenn sie dies nicht möchten;**

Or. en

Änderungsantrag 176 **Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry**

Entschließungsantrag

Ziffer 43

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43. stellt fest, dass das Binnenmarktrecht grundsätzlich von der EU-28 zu thematisieren ist, fordert jedoch aufgrund der weitaus bedeutenderen Integrationserfordernissen im Euroraum die Kommission auf, die Möglichkeit für WWU-Mitglieder zu prüfen, eine bessere Zusammenarbeit im Hinblick auf die Verabschiedung von Rechtsvorschriften für die schnellere und wirksamere Förderung von Arbeitsmarktmobilität innerhalb der WWU (z. B. in Bezug auf die Übertragbarkeit zusätzlicher Pensionsansprüche oder die Verabschiedung eines Kooperationsabkommen zwischen den nationalen Arbeitsämtern der Länder der WWU) zu erzielen;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 177

Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. fordert den Europäischen Rat auf, die Verlagerung der Steuerlast von Arbeit auf die Umweltverschmutzung und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug als neuen Hauptschwerpunktbereich in den Jahreswachstumsbericht aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 178
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44. stellt fest, dass die Einkommensungleichheit sowohl zwischen als auch in den Mitgliedstaaten ansteigt, insbesondere im Süden und in den Peripherieländern der EU; stellt weiterhin fest, dass die Krise die langfristigen Tendenzen hin zu einer Lohnpolarisierung und Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt in vielen Ländern verstärkt und dies die wachsende Ungleichheit zusammen mit den eine geringere Umverteilung leistenden Abgaben- und Sozialleistungssystemen noch befeuert hat;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 179
Verónica Lope Fontagné, Csaba Öry

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44. stellt fest, dass die Einkommensungleichheit sowohl zwischen als auch in den Mitgliedstaaten ansteigt, insbesondere im Süden und in den Peripherieländern der EU; stellt weiterhin fest, dass die Krise die langfristigen Tendenzen hin zu einer Lohnpolarisierung und Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt in vielen Ländern verstärkt **und dies die wachsende Ungleichheit zusammen mit den eine geringere Umverteilung leistenden Abgaben- und Sozialleistungssystemen noch befeuert**

44. stellt fest, dass die Einkommensungleichheit sowohl zwischen als auch in den Mitgliedstaaten ansteigt, insbesondere im Süden und in den Peripherieländern der EU; stellt weiterhin fest, dass die Krise die langfristigen Tendenzen hin zu einer Lohnpolarisierung und Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt in vielen Ländern verstärkt hat;

hat;

Or. en

Änderungsantrag 180
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag

45. betont, dass die hohe – und in einigen Fällen weiter steigende – Steuer- und Abgabenbelastung, **insbesondere für Gering- und Zweitverdiener**, in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor ein Problem ist; stellt jedoch fest, dass nicht zuletzt aufgrund des begrenzten finanzpolitischen Spielraums nur wenige Länder Schritte unternommen haben, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen;

Geänderter Text

45. betont, dass die hohe – und in einigen Fällen weiter steigende – Steuer- und Abgabenbelastung in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor ein Problem ist; stellt jedoch fest, dass nicht zuletzt aufgrund des begrenzten finanzpolitischen Spielraums nur wenige Länder Schritte unternommen haben, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen;

Or. en

Änderungsantrag 181
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag

45. betont, dass die hohe – und in einigen Fällen weiter steigende – Steuer- und Abgabenbelastung, **insbesondere für Gering- und Zweitverdiener**, in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor ein Problem ist; stellt jedoch fest, dass nicht zuletzt aufgrund des begrenzten finanzpolitischen Spielraums nur wenige Länder Schritte unternommen haben, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen;

Geänderter Text

45. betont, dass die hohe – und in einigen Fällen weiter steigende – Steuer- und Abgabenbelastung in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor ein Problem ist; stellt jedoch fest, dass nicht zuletzt aufgrund des begrenzten finanzpolitischen Spielraums nur wenige Länder Schritte unternommen haben, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen;

Or. en

Änderungsantrag 182
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag

46. **ist darüber besorgt, dass die Kommission in dem Jahreswachstumsbericht 2014 weitere Erhöhungen der indirekten Steuern, die im Allgemeinen eine geringere Progressivität als direkte Steuern aufweisen, befürwortet;** fordert die Kommission auf, den Steuerbericht des IWF vom Oktober 2013 zur Kenntnis zu nehmen, nach dem Spielraum für eine bessere **und progressivere** Besteuerung vorhanden ist, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu erhöhen und gleichzeitig stärkere Anstrengungen zur Förderung von Wachstum zu unternehmen und dabei zusätzliche Einnahmen zu erzielen;

Geänderter Text

46. fordert die Kommission auf, den Steuerbericht des IWF vom Oktober 2013 zur Kenntnis zu nehmen, nach dem Spielraum für eine bessere Besteuerung vorhanden ist, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu erhöhen und gleichzeitig stärkere Anstrengungen zur Förderung von Wachstum zu unternehmen und dabei zusätzliche Einnahmen zu erzielen;

Or. en

Änderungsantrag 183
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag

46. **ist darüber besorgt,** dass die Kommission in dem Jahreswachstumsbericht 2014 **weitere Erhöhungen der indirekten Steuern, die im Allgemeinen eine geringere Progressivität als direkte Steuern aufweisen,** befürwortet; fordert die Kommission auf, den Steuerbericht des

Geänderter Text

46. **stellt fest, dass** die Kommission in dem Jahreswachstumsbericht 2014 **eine Überarbeitung der Steuersysteme** befürwortet, **durch die die Steuerbemessungsgrundlage verbreitert wird und die Steuerlast von der Arbeit auf Steuerbemessungsgrundlagen verlagert wird, die an Konsum, Vermögen und**

IWF vom Oktober 2013 zur Kenntnis zu nehmen, nach dem Spielraum für eine bessere und progressivere Besteuerung vorhanden ist, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu erhöhen und gleichzeitig stärkere Anstrengungen zur Förderung von Wachstum zu unternehmen und dabei zusätzliche Einnahmen zu erzielen;

Umweltverschmutzung gebunden sind; fordert die Kommission auf, den Steuerbericht des IWF vom Oktober 2013 zur Kenntnis zu nehmen, nach dem Spielraum für eine bessere und progressivere Besteuerung vorhanden ist, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu erhöhen und gleichzeitig stärkere Anstrengungen zur Förderung von Wachstum zu unternehmen und dabei zusätzliche Einnahmen zu erzielen;

Or. en

Änderungsantrag 184
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten und schlägt eine Verlagerung der Steuerlast hin zu anderen Arten tragfähiger Steuern, ***wie etwa eine harmonisierte Körperschaftssteuer, die Finanztransaktionssteuer (FTS) und die CO2-Steuern***, vor;

Geänderter Text

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten und schlägt eine Verlagerung der Steuerlast hin zu anderen Arten tragfähiger Steuern vor;

Or. en

Änderungsantrag 185
Marian Harkin

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten

Geänderter Text

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten

und schlägt eine Verlagerung der Steuerlast hin zu anderen Arten tragfähiger Steuern, wie etwa eine harmonisierte Körperschaftssteuer, die Finanztransaktionssteuer (FTS) und die CO2-Steuern, vor;

und schlägt eine Verlagerung der Steuerlast hin zu anderen Arten tragfähiger Steuern, wie etwa eine harmonisierte Körperschaftssteuer, die Finanztransaktionssteuer (FTS) und die CO2-Steuern, vor;

Or. en

Änderungsantrag 186
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten **und schlägt eine Verlagerung der Steuerlast hin zu anderen Arten tragfähiger Steuern, wie etwa eine harmonisierte Körperschaftssteuer, die Finanztransaktionssteuer (FTS) und die CO2-Steuern, vor;**

Geänderter Text

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten;

Or. en

Änderungsantrag 187
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten und schlägt eine Verlagerung der Steuerlast hin zu anderen Arten tragfähiger Steuern, **wie etwa eine harmonisierte Körperschaftssteuer, die Finanztransaktionssteuer (FTS) und die CO2-Steuern, vor;**

Geänderter Text

47. unterstützt die Forderung der Kommission, Arbeit steuerlich zu entlasten und schlägt eine Verlagerung der Steuerlast hin zu anderen Arten tragfähiger Steuern vor;

Änderungsantrag 188
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag

stellt fest, welchen wichtigen Einfluss eine Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere durch gezielte vorübergehende Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge oder Beschäftigungsbeihilfen für neu eingestelltes Personal – vor allem gering bezahlte und minderqualifizierte Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose und sonstige Risikogruppen – bei gleichzeitiger Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Rentensysteme haben kann;

Geänderter Text

stellt fest, welchen wichtigen Einfluss eine Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere durch gezielte vorübergehende Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge oder Beschäftigungsbeihilfen für neu eingestelltes Personal – vor allem **junge Menschen**, gering bezahlte und minderqualifizierte Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose und sonstige Risikogruppen – bei gleichzeitiger Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Rentensysteme haben kann;

Änderungsantrag 189
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag

49. stellt fest, welchen wichtigen Einfluss eine Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit, **insbesondere durch gezielte vorübergehende Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge oder Beschäftigungsbeihilfen für neu eingestelltes Personal – vor allem gering**

Geänderter Text

49. stellt fest, welchen wichtigen Einfluss eine Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit bei gleichzeitiger Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Rentensysteme haben kann;

bezahlte und minderqualifizierte Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose und sonstige Risikogruppen – bei gleichzeitiger Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Rentensysteme haben kann;

Or. en

Änderungsantrag 190
Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 50

Entschließungsantrag

50. betont, wie wichtig es ist, zum Schutz der Arbeitnehmer und Einnahmen und um das öffentliche Vertrauen in die Gerechtigkeit und Wirksamkeit der Steuersysteme aufrechtzuerhalten, wirksame Schritte im Kampf gegen illegale Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit **und** Steuerbetrug zu unternehmen, insbesondere vor dem aktuellen Hintergrund der Haushaltskonsolidierung;

Geänderter Text

50. betont, wie wichtig es ist, zum Schutz der Arbeitnehmer und Einnahmen und um das öffentliche Vertrauen in die Gerechtigkeit und Wirksamkeit der Steuersysteme aufrechtzuerhalten, wirksame Schritte im Kampf gegen illegale Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit, Steuerbetrug **und Steuerhinterziehung** zu unternehmen, insbesondere vor dem aktuellen Hintergrund der Haushaltskonsolidierung;

Or. en

Änderungsantrag 191
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag

51. ist besorgt über die wachsende Armut in allen Altersklassen **seit dem Zyklus 2013 des Europäischen Semesters**; stellt fest, dass in den letzten Jahren in zwei Dritteln der Mitgliedstaaten die Armut und

Geänderter Text

51. ist besorgt über die wachsende Armut in allen Altersklassen; stellt fest, dass in den letzten Jahren in zwei Dritteln der Mitgliedstaaten die Armut und soziale Ausgrenzung unter den 18- bis 64-Jährigen

soziale Ausgrenzung unter den 18- bis 64-Jährigen deutlich angestiegen ist, hauptsächlich aufgrund einer wachsenden Zahl von Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit oder eine sehr geringe Erwerbsintensität herrschen, sowie zunehmender Armut trotz Erwerbstätigkeit; stellt fest, dass im Jahr 2012 die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung für Drittstaatenangehörige (im Alter von 18 bis 64) deutlich größer (48,8 %) als für EU-Bürger war;

deutlich angestiegen ist, hauptsächlich aufgrund einer wachsenden Zahl von Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit oder eine sehr geringe Erwerbsintensität herrschen, sowie zunehmender Armut trotz Erwerbstätigkeit; stellt fest, dass im Jahr 2012 die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung für Drittstaatenangehörige (im Alter von 18 bis 64) deutlich größer (48,8 %) als für EU-Bürger war;

Or. en

Änderungsantrag 192 **Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

Entschließungsantrag **Ziffer 51**

Entschließungsantrag

51. ist besorgt über die wachsende Armut in allen Altersklassen seit dem Zyklus 2013 des Europäischen Semesters; stellt fest, dass in den letzten Jahren in zwei Dritteln der Mitgliedstaaten die Armut und soziale Ausgrenzung unter den 18- bis 64-Jährigen deutlich angestiegen ist, hauptsächlich aufgrund einer wachsenden Zahl von Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit oder eine sehr geringe Erwerbsintensität herrschen, sowie zunehmender Armut trotz Erwerbstätigkeit; stellt fest, dass im Jahr 2012 die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung für Drittstaatenangehörige (im Alter von 18 bis 64) deutlich größer (48,8 %) als für EU-Bürger war;

Geänderter Text

51. ist besorgt über die wachsende Armut in allen Altersklassen seit dem Zyklus 2013 des Europäischen Semesters; stellt fest, dass in den letzten Jahren in zwei Dritteln der Mitgliedstaaten die Armut und soziale Ausgrenzung unter den 18- bis 64-Jährigen deutlich angestiegen ist, hauptsächlich aufgrund einer wachsenden Zahl von Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit oder eine sehr geringe Erwerbsintensität herrschen, sowie zunehmender Armut trotz Erwerbstätigkeit; stellt fest, dass im Jahr 2012 die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung für Drittstaatenangehörige (im Alter von 18 bis 64) deutlich größer (48,8 %) als für EU-Bürger war; **fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um das bezüglich der Armut und der sozialen Ausgrenzung gesteckte Ziel der Strategie Europa 2020 zu verwirklichen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf,**

unverzüglich Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut zu ergreifen, da im Jahre 2011 27 % der Kinder unter 18 Jahren von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht waren; fordert die Kommission auf, Empfehlungen zu veröffentlichen, die vor allem an jene Mitgliedstaaten gerichtet sind, in denen die Gefahr der Armut und der sozialen Ausgrenzung für Menschen unter 18 Jahren am höchsten war, und zwar Bulgarien (52 %), Rumänien (49 %), Lettland (44 %), Ungarn (40 %) und Irland (38 % im Jahre 2010):

Or. en

Änderungsantrag 193
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag

51. ist besorgt über die wachsende Armut in allen Altersklassen **seit dem Zyklus 2013 des Europäischen Semesters**; stellt fest, dass in den letzten Jahren in zwei Dritteln der Mitgliedstaaten die Armut und soziale Ausgrenzung unter den 18- bis 64-Jährigen deutlich angestiegen ist, hauptsächlich aufgrund einer wachsenden Zahl von Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit oder eine sehr geringe Erwerbsintensität herrschen, sowie zunehmender Armut trotz Erwerbstätigkeit; stellt fest, dass im Jahr 2012 die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung für Drittstaatenangehörige (im Alter von 18 bis 64) deutlich größer (48,8 %) als für EU-Bürger war;

Geänderter Text

51. ist besorgt über die wachsende Armut in allen Altersklassen; stellt fest, dass in den letzten Jahren in zwei Dritteln der Mitgliedstaaten die Armut und soziale Ausgrenzung unter den 18- bis 64-Jährigen deutlich angestiegen ist, hauptsächlich aufgrund einer wachsenden Zahl von Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit oder eine sehr geringe Erwerbsintensität herrschen, sowie zunehmender Armut trotz Erwerbstätigkeit; stellt fest, dass im Jahr 2012 die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung für Drittstaatenangehörige (im Alter von 18 bis 64) deutlich größer (48,8 %) als für EU-Bürger war;

Or. en

Änderungsantrag 194
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag

52. begrüßt die Bestätigung der Notwendigkeit im Jahreswachstumsbericht 2014, die sozialen Folgen der Krise in Angriff zu nehmen und für die finanzielle Tragfähigkeit von sozialem Schutz zu sorgen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sicherheitsnetze zu stärken, für die Wirksamkeit der Systeme der sozialen Sicherung zu sorgen und in vorbeugende Maßnahmen zu investieren; mahnt die Kommission, die Auswirkungen der makroökonomischen Anpassungsprogramme auf die Fortschritte bei den vorrangigen Zielen der Strategie Europa 2020 in den finanziell angeschlagenen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und Änderungsvorschläge mit dem Ziel, die Anpassungsprogramme in Einklang mit den Zielen der Strategie Europa 2020 zu bringen, zu beschließen;

Geänderter Text

52. begrüßt die Bestätigung der Notwendigkeit im Jahreswachstumsbericht 2014, die sozialen Folgen der Krise in Angriff zu nehmen und für die finanzielle Tragfähigkeit von sozialem Schutz zu sorgen; **bedauert jedoch, dass wieder keine konkreten und angemessenen Vorschläge oder Empfehlungen dafür veröffentlicht wurden;** fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sicherheitsnetze zu stärken, für die Wirksamkeit der Systeme der sozialen Sicherung zu sorgen und in vorbeugende Maßnahmen zu investieren; mahnt die Kommission, die Auswirkungen der makroökonomischen Anpassungsprogramme **und Politikreformen** auf die Fortschritte bei den vorrangigen Zielen der Strategie Europa 2020 **vor allem** in den finanziell angeschlagenen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und Änderungsvorschläge mit dem Ziel, die Anpassungsprogramme in Einklang mit den Zielen der Strategie Europa 2020 zu bringen, zu beschließen;

Or. en

Änderungsantrag 195
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag

52. begrüßt die Bestätigung der Notwendigkeit im Jahreswachstumsbericht 2014, die sozialen Folgen der Krise in

Geänderter Text

52. begrüßt die Bestätigung der Notwendigkeit im Jahreswachstumsbericht 2014, die sozialen Folgen der Krise in

Angriff zu nehmen und für die finanzielle Tragfähigkeit von sozialem Schutz zu sorgen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sicherheitsnetze zu stärken, für die Wirksamkeit der Systeme der sozialen Sicherung zu sorgen und in vorbeugende Maßnahmen zu investieren; **mahnt die Kommission, die Auswirkungen der makroökonomischen Anpassungsprogramme auf die Fortschritte bei den vorrangigen Zielen der Strategie Europa 2020 in den finanziell angeschlagenen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und Änderungsvorschläge mit dem Ziel, die Anpassungsprogramme in Einklang mit den Zielen der Strategie Europa 2020 zu bringen, zu beschließen;**

Angriff zu nehmen und für die finanzielle Tragfähigkeit von sozialem Schutz zu sorgen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sicherheitsnetze zu stärken, für die Wirksamkeit der Systeme der sozialen Sicherung zu sorgen und in vorbeugende Maßnahmen zu investieren;

Or. en

Änderungsantrag 196
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag

52. begrüßt die Bestätigung der Notwendigkeit im Jahreswachstumsbericht 2014, die sozialen Folgen der Krise in Angriff zu nehmen und für die finanzielle Tragfähigkeit von sozialem Schutz zu sorgen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sicherheitsnetze zu stärken, für die Wirksamkeit der Systeme der sozialen Sicherung zu sorgen und in vorbeugende Maßnahmen zu investieren; mahnt die Kommission, die **Auswirkungen der makroökonomischen Anpassungsprogramme auf die Fortschritte bei den vorrangigen Zielen der Strategie Europa 2020 in den finanziell angeschlagenen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und**

Geänderter Text

52. begrüßt die Bestätigung der Notwendigkeit im Jahreswachstumsbericht 2014, die sozialen Folgen der Krise in Angriff zu nehmen und für die finanzielle Tragfähigkeit von sozialem Schutz zu sorgen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sicherheitsnetze zu stärken, für die Wirksamkeit der Systeme der sozialen Sicherung zu sorgen und in vorbeugende Maßnahmen zu investieren; mahnt die Kommission, die makroökonomischen Anpassungsprogramme **abzuschaffen;**

Änderungsvorschläge mit dem Ziel, die Anpassungsprogramme in Einklang mit den Zielen der Strategie Europa 2020 zu bringen, zu beschließen;

Or. en

Änderungsantrag 197
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

52a. begrüßt den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen, der diese bei der Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse unterstützt; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Mittel ordnungsgemäß einzusetzen und an die am stärksten von Armut betroffenen Personen zu richten;

Or. en

Änderungsantrag 198
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag

Geänderter Text

53. nimmt den Vorschlag zu Rentenreformen in den länderspezifischen Empfehlungen für eine Reihe von Mitgliedstaaten zur Kenntnis; **bedauert, dass die Empfehlungen der Kommission ohne Bezugnahme auf die Empfehlungen des Parlaments in dem Grün- und Weißbuch über Pensions- und Rentensysteme abgegeben wurden;** betont, dass der nationale politische und soziale

53. nimmt den Vorschlag zu Rentenreformen in den länderspezifischen Empfehlungen für eine Reihe von Mitgliedstaaten zur Kenntnis; betont, dass der nationale politische und soziale Zusammenhalt eine Voraussetzung für Pensions- und Rentenreformen darstellt, welche dann mit den Sozialpartnern ausgehandelt werden müssen, um von Erfolg gekrönt zu sein;

Zusammenhalt eine Voraussetzung für Pensions- und Rentenreformen darstellt, welche dann mit den Sozialpartnern ausgehandelt werden müssen, um von Erfolg gekrönt zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 199
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag

53. nimmt den Vorschlag zu Rentenreformen in den länderspezifischen Empfehlungen für eine Reihe von Mitgliedstaaten zur Kenntnis; bedauert, dass die Empfehlungen der Kommission ohne Bezugnahme auf die Empfehlungen des Parlaments in dem Grün- und Weißbuch über Pensions- und Rentensysteme abgegeben wurden; betont, dass der nationale politische und soziale Zusammenhalt eine Voraussetzung für Pensions- und Rentenreformen darstellt, *welche dann mit den Sozialpartnern ausgehandelt werden müssen, um von Erfolg gekrönt zu sein;*

Geänderter Text

53. nimmt den Vorschlag zu Rentenreformen in den länderspezifischen Empfehlungen für eine Reihe von Mitgliedstaaten zur Kenntnis; bedauert, dass die Empfehlungen der Kommission ohne Bezugnahme auf die Empfehlungen des Parlaments in dem Grün- und Weißbuch über Pensions- und Rentensysteme abgegeben wurden; betont, dass der nationale politische und soziale Zusammenhalt eine Voraussetzung für Pensions- und Rentenreformen darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 200
Ria Oomen-Ruijten

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag

53. nimmt den Vorschlag zu Rentenreformen in den länderspezifischen

Geänderter Text

Betrifft nicht die deutsche Fassung.

Empfehlungen für eine Reihe von Mitgliedstaaten zur Kenntnis; bedauert, dass die Empfehlungen der Kommission ohne Bezugnahme auf die Empfehlungen des Parlaments in dem Grün- und Weißbuch über Pensions- und Rentensysteme abgegeben wurden; betont, dass der nationale politische und soziale Zusammenhalt eine Voraussetzung für Pensions- und Rentenreformen darstellt, welche dann mit den Sozialpartnern ausgehandelt werden müssen, um von Erfolg gekrönt zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 201
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 53 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

53a. betont, dass die derzeit in den Mitgliedstaaten stattfindenden, notwendigen Reformen der Rentensysteme im Einklang mit den wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der Strategie Europa 2020 so gestaltet, konzipiert und umgesetzt werden sollten, dass ihre Tragfähigkeit sichergestellt ist, ohne die Angemessenheit der Renten zu gefährden;

Or. en

Änderungsantrag 202
Verónica Lope Fontagné, Ria Oomen-Ruijten, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Ziffer 53 a (neu)

53a. begrüßt den Vermerk der Kommission in dem Jahreswachstumsbericht 2014, durch den betont wird, dass in vielen Ländern die Rentenreformen durch eine konsequentere Anbindung des gesetzlichen Ruhestandsalters an die Lebenserwartung ergänzt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 203
Philippe De Backer, Phil Bennion

Entschließungsantrag
Ziffer 54

54. betont die Notwendigkeit der Durchführung erforderlicher Reformen, um die Tragfähigkeit der Pensions- und Rentensysteme zu garantieren; **hält** die Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters **ohne eine** Erhöhung des vorgeschriebenen Ruhestandsalters **durch die Verringerung der Zahl** frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheidender Personen **für möglich**; ist der Auffassung, dass die Pensions- und Rentenreformen zur erfolgreichen Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters von einer Politik begleitet werden müssen, welche den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und sonstigen Möglichkeiten für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben begrenzt, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schafft, den Zugang zu lebenslangem Lernen sichert, Anreize für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben bietende Steuer- und Sozialleistungskonzepte einführt und ein

54. betont die Notwendigkeit der Durchführung erforderlicher Reformen, um die Tragfähigkeit der Pensions- und Rentensysteme zu garantieren; **stellt fest, dass** die Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters **zur** Erhöhung des vorgeschriebenen Ruhestandsalters **notwendig sein könnte; ist der Ansicht, dass** die Zahl frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheidender Personen **verringert werden sollte, um das tatsächliche Renteneintrittsalter erfolgreich anzuheben**; ist der Auffassung, dass die Pensions- und Rentenreformen zur erfolgreichen Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters von einer Politik begleitet werden müssen, welche den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und sonstigen Möglichkeiten für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben begrenzt, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schafft, den Zugang zu lebenslangem Lernen sichert, Anreize für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben

aktives und gesundes Altern unterstützt;

bietende Steuer- und
Sozialleistungskonzepte einführt und ein
aktives und gesundes Altern unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag 204
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag

54. betont die Notwendigkeit der Durchführung erforderlicher Reformen, um die Tragfähigkeit der Pensions- und Rentensysteme zu garantieren; ***hält die Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters ohne eine Erhöhung des vorgeschriebenen Ruhestandsalters durch die Verringerung der Zahl frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheidender Personen für möglich***; ist der Auffassung, dass die Pensions- und Rentenreformen zur erfolgreichen Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters von einer Politik begleitet werden müssen, welche den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und sonstigen Möglichkeiten für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben begrenzt, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schafft, den Zugang zu lebenslangem Lernen sichert, Anreize für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben bietende Steuer- und Sozialleistungskonzepte einführt und ein aktives und gesundes Altern unterstützt;

Geänderter Text

54. betont die Notwendigkeit der Durchführung erforderlicher Reformen, um die Tragfähigkeit der Pensions- und Rentensysteme zu garantieren; ist der Auffassung, dass die Pensions- und Rentenreformen zur erfolgreichen Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters ***und zur Verringerung der Zahl frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheidender Personen*** von einer Politik begleitet werden müssen, welche den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und sonstigen Möglichkeiten für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben begrenzt, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schafft, den Zugang zu lebenslangem Lernen sichert, Anreize für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben bietende Steuer- und Sozialleistungskonzepte einführt und ein aktives und gesundes Altern unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag 205
Inês Cristina Zuber

**Entschließungsantrag
Ziffer 54**

Entschließungsantrag

54. betont die Notwendigkeit der Durchführung erforderlicher Reformen, um die Tragfähigkeit der Pensions- und Rentensysteme zu garantieren; ***hält die Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters ohne eine Erhöhung des vorgeschriebenen Ruhestandsalters durch die Verringerung der Zahl frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheidender Personen für möglich; ist der Auffassung, dass die Pensions- und Rentenreformen zur erfolgreichen Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters von einer Politik begleitet werden müssen, welche den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und sonstigen Möglichkeiten für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben begrenzt, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schafft, den Zugang zu lebenslangem Lernen sichert, Anreize für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben bietende Steuer- und Sozialleistungskonzepte einführt und ein aktives und gesundes Altern unterstützt;***

Geänderter Text

54. betont die Notwendigkeit der Durchführung erforderlicher Reformen, um die Tragfähigkeit der Pensions- und Rentensysteme ***und die Sicherung der öffentlichen Sozialversicherungssysteme*** zu garantieren ***und um gerechte Reformen zu verfolgen, die ein Leben in Würde erlauben;***

Or. en

**Änderungsantrag 206
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry**

**Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

54a. ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten das Ruhestandsalter zur Sicherstellung eines gut funktionierenden

und nachhaltigen Pensions- und Rentensystems an die Lebenserwartung anpassen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 207
Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

54a. betont, dass die Tragfähigkeit der Rentensysteme viel mehr vom Altersabhängigkeitsquotient abhängt als vom vorgeschriebenen Ruhestandsalter; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, aktivierende Arbeitsmarktmaßnahmen einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 208
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag

Geänderter Text

56. stellt fest, dass die soziale Sicherung und Sozialpolitik, insbesondere Arbeitslosenunterstützung, Mindestlebensunterhalt und progressives Steuerwesen, zunächst zu einer Abmilderung der Rezession und einer Stabilisierung der Arbeitsmärkte und des Konsums beigetragen haben; betont allerdings, dass die Leistungsfähigkeit dieser wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Stabilisatoren **durch Sparmaßnahmen** in den Mitgliedstaaten,

56. stellt fest, dass die soziale Sicherung und Sozialpolitik, insbesondere Arbeitslosenunterstützung, Mindestlebensunterhalt und progressives Steuerwesen, zunächst zu einer Abmilderung der Rezession und einer Stabilisierung der Arbeitsmärkte und des Konsums beigetragen haben; betont allerdings, dass die Leistungsfähigkeit dieser wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Stabilisatoren in den Mitgliedstaaten, in denen sie am

in denen sie am dringendsten gebraucht werden, ***auf das absolute Mindestmaß*** verringert worden ist; stellt fest, dass die Einkommen der Haushalte und die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger gut geschützt wurden ***und dies die Rezession in den betroffenen Ländern noch weiter verschärft hat;***

dringendsten gebraucht werden, verringert worden ist; stellt fest, dass die Einkommen der Haushalte und die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger gut geschützt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 209
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag

56. stellt fest, dass die soziale Sicherung und Sozialpolitik, insbesondere Arbeitslosenunterstützung, Mindestlebensunterhalt und progressives Steuerwesen, zunächst zu einer Abmilderung der Rezession und einer Stabilisierung der Arbeitsmärkte und des Konsums beigetragen haben; ***betont allerdings, dass die Leistungsfähigkeit dieser wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Stabilisatoren durch Sparmaßnahmen in den Mitgliedstaaten, in denen sie am dringendsten gebraucht werden, auf das absolute Mindestmaß verringert worden ist; stellt fest, dass die Einkommen der Haushalte und die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger gut geschützt wurden und dies die Rezession in den betroffenen Ländern noch weiter verschärft hat;***

Geänderter Text

56. stellt fest, dass die soziale Sicherung und Sozialpolitik, insbesondere Arbeitslosenunterstützung, Mindestlebensunterhalt und progressives Steuerwesen, zunächst zu einer Abmilderung der Rezession und einer Stabilisierung der Arbeitsmärkte und des Konsums beigetragen haben;

Or. en

Änderungsantrag 210
Verónica Lope Fontagné

**Entschließungsantrag
Ziffer 56**

Entschließungsantrag

56. stellt fest, dass die soziale Sicherung und Sozialpolitik, insbesondere Arbeitslosenunterstützung, Mindestlebensunterhalt und progressives Steuerwesen, **zunächst** zu einer Abmilderung der **Rezession und einer Stabilisierung der Arbeitsmärkte und des Konsums** beigetragen haben; **betont allerdings, dass die Leistungsfähigkeit dieser wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Stabilisatoren durch Sparmaßnahmen in den Mitgliedstaaten, in denen sie am dringendsten gebraucht werden, auf das absolute Mindestmaß verringert worden ist; stellt fest, dass die Einkommen der Haushalte und die Inlandsnachfrage infolgedessen weniger gut geschützt wurden und dies die Rezession in den betroffenen Ländern noch weiter verschärft hat;**

Geänderter Text

56. stellt fest, dass die soziale Sicherung und Sozialpolitik, insbesondere Arbeitslosenunterstützung, Mindestlebensunterhalt und progressives Steuerwesen, zu einer Abmilderung der **sozialen Auswirkungen der Krise** beigetragen haben;

Or. en

**Änderungsantrag 211
Heinz K. Becker**

**Entschließungsantrag
Ziffer 56 a (neu)**

Entschließungsantrag

56a. ist der Ansicht, dass die Einführung eines Bonus-Malus-Systems für alle Beteiligten eine „Win-win-Situation“ schafft;

Geänderter Text

Or. en

Änderungsantrag 212
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag

57. betont, dass sich die unter dem Eindruck negativer wirtschaftlicher Schocks stehenden WWU-Länder in umfassender Weise der Sozialpolitik und Sozialnormen als Anpassungsfaktoren bedient haben; ***stellt fest, dass derartige interne Abwertungen drastische soziale Folgen für die nationalen Wohlfahrtsstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger gehabt und in vielen Mitgliedstaaten zu sozialen Notlagen geführt haben;***

Geänderter Text

57. betont, dass sich die unter dem Eindruck negativer wirtschaftlicher Schocks stehenden WWU-Länder in umfassender Weise der Sozialpolitik und Sozialnormen als Anpassungsfaktoren bedient haben;

Or. en

Änderungsantrag 213
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag

57. betont, dass sich die unter dem Eindruck negativer wirtschaftlicher Schocks stehenden WWU-Länder in umfassender Weise der Sozialpolitik und Sozialnormen als Anpassungsfaktoren bedient haben; stellt fest, dass derartige interne Abwertungen drastische soziale Folgen für die nationalen Wohlfahrtsstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger gehabt ***und in vielen Mitgliedstaaten zu sozialen Notlagen geführt*** haben;

Geänderter Text

57. betont, dass sich die unter dem Eindruck negativer wirtschaftlicher Schocks stehenden WWU-Länder in umfassender Weise der Sozialpolitik und Sozialnormen als Anpassungsfaktoren bedient haben; stellt fest, dass derartige interne Abwertungen drastische soziale Folgen für die nationalen Wohlfahrtsstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger gehabt haben;

Or. en

Änderungsantrag 214
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag

57. betont, dass *sich* die unter dem Eindruck negativer wirtschaftlicher Schocks stehenden WWU-Länder **in umfassender Weise der Sozialpolitik und Sozialnormen als Anpassungsfaktoren bedient haben; stellt fest, dass derartige interne Abwertungen drastische soziale Folgen für die nationalen Wohlfahrtsstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger gehabt und in vielen Mitgliedstaaten zu sozialen Notlagen geführt haben;**

Geänderter Text

57. betont, dass die **Sozialpolitik in den** unter dem Eindruck negativer wirtschaftlicher Schocks stehenden WWU-Ländern **durch die Vorgaben für die Haushaltskonsolidierung beeinträchtigt wurde; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sozialversicherungssysteme angemessener und wirksamer zu gestalten und sicherzustellen, dass sie Armut und soziale Ausgrenzung nach wie vor auffangen;**

Or. en

Änderungsantrag 215
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag

58. **bedauert, dass die sozialen Stabilisatoren in Europa keine Erwähnung in dem Jahreswachstumsbericht 2014 finden; betont vor dem Hintergrund eingeschränkter Spielräume für die nationalen Haushalte in der WWU die Wichtigkeit eines Mechanismus dieser Art; erinnert an die Bedeutung der Stabilisatoren als Reaktion auf asymmetrische Schocks, zur Vermeidung eines übermäßigen Abbaus der nationalen Wohlfahrtsstaaten und somit zur Stärkung**

Geänderter Text

entfällt

*der Tragfähigkeit der WWU insgesamt;
wiederholt die Forderung an die
Kommission, ein Grünbuch über
automatische Stabilisatoren in der
Eurozone zu erstellen;*

Or. en

Änderungsantrag 216
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*58. bedauert, dass die sozialen
Stabilisatoren in Europa keine
Erwähnung in dem
Jahreswachstumsbericht 2014 finden;
betont vor dem Hintergrund
eingeschränkter Spielräume für die
nationalen Haushalte in der WWU die
Wichtigkeit eines Mechanismus dieser
Art; erinnert an die Bedeutung der
Stabilisatoren als Reaktion auf
asymmetrische Schocks, zur Vermeidung
eines übermäßigen Abbaus der nationalen
Wohlfahrtsstaaten und somit zur Stärkung
der Tragfähigkeit der WWU insgesamt;
wiederholt die Forderung an die
Kommission, ein Grünbuch über
automatische Stabilisatoren in der
Eurozone zu erstellen;*

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 217
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag

Geänderter Text

59. fordert den Europäischen Rat von Dezember 2013 auf, im Hinblick auf die Gestaltung eines wirklichen Schwerpunkts für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung als Teil der WWU auf Grundlage der Gemeinschaftsmethode konkrete progressive Schritte festzulegen, sowie die Modalitäten zur Einführung eines europäischen Sicherungssystems für Arbeitslosigkeit als automatischer Stabilisator für die Eurozone näher auszuführen;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 218
Philippe De Backer**

**Entschließungsantrag
Ziffer 59**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

59. fordert den Europäischen Rat von Dezember 2013 auf, im Hinblick auf die Gestaltung eines wirklichen Schwerpunkts für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung als Teil der WWU auf Grundlage der Gemeinschaftsmethode konkrete progressive Schritte festzulegen, **sowie die Modalitäten zur Einführung eines europäischen Sicherungssystems für Arbeitslosigkeit als automatischer Stabilisator für die Eurozone näher auszuführen;**

59. fordert den Europäischen Rat von Dezember 2013 auf, im Hinblick auf die Gestaltung eines wirklichen Schwerpunkts für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung als Teil der WWU auf Grundlage der Gemeinschaftsmethode konkrete progressive Schritte festzulegen;

Or. en

**Änderungsantrag 219
Verónica Lope Fontagné**

**Entschließungsantrag
Ziffer 59**

Entschließungsantrag

59. fordert **den Europäischen Rat von Dezember 2013** auf, **im Hinblick auf die Gestaltung eines wirklichen Schwerpunkts für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung als Teil der WWU auf Grundlage der Gemeinschaftsmethode konkrete progressive Schritte festzulegen, sowie** die Modalitäten zur Einführung eines europäischen Sicherungssystems für Arbeitslosigkeit als automatischer Stabilisator für die Eurozone näher auszuführen;

Geänderter Text

59. fordert **die Kommission** auf, die **Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension der WWU zu prüfen und** die Modalitäten zur Einführung eines europäischen Sicherungssystems für Arbeitslosigkeit als automatischer Stabilisator für die Eurozone näher auszuführen;

Or. en

**Änderungsantrag 220
Heinz K. Becker**

**Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)**

Entschließungsantrag

**Änderungsantrag 221
Heinz K. Becker**

Geänderter Text

59a. fordert die Kommission auf, die Bedeutung der Pflegekräfte – sowohl für die Krankenversorgung als für die gesamte Wirtschaft und die Gesellschaft – anzuerkennen, da ihre Interessen kaum in den politischen Maßnahmen berücksichtigt werden, die erhebliche und umfassende Auswirkungen auf sie haben;

Or. en

**Entschließungsantrag
Ziffer 59 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

59b. ist der Ansicht, dass die EU-Mittel zur Kapazitätsbildung der Pflegekräfte bezüglich der bereitgestellten Unterstützung (z. B. emotionale Unterstützung, Austausch und Informationen) und der Interessenvertretung beitragen könnten und dass sie auch den Informationsaustausch, die Forschung und die Netzworkebildung fördern sollten; ist der Ansicht, dass Rechtsvorschriften wie beispielsweise eine Richtlinie über Pflegeurlaub in Erwägung gezogen werden könnten, wobei die nationalen Zuständigkeiten und der Grundsatz der Solidarität berücksichtigt werden müssen;

Or. en

**Änderungsantrag 222
Heinz K. Becker**

**Entschließungsantrag
Ziffer 59 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

59c. betont den wachsenden Bedarf an qualifizierten Pflegekräften infolge des demografischen Wandels und die Notwendigkeit, die Bildung und Ausbildung für zukünftige Pflegekräfte sicherzustellen, um ein Zusammenbrechen des gesamten Gesundheits- und Sozialversicherungssystems zu vermeiden; hält außerdem die Gewährung der bestmöglichen Unterstützung der Pflegekräfte (vor allem informeller Pflegekräfte) und die Anerkennung ihres Beitrags für wichtig;

Änderungsantrag 223
Heinz K. Becker

Entschließungsantrag
Ziffer 59 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

59d. betont die Wichtigkeit der Hospiz- und Palliativversorgung bei der Langzeitpflege; unterstreicht, dass die Pflegekräfte und die Nutzer von mobilen Palliativ-Teams durch die multiprofessionelle Zusammensetzung, die Flexibilität und die Zusammenarbeit mit anderen Berufssektoren das Potenzial haben, entscheidende Lücken der Langzeitpflegesysteme zu schließen;

Änderungsantrag 224
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

59a. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich zur Aufnahme der Ergebnisse der Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Sozialpartnern in die nationalen Reformprogramme und in die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme zu verpflichten und eine Erklärung darüber anzufügen, wie die Vorschläge in diese Programme integriert wurden; fordert die Kommission auf, diese jährliche Tätigkeit zu koordinieren;

Änderungsantrag 225
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**60. betont, dass sämtliche
Arbeitsmarktreformen vor dem
Hintergrund einer stärkeren
Koordinierung des sozialen Dialogs auf
EU-Ebene erfolgen sollten;**

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 226
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag

Geänderter Text

60. betont, dass sämtliche
Arbeitsmarktreformen vor dem
Hintergrund einer stärkeren Koordinierung
des sozialen Dialogs auf EU-Ebene
erfolgen sollten;

60. betont, dass sämtliche **politischen
Leitlinien im Bereich der sozialen
Angelegenheiten und der Beschäftigung**
vor dem Hintergrund einer stärkeren
Koordinierung des sozialen Dialogs auf
EU-Ebene erfolgen sollten; **fordert die
Kommission und die Sozialpartner auf,
die Ergebnisse des makroökonomischen
Dialogs und des Dreier-Sozialgipfels
direkt in den Jahreswachstumsbericht,
den gemeinsamen Bericht zur
Beschäftigung und die Erstellung der
länderspezifischen Empfehlungen
einfließen zu lassen; fordert die
Kommission auf, den Druck auf die
Mitgliedstaaten zur Dezentralisierung der
Kollektivverhandlungen zu unterlassen;**

Or. en

Änderungsantrag 227
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag

60. betont, dass sämtliche Arbeitsmarktrefor­men vor dem Hintergrund einer stärkeren Koordinierung des sozialen Dialogs **auf EU-Ebene** erfolgen sollten;

Geänderter Text

60. betont, dass sämtliche Arbeitsmarktrefor­men vor dem Hintergrund einer stärkeren Koordinierung des sozialen Dialogs erfolgen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 228
Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag

60. betont, dass sämtliche Arbeitsmarktrefor­men vor dem Hintergrund einer stärkeren Koordinierung des sozialen Dialogs auf EU-Ebene erfolgen sollten;

Geänderter Text

60. betont, dass sämtliche Arbeitsmarktrefor­men vor dem Hintergrund einer stärkeren Koordinierung des sozialen Dialogs auf EU-Ebene **sowie auf nationaler und gegebenenfalls auf regionaler und lokaler Ebene** erfolgen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 229
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag

61. betont, dass die Troika die wesentliche Bedeutung einer qualifizierten Beteiligung der Sozialpartner und eines starken sozialen Dialogs, auch auf nationaler Ebene, für den Erfolg jeglicher Reformen bestätigt und bekräftigt hat, dass insbesondere die Rolle der Sozialpartner in dem neuen Prozess zur wirtschaftspolitischen Steuerung – hier vor allem dem Europäischen Semester – gerade bei den Reformen der WWU gestärkt werden sollte; begrüßt den Vorschlag der Kommission, die Sozialpartner weitgehend in den Prozess für das Europäische Semester einzubeziehen, unter anderem im Rahmen des Ausschusses für den sozialen Dialog im Vorfeld der jährlichen Verabschiedung des Jahreswachstumsberichts;

Geänderter Text

61. ***weist darauf hin, dass die Steuerung der WWU nur dann effektiv sein und Wirkung entfalten kann, wenn alle Interessenträger, einschließlich der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, eingebunden sind;*** betont, dass die Troika die wesentliche Bedeutung einer qualifizierten Beteiligung der Sozialpartner und eines starken sozialen Dialogs, auch auf nationaler Ebene, für den Erfolg jeglicher Reformen bestätigt und bekräftigt hat, dass insbesondere die Rolle der Sozialpartner in dem neuen Prozess zur wirtschaftspolitischen Steuerung – hier vor allem dem Europäischen Semester – gerade bei den Reformen der WWU gestärkt werden sollte; begrüßt den Vorschlag der Kommission, die Sozialpartner weitgehend in den Prozess für das Europäische Semester einzubeziehen, unter anderem im Rahmen des Ausschusses für den sozialen Dialog im Vorfeld der jährlichen Verabschiedung des Jahreswachstumsberichts; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass der demokratische Grundsatz des zivilen Dialogs im Sinne von Artikel 11 EUV durch die sinnvolle und strukturierte Einbindung einschlägiger zivilgesellschaftlicher Organisationen in die wirtschaftspolitische Steuerung und insbesondere in das Europäische Semester befolgt wird;***

Or. en

Änderungsantrag 230
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag

61. betont, dass die Troika die **wesentliche Bedeutung einer qualifizierten Beteiligung der Sozialpartner und eines starken sozialen Dialogs, auch auf nationaler Ebene, für den Erfolg jeglicher Reformen bestätigt und bekräftigt hat, dass insbesondere die Rolle der Sozialpartner in dem neuen Prozess zur wirtschaftspolitischen Steuerung – hier vor allem dem Europäischen Semester – gerade bei den Reformen der WWU gestärkt werden sollte; begrüßt den Vorschlag der Kommission, die Sozialpartner weitgehender in den Prozess für das Europäische Semester einzubeziehen, unter anderem im Rahmen des Ausschusses für den sozialen Dialog im Vorfeld der jährlichen Verabschiedung des Jahreswachstumsberichts;**

Geänderter Text

61. betont, dass die Troika-**Programme** die **politische Souveränität beeinträchtigen und die nationalen demokratischen Einrichtungen sowie die souveränen Organe angreifen;**

Or. en

Änderungsantrag 231
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Empfehlung -1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung -1: zu den
Schwerpunktbereichen des Europäischen
Semesters

Das Europäische Parlament fordert den Europäischen Rat auf, die fünf Schwerpunktbereiche des Europäischen Semesters 2014 zu überarbeiten und als zusätzlichen Schwerpunktbereich gerechtere Steuersysteme hinzuzufügen, durch die die steuerliche Belastung von der Arbeit auf die Umweltverschmutzung verlagert wird und Steuerhinterziehung

sowie Steuerbetrug bekämpft werden;

Or. en

Änderungsantrag 232
Sari Essayah

Entschließungsantrag
Anlage zum Entschließungsantrag

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Anhang

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 233
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 1

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 1: zu sozialen Indikatoren

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Kommission sollte dafür Sorge tragen, dass die sozialen Indikatoren verbindlichen Status erhalten, um die erforderliche Gleichstellung mit den Indikatoren des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht sicherzustellen;

Die Kommission sollte zusätzliche Indikatoren in den Anzeiger aufnehmen, insbesondere die Zahl der von Armut betroffenen Kinder, einen Index zu menschenwürdiger Arbeit sowie einen

Index zum europäischen Existenzminimum, um eine geeignete Beurteilung der sozialen Lage in Europa zu ermöglichen;

Die Kommission sollte den Sozialanzeiger nicht nur als Analysewerkzeug nutzen, sondern diesen auch als Grundlage zur Entwicklung konkreter Indikatoren für Mitgliedstaaten zur Bekämpfung oder Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Verringerung sozialer Ungleichheit sowie zur Förderung der aktiven Einbeziehung und zur Vermeidung von Sozialdumping heranziehen, was in der Folge bei der Konzeption und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für 2014 berücksichtigt werden könnte;

Der Rat sollte konkrete Bezugswerte für die Beschäftigungs- und Sozialindikatoren in Form eines europäischen sozialen Basisschutzes festlegen, um rechtzeitig Aktivierungsmaßnahmen auf EU-Ebene einzuleiten;

Or. en

**Änderungsantrag 234
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 1 – Absatz 1**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Kommission sollte dafür Sorge tragen, dass die sozialen Indikatoren verbindlichen Status erhalten, um die erforderliche Gleichstellung mit den Indikatoren des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht sicherzustellen;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 235
Alejandro Cercas, Sergio Gutiérrez Prieto

Entschließungsantrag
Artikel 1 – Absatz 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

fordert die Kommission auf, über die Abschätzungen der sozialen Auswirkungen, die für die länderspezifischen Empfehlungen durchgeführt wurden, Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 236
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 1 – Absatz 4

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Der Rat sollte konkrete ***Bezugswerte*** für ***die*** Beschäftigungs- und Sozialindikatoren ***in Form eines europäischen sozialen Basisschutzes festlegen***, um rechtzeitig ***Aktivierungsmaßnahmen*** auf EU-Ebene einzuleiten;

Die Kommission sollte konkrete ***Richtwerte*** für Beschäftigungs- und Sozialindikatoren ***vorschlagen***, um rechtzeitig ***Unterstützungsmaßnahmen*** auf EU-Ebene einzuleiten;

Or. en

Änderungsantrag 237
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 2: Euro-Gruppe auf Ebene der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Euro-Gruppe sollte auf Ebene der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Vorfeld von Euro-Gipfeln zusammentreten, um beschäftigungs- und sozialpolitische Belange besser in die Debatten und Entscheidungen der Behörden des Euro-Währungsgebiets zu integrieren, und um einen Beitrag zu den Tagungen der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets zu leisten;

Or. en

Änderungsantrag 238
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Euro-Gruppe auf Ebene der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

entfällt

Die Euro-Gruppe sollte auf Ebene der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Vorfeld von Euro-Gipfeln zusammentreten, um beschäftigungs- und sozialpolitische Belange besser in die Debatten und Entscheidungen der Behörden des Euro-Währungsgebiets zu integrieren, und um

einen Beitrag zu den Tagungen der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets zu leisten;

Or. en

Änderungsantrag 239
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 3

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 3: Ein Pakt zur Investitions- und Produktivitätssteigerung in der EU

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Kommission sollte sich stärker darauf konzentrieren, die nach wie vor stagnierende Binnennachfrage wiederzubeleben, was von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen und Produktivität sowie die Vermeidung deflationärer Risiken sein wird;

Die Kommission und der Rat sollten dringend einen ehrgeizigen koordinierten Investitionsplan sowie eine schrittweise Finanzierung umsetzen, um kurzfristig Wachstum und qualifizierte Arbeitsplätze zu fördern, und um im Einklang mit den Zielen der Strategie Europa 2020 sowie dem im Juni 2012 geschlossenen Pakt für Wachstum und Beschäftigung mittelfristig das Wachstumspotenzial zu erhöhen;

Die Mitgliedstaaten sollten Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation fördern und schützen; Fordert die

Kommission auf, die nötigen Reformen zu prüfen und zu fördern, um die produktiven Investitionen von den in den Bestimmungen der EU enthaltenen Defizitziele auszuschließen, damit diese in Anbetracht ihres Potenzials zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen isoliert werden;

Die Anforderungen im Rahmen der nationalen Reformprogramme 2014 müssen ausreichen, um die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erfüllen;

Die Mitgliedstaaten sollten die Verwendung ihrer nationalen Haushaltsmittel wirksamer an die Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 angleichen;

Europäische Mittel

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Angesichts der zentralen Rolle, die die Kohäsionspolitik bei der Entwicklung nationaler Programme innerhalb des Rahmens des Europäischen Semesters spielt, sollte diese Strategie im Mittelpunkt des Jahreswachstumsberichts 2014 stehen; Die Kommission sollte sicherstellen, dass ausreichende EU-Mittel zur Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 bereitgestellt werden;

Die Kommission sollte nicht verwendete Mittel aus den Strukturfonds dringend für Programme zur Jugendbeschäftigung und für KMU einsetzen; Fordert die Kommission auf, spezielle Lösungen für Länder mit hoher Arbeitslosigkeit zu finden, die aufgrund von Kofinanzierungsproblemen gezwungenermaßen wieder auf europäische Mittel zurückgreifen müssen; Fordert die Kommission in diesem

Zusammenhang auf, zu prüfen, ob es möglich ist, die Teilnahme von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von Fonds oder Programmen der EU, innerhalb von Rubrik 1 „Nachhaltiges Wachstum“ des mehrjährigen Finanzrahmens, von der Berechnung des strukturellen Defizits gemäß dem Gesetzgebungspaket zur haushaltspolitischen Überwachung auszuschließen;

Die Kommission sollte das Prinzip der Vorabausstattung auf alle Fonds für den Zeitraum von 2014-2020 anwenden, und zwar für diejenigen Mitgliedstaaten mit der höchsten Arbeitslosigkeit, die sich einer tiefgreifenden Haushaltskonsolidierung unterziehen, insbesondere im Hinblick auf Programme zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung sowie strategischer Investitionen;

In denjenigen Mitgliedstaaten mit den höchsten Arbeitslosen- und Armutszahlen sollten mindestens 25 % der nationalen Kohäsionsfonds für spezifische Programme des Europäischen Sozialfonds eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 240
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Empfehlung 3 – Absatz 1

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Kommission sollte sich stärker darauf konzentrieren, die nach wie vor stagnierende Binnennachfrage wiederzubeleben, was von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen und Produktivität

Betont, dass Europa hochwertige öffentliche Dienste fördern und dabei das in Europa vorhandene Potenzial an Arbeitskräften umfassend ausschöpfen sollte, um die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen, und Tarifverhandlungen und

sowie die Vermeidung deflationärer Risiken sein wird;

öffentliche und allgemeine Systeme der sozialen Sicherheit fördern sollte, damit Europa gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgeht, wettbewerbsfähiger und konvergenter wird und ein stärkeres Wachstum sowie eine langfristige Sicherung der Sozialsysteme erreicht werden können;

Or. en

Änderungsantrag 241
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Empfehlung 3 – Absatz 3

Entschließungsantrag

Die Mitgliedstaaten sollten Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation fördern und schützen; ***Fordert die Kommission auf, die nötigen Reformen zu prüfen und zu fördern, um die produktiven Investitionen von den in den Bestimmungen der EU enthaltenen Defizitzielen auszuschließen, damit diese in Anbetracht ihres Potenzials zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen isoliert werden;***

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten sollten Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation fördern und schützen;

Or. en

Änderungsantrag 242
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Empfehlung 3 – Absatz 4

Entschließungsantrag

Die Anforderungen im Rahmen der nationalen Reformprogramme 2014 müssen ausreichen, um die Ziele der

Geänderter Text

Empfiehl, dass die Mitgliedstaaten, insbesondere die wirtschaftlichen Peripherieländer, Strategien entwickeln,

Strategie Europa 2020 zu erfüllen;

um einen wirksamen Schutz der Produktion und des nationalen Produktionsapparates sicherzustellen, die Einfuhren durch inländische Produkte zu ersetzen, die Kosten der Produktionsfaktoren (Energie, Transport, Kommunikation, Kredit usw.) durch wirksame Maßnahmen zu senken, die souveräne Kontrolle der nationalen Ressourcen auszuüben, den Binnenmarkt als Komponente für das Wirtschaftswachstum auszubauen, Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen wirkungsvoll zu unterstützen und die Beziehungen mit anderen Ländern außerhalb der EU in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Zusammenarbeit zu diversifizieren.

Die Mitgliedstaaten sollten die Verwendung ihrer nationalen Haushaltsmittel wirksamer an die Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 angleichen;

Diese Strategie führt zur Beendigung des Privatisierungsprozesses und zur Wiederherstellung der öffentlichen Kontrolle der strategischen Sektoren der nationalen Wirtschaft, einschließlich der Nationalisierung der Banken, um sie in den Dienst der Arbeitskräfte und der Menschen zu stellen, zur wirkungsvollen Unterstützung von Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen und zur Diversifizierung der Beziehungen mit anderen Ländern außerhalb der EU in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Zusammenarbeit.

Or. en

Änderungsantrag 243
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Empfehlung 3 – Absatz 6

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Kommission sollte *nicht verwendete Mittel aus den* Strukturfonds *dringend für*

Die Kommission sollte *bei der Erstellung der operationellen Programme*

Programme zur Jugendbeschäftigung und für KMU einsetzen; Fordert die Kommission auf, spezielle Lösungen für Länder mit hoher Arbeitslosigkeit zu finden, die aufgrund von Kofinanzierungsproblemen gezwungenermaßen wieder auf europäische Mittel zurückgreifen müssen; Fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, zu prüfen, ob es möglich ist, die Teilnahme von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von Fonds oder Programmen der EU, innerhalb von Rubrik 1 „Nachhaltiges Wachstum“ des mehrjährigen Finanzrahmens, von der Berechnung des strukturellen Defizits gemäß dem Gesetzgebungspaket zur haushaltspolitischen Überwachung auszuschließen;

sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten ihre Strukturfonds zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einsetzen. Fordert die Kommission auf, spezielle Lösungen für Länder mit hoher Arbeitslosigkeit zu finden, die aufgrund von Kofinanzierungsproblemen gezwungenermaßen wieder auf europäische Mittel zurückgreifen müssen; Fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, zu prüfen, ob es möglich ist, die Teilnahme von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung von Fonds oder Programmen der EU, innerhalb von Rubrik 1 „Nachhaltiges Wachstum“ des mehrjährigen Finanzrahmens, von der Berechnung des strukturellen Defizits gemäß dem Gesetzgebungspaket zur haushaltspolitischen Überwachung auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 244
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Empfehlung 3 – Absatz 6

Entschließungsantrag

Die Kommission sollte nicht verwendete Mittel aus den Strukturfonds dringend für Programme zur Jugendbeschäftigung und für KMU einsetzen; Fordert die Kommission auf, spezielle Lösungen für Länder mit hoher Arbeitslosigkeit zu finden, die aufgrund von Kofinanzierungsproblemen gezwungenermaßen wieder auf europäische Mittel zurückgreifen müssen; **Fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, zu prüfen, ob es möglich ist, die Teilnahme von Mitgliedstaaten an der Kofinanzierung**

Geänderter Text

Die Kommission sollte nicht verwendete Mittel aus den Strukturfonds dringend für Programme zur Jugendbeschäftigung und für KMU einsetzen; Fordert die Kommission auf, spezielle Lösungen für Länder mit hoher Arbeitslosigkeit zu finden, die aufgrund von Kofinanzierungsproblemen gezwungenermaßen wieder auf europäische Mittel zurückgreifen müssen;

von Fonds oder Programmen der EU, innerhalb von Rubrik 1 „Nachhaltiges Wachstum“ des mehrjährigen Finanzrahmens, von der Berechnung des strukturellen Defizits gemäß dem Gesetzgebungspaket zur haushaltspolitischen Überwachung auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 245
Marije Cornelissen im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Empfehlung 3 – Absatz 7

Entschließungsantrag

Die Kommission sollte das Prinzip der *Vorabausstattung* auf alle Fonds für den Zeitraum von 2014-2020 anwenden, und zwar für diejenigen Mitgliedstaaten mit der höchsten Arbeitslosigkeit, die sich einer tiefgreifenden Haushaltskonsolidierung unterziehen, insbesondere im Hinblick auf Programme zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung sowie strategischer Investitionen;

Geänderter Text

Die Kommission sollte das Prinzip der *Vorverteilung* auf *die für die Bewältigung der Krise wichtigen* Fonds *wie den Europäischen Sozialfonds* für den Zeitraum von 2014-2020 anwenden *und ungewünschte Folgen der Vorverteilung wie die Gefahr einer automatischen Aufhebung der Mittelbindung und die Auswirkungen auf die Zahlungsprofile sorgfältig überwachen*, und zwar für diejenigen Mitgliedstaaten mit der höchsten Arbeitslosigkeit, die sich einer tiefgreifenden Haushaltskonsolidierung unterziehen, insbesondere im Hinblick auf Programme zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung sowie strategischer Investitionen;

Or. en

Änderungsantrag 246
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 4

Empfehlung 4: Qualifizierte Arbeitsplätze und angemessene Gehälter zur Steigerung der Produktivität

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Lohnstückkosten, Produktionskosten und Gewinnspannen

Die Europäische Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass die Wiederherstellung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf Grundlage einer übermäßigen Anpassung der Lohnstückkosten durch Gehaltskürzungen einen starken Schwund der Kaufkraft vieler Arbeitnehmer in der EU, gesunkene Haushaltseinkommen sowie eine geringere Binnennachfrage nach sich zog und somit Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung wieder anfachte, insbesondere in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern; Fordert die Kommission auf, sich mit der Situation auseinanderzusetzen;

Im Rahmen eines Querschnittsansatzes zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit müssen zudem Strategien im Hinblick auf andere Produktionskosten, Preisentwicklungen und Gewinnmargen vorgesehen sein;

Die Kommission sollte einen ausgeglicheneren Ansatz zur Lösung der Krise verfolgen und ihren Empfehlungen an Kernländer, die über Handlungsspielraum verfügen, um durch Gehaltserhöhungen eine expansive Geldpolitik zu betreiben, mehr Gehalt verleihen, wodurch der übermäßige deflationäre Druck auf die Länder

Südeuropas verringert und das Risiko der Ausweitung der Ungleichgewichte bei der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen im Euro-Währungsgebiet vermieden werden können;

Die Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass die aktuelle Strategie der Förderung der externen Wettbewerbsfähigkeit, die zu einer Erhöhung des deflationären Drucks auf alle Länder des Euro-Währungsgebiets beiträgt, gleichzeitig die erwarteten Nettoergebnisse, was die Steigerung der externen Nachfrage auf Kosten der Binnennachfrage anbelangt, minimiert;

Gehälter und angemessene Entlohnung

Die Kommission sollte Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheiten und zur Sicherstellung angemessener Entlohnung vorschlagen; Fordert die Mitgliedstaaten auf, Armut trotz Erwerbstätigkeit durch eine Arbeitsmarktpolitik zu bekämpfen, die darauf abzielt, ein existenzsicherndes Arbeitsentgelt für Arbeitnehmer sicherzustellen, was nicht nur für den sozialen Zusammenhalt und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft von Bedeutung ist, sondern auch für den Erhalt einer starken Wirtschaft;

Die Kommission sollte die Verringerung des Lohndrucks durch Mindestlohnsysteme prüfen, wobei jedes dieser Systeme, was die Quote des mittleren Lohns anbelangt, in jedem Land unterschiedlich sein und verschiedene Produktivitätsniveaus widerspiegeln darf, wodurch deflationäre Risiken gemindert, Ungleichheiten verringert, und die nominale Wettbewerbsfähigkeit sowie Leistungsbilanzungleichgewichte begrenzt werden könnten;

Arbeitsplatzqualität

Empfiehl die länderspezifische Empfehlung 2014 der Kommission über Arbeitsplatzqualität stärker

hervorzuheben, die in einer wissensintensiven Wirtschaft unabdingbar ist, um hohe Arbeitsproduktivität und schnelle Innovation, basierend auf einer qualifizierten, anpassungsfähigen und engagierten Arbeiterschaft, mit angemessenen Gesundheitsschutz- und Sicherheitsvorschriften, einem Gefühl von Sicherheit sowie angemessenen Arbeitszeiten, zu fördern; Gemäß den Verträgen und unbeschadet der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten sollten sich die politischen Leitlinien insbesondere auf den Zugang der Arbeitnehmer zu einer Reihe zentraler Arbeitnehmerrechte konzentrieren;

Das Bestehen und die starke Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit bekämpfen und sicherstellen, dass Arbeitnehmer mit Zeit- oder Teilzeitverträgen sowie Selbstständige über einen angemessenen sozialen Schutz und Zugang zu Aus- und Weiterbildung verfügen;

Die wirksame Durchsetzung der Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sicherstellen;

Or. en

Änderungsantrag 247
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 4 – Absatz 1

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Europäische Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass die Wiederherstellung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf Grundlage

Fordert anpassungsfähigere und dynamischere Arbeitsmärkte, die Störungen des Wirtschaftsgeschehens ausgleichen können, ohne Entlassungen

einer übermäßigen Anpassung der Lohnstückkosten durch Gehaltskürzungen einen starken Schwund der Kaufkraft vieler Arbeitnehmer in der EU, gesunkene Haushaltseinkommen sowie eine geringere Binnennachfrage nach sich zog und somit Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung wieder anfachte, insbesondere in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern; Fordert die Kommission auf, sich mit der Situation auseinanderzusetzen;

zu bewirken; verweist darauf, dass die mangelnde interne Flexibilität vieler Arbeitsmärkte massive Entlassungen bewirkt hat, die einen starken Schwund der Kaufkraft vieler Arbeitnehmer in der EU, gesunkene Haushaltseinkommen sowie eine geringere Binnennachfrage nach sich zog und somit Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung wieder anfachte, insbesondere in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern; Fordert die Kommission **und die Mitgliedstaaten** auf, sich mit der Situation auseinanderzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 248 **Verónica Lope Fontagné**

Entschließungsantrag **Empfehlung 4 – Absatz 3**

Entschließungsantrag

Die Kommission sollte einen ausgeglicheneren Ansatz zur Lösung der Krise verfolgen und ihren Empfehlungen an Kernländer, die über Handlungsspielraum verfügen, um **durch Gehaltserhöhungen** eine expansive Geldpolitik zu betreiben, mehr Gehalt verleihen, wodurch der übermäßige deflationäre Druck auf die Länder Südeuropas verringert und das Risiko der Ausweitung der Ungleichgewichte bei der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen im Euro-Währungsgebiet vermieden werden können;

Geänderter Text

Die Kommission sollte einen ausgeglicheneren Ansatz zur Lösung der Krise verfolgen und ihren Empfehlungen an Kernländer, die über Handlungsspielraum verfügen, um eine expansive Geldpolitik zu betreiben, mehr Gehalt verleihen, wodurch der übermäßige deflationäre Druck auf die Länder Südeuropas verringert und das Risiko der Ausweitung der Ungleichgewichte bei der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen im Euro-Währungsgebiet vermieden werden können;

Or. en

Änderungsantrag 249 **Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 4 – Absatz 4**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass die aktuelle Strategie der Förderung der externen Wettbewerbsfähigkeit, die zu einer Erhöhung des deflationären Drucks auf alle Länder des Euro-Währungsgebiets beiträgt, gleichzeitig die erwarteten Nettoergebnisse, was die Steigerung der externen Nachfrage auf Kosten der Binnennachfrage anbelangt, minimiert;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 250
Verónica Lope Fontagné**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 4 – Absatz 6**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Kommission sollte **die Verringerung des Lohndrucks** durch Mindestlohnsysteme **prüfen**, wobei jedes dieser Systeme, was die Quote des mittleren Lohns anbelangt, in jedem Land unterschiedlich sein und verschiedene Produktivitätsniveaus widerspiegeln darf, wodurch deflationäre Risiken gemindert, Ungleichheiten verringert, und die nominale Wettbewerbsfähigkeit sowie Leistungsbilanzungleichgewichte begrenzt werden könnten;

Die Kommission sollte **nach Möglichkeit den Druck auf Löhne** durch Mindestlohnsysteme **zu verringern, wo es solche gibt**, wobei jedes dieser Systeme, was die Quote des mittleren Lohns anbelangt, in jedem Land unterschiedlich sein und verschiedene Produktivitätsniveaus widerspiegeln darf, wodurch deflationäre Risiken gemindert, Ungleichheiten verringert, und die nominale Wettbewerbsfähigkeit sowie Leistungsbilanzungleichgewichte begrenzt werden könnten;

Or. en

**Änderungsantrag 251
Inês Cristina Zuber**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 4 – Absatz 7**

Entschließungsantrag

Empfiehl die länderspezifische Empfehlung 2014 der Kommission über Arbeitsplatzqualität stärker hervorzuheben, die in einer wissensintensiven Wirtschaft unabdingbar ist, um hohe Arbeitsproduktivität und schnelle Innovation, basierend auf einer qualifizierten, anpassungsfähigen und engagierten Arbeiterschaft, mit angemessenen Gesundheitsschutz- und Sicherheitsvorschriften, einem Gefühl von Sicherheit sowie angemessenen Arbeitszeiten, zu fördern; Gemäß den Verträgen und unbeschadet der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten sollten sich die politischen Leitlinien insbesondere auf den Zugang der Arbeitnehmer zu einer Reihe zentraler Arbeitnehmerrechte konzentrieren;

Geänderter Text

Unterstreicht, dass die Mitgliedstaaten konsequent Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit durch den allmählichen Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der atypischen vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit solchen unsicheren Beschäftigungsformen ergreifen, um atypische Beschäftigungsformen einzuschränken und abzubauen und deren Missbrauch zu bestrafen; Mitgliedstaaten müssen daher folgende Maßnahmen einführen: eine Kombination aus sicheren und verlässlichen Arbeitsverträgen, aktive und integrative arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, effizientes lebenslanges Lernen, qualitativ hochwertige Sozialversicherungssysteme zur Absicherung von beruflichen Übergängen, sowie klare Rechte für Arbeitslose mit Anspruch auf angemessene Leistungen, maßgeschneiderte Lösungen für die Suche nach einer qualitativ hochwertigen Beschäftigung oder, falls erforderlich, Weiterbildung und Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen;

Or. en

**Änderungsantrag 252
Philippe De Backer**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 5**

Entschließungsantrag

Empfehlung 5: Umorientierung auf *entfällt*

Geänderter Text

Schuldenabbau im Privatsektor - einer der erheblichsten Beeinträchtigungen für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass der private Schuldenabbau durch die übermäßige Fokussierung auf den öffentlichen Schuldenabbau behindert wird und fordert einen möglichst ausgewogenen Lösungsansatz, um eine erhebliche Beeinträchtigung für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa zu vermeiden;

Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollten Maßnahmen ergreifen, die eine geordnete Umschuldung, insbesondere für Haushalte und KMU, ermöglichen, um ein tragfähiges Schuldenniveau zu erreichen, das eine der Voraussetzungen für Investition, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist;

Fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den Zugang von KMU zu Finanzierung zu einer absoluten Priorität in den nationalen Wachstumsplänen zu machen; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, einfachen Zugang zu den für diese Zwecke vorgesehenen europäischen Fonds zu ermöglichen;

Die Kommission sollte mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um wiederverwendbare Darlehensvehikel zu schaffen, die durch eine Kombination von offiziellen und privaten Ressourcen finanziert und/oder durch Garantien der europäischen Institutionen wie der europäischen Investitionsbank gefördert werden, um zur dringend erforderlichen Wiederherstellung der Liquidität von

Haushalten und KMU beizutragen;

Fordert die Förderung alternativer Finanzierungsquellen für den Privatsektor, wie beispielsweise starke Genossenschafts- oder öffentliche Förderbanken, durch die Liquidität in die Realwirtschaft sowie in angemessene Projekt- und Entwicklungsfinanzierung fließen kann;

Or. en

Änderungsantrag 253
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 5 – Absatz 1

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass *der private* Schuldenabbau *durch die übermäßige Fokussierung auf den* öffentlichen Schuldenabbau *behindert wird* und fordert einen möglichst ausgewogenen Lösungsansatz, um eine erhebliche Beeinträchtigung für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa zu vermeiden;

Die Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass *dem privaten* Schuldenabbau *dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte wie dem* öffentlichen Schuldenabbau und fordert einen möglichst ausgewogenen Lösungsansatz, um eine erhebliche Beeinträchtigung für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 254
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 6

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 6: Reformen zur Förderung qualifizierter Erwerbsbeteiligung

entfällt

Das Europäische Parlament ist der

Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Nationale allgemeine Beschäftigungspläne und solche für Jugendliche

Die Kommission sollte die Erstellung nationaler allgemeiner Beschäftigungspläne und solcher für Jugendliche in den länderspezifischen Empfehlungen 2014 verbindlich vorsehen;

Die Kommission sollte Arbeitsplatzqualität, Ausbildung sowie Zugang zu lebenslangem Lernen, wesentliche Arbeitnehmerrechte, und Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitsmarktmobilität und Selbstständigkeit durch erhöhte Sicherheit für Arbeitnehmer, in die länderspezifischen Empfehlungen des Jahreswachstumsberichts 2014 aufnehmen;

Arbeitsmarktreformen und aktive Arbeitsmarktpolitik

Reformen des Arbeitsmarkts sollten sich darauf konzentrieren, die Arbeitsproduktivität und -effektivität zu steigern, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern und nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen und dabei den Buchstaben und Geist des europäischen sozialen Besitzstands und seine Grundsätze strikt zu befolgen; Reformen der Arbeitsmärkte sollten im Sinne der Förderung der Arbeitsplatzqualität durchgeführt werden;

Strukturelle Arbeitsmarktreformen sollten interne Flexibilität vorsehen, um Arbeitsplätze während Störungen des Wirtschaftsgeschehens zu erhalten und Arbeitsplatzqualität sicherzustellen, sowie

Sicherheit beim Beschäftigungsübergang, Arbeitslosenversicherung auf Grundlage von Aktivierungsbedingungen und begleitet von Wiedereingliederungsmaßnahmen, durch die Arbeitsanreize geboten werden und die gleichzeitig ein angemessenes Einkommen sicherstellen, und vertragliche Vereinbarungen, um Arbeitsmarktsegmentierung zu bekämpfen, wirtschaftliche Restrukturierungen vorwegzunehmen und den Zugang zu lebenslangem Lernen sicherzustellen;

Die Mitgliedstaaten sollten das Entstehen von Bedingungen vermeiden, unter denen Unternehmen aus auf höherer Ebene geschlossenen Tarifverträgen aussteigen, und sektorale Tarifvereinbarungen überprüfen, die eine hohe Anzahl von Arbeitnehmern von der Ausübung ihres Rechts auf Tarifverhandlungen ausschließen;

Die Mitgliedstaaten sollten den Anwendungsbereich und die Wirksamkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ausweiten;

Bekämpfung des Missverhältnisses zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage

Bessere Kontrolle des Qualifikationsbedarfs in spezifischen Sektoren und/oder Regionen und zügige Auflösung des Missverhältnisses zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage;

Kommission und Mitgliedstaaten sollten hinsichtlich der Ausarbeitung des EU-Kompetenzpanoramas zusammenarbeiten, um einen umfassenden Überblick über den Qualifikationsbedarf in der EU zu erhalten;

Zusammenarbeit und Synergieeffekte zwischen dem Bildungs- und Ausbildungssektor und Unternehmen

fördern, um den Qualifikationsbedarf zu antizipieren und Bildungs- und Fortbildungssysteme an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts anzupassen, mit dem Ziel, die Arbeitnehmer mit den erforderlichen Qualifikationen auszustatten und den Übergang von der Bildung und Ausbildung zum Berufsleben zu erleichtern;

Den Zugang zu lebenslangem Lernen für alle Altersgruppen fördern, nicht nur durch formales Lernen, sondern auch durch nicht formales und informelles Lernen;

Bis 2015 ein Validierungssystem für nicht formales und informelles Lernen errichten, das mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen verbunden ist;

Jugendarbeitslosigkeit

Fordert einen Europäischen Pakt für Jugendbeschäftigung, um die seit längerem beschlossenen Maßnahmen umzusetzen; fordert zudem neue Ressourcen und Maßnahmen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Zahl der Jugendlichen, die weder in Arbeit noch in Ausbildung sind (NEET), zu verringern, und zwar unter Berücksichtigung des qualitativen Aspekts menschenwürdiger Arbeit und unter strikter Beachtung wesentlicher Arbeitnehmerrechte;

Die Mitgliedstaaten sollten umgehend Jugendgarantien einführen; und verfügbare Mittel auf effiziente Weise einsetzen und sich dabei auf diejenigen Jugendlichen konzentrieren, deren Situation am schwierigsten ist;

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten ihre Finanzierungsbeiträge für die Jugendgarantie gemäß den Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ausweiten, aus denen hervorgeht, dass im Euro-Währungsgebiet rund 21 Mrd. EUR

erforderlich sind, um ein wirksames Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit umzusetzen; Fordert die Kommission auf, die Jugendgarantie zu einer Priorität zu machen, um die verfügbaren Mittel in der versprochenen Halbzeitüberprüfung des MFR auszuweiten;

Die Kommission und der Rat sollten berücksichtigen, dass auch Mitgliedstaaten mit einem übermäßigen Defizit über den finanzpolitischen Spielraum verfügen, um diese Maßnahmen anzuwenden, insbesondere indem die Kofinanzierung dieser Mitgliedstaaten von Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorübergehend von der Berechnung des übermäßigen Defizits ausgenommen wird;

Die Kommission sollte einen Qualitätsrahmen für Praktika vorschlagen, der u. a. die Kriterien für eine angemessene Vergütung, Lernergebnisse, Arbeitsbedingungen sowie Gesundheitsschutz- und Sicherheitsvorschriften umfasst; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die europäischen Sozialpartner auf, für die zügige Umsetzung der Europäischen Ausbildungsallianz Sorge zu tragen;

Senioren und Langzeitarbeitslose

Die Mitgliedstaaten sollten Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schaffen, den Zugang zu lebenslangem Lernen sicherstellen, Steuervergünstigungen einführen, um Anreize zu schaffen, damit Arbeitnehmer länger in Beschäftigung bleiben, und aktives und gesundes Altern unterstützen;

Langzeitarbeitslose sollten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie integrierte Ansätze für die aktive Eingliederung, darunter positive Aktivierungsanreize wie individuell zugeschnittene Beratung und „Arbeit statt Sozialhilfe“-Programme, ausreichende

Sozialleistungssysteme und Zugang zu qualitativen Dienstleistungen gefördert werden, um sie bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und beim Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen zu unterstützen;

Frauen

Die Kommission sollte sich stärker darauf konzentrieren, die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt deutlich zu steigern, was für die Erreichung des Kernziels der Beschäftigungsquote im Rahmen der Strategie Europa 2020 von zentraler Bedeutung ist; Fordert Maßnahmen wie erschwingliche Pflegedienste und Kinderbetreuung, angemessene Regelungen für Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub sowie Elternzeit, und Flexibilität bei der Arbeitszeit und am Arbeitsplatz;

Die Mitgliedstaaten sollten in ihren nationalen politischen Strategien und nationalen Reformprogrammen die gleichberechtigte Stellung von Mann und Frau berücksichtigen;

Andere prioritäre Gruppen

Die Mitgliedstaaten sollten wesentliche Maßnahmen der EU-Strategie für Menschen mit Behinderung im Zusammenhang mit Beschäftigung und sozialer Eingliederung in ihre nationalen Reformprogramme aufnehmen; Fordert die Europäische Kommission auf, sicherzustellen, dass diese Maßnahmen Teil ihrer länderspezifischen Empfehlungen für 2014 bilden;

Fordert die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung von Minderheiten, deren Teilnahme am Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung für die Erreichung des Kernziels der Beschäftigungsquote im Rahmen der Strategie Europa 2020 ist, in den Prioritäten des Jahreswachstumsberichts 2014; Fordert die Kommission und die

Mitgliedstaaten auf, sich mit dem Problem der niedrigen Arbeitsmarktbeteiligung von Angehörigen von Minderheiten (z. B. Roma) zu befassen;

Or. en

**Änderungsantrag 255
Verónica Lope Fontagné**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 6 – Absatz 1**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Nationale allgemeine Beschäftigungspläne und solche für Jugendliche

Nationale allgemeine Beschäftigungspläne und solche für Jugendliche

Die Kommission sollte die Erstellung nationaler allgemeiner Beschäftigungspläne und solcher für Jugendliche in den länderspezifischen Empfehlungen 2014 verbindlich vorsehen;

Die Mitgliedstaaten sollten nationale allgemeine Beschäftigungspläne und solche für Jugendliche in den nationalen Reformprogrammen für 2014 vorlegen;

Or. en

**Änderungsantrag 256
Verónica Lope Fontagné**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 6 – Absatz 5**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten sollten das Entstehen von Bedingungen vermeiden, unter denen Unternehmen aus auf höherer Ebene geschlossenen Tarifverträgen aussteigen, und sektorale Tarifvereinbarungen überprüfen, die eine hohe Anzahl von Arbeitnehmern von der Ausübung ihres Rechts auf Tarifverhandlungen

entfällt

ausschließen;

Or. en

Änderungsantrag 257
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 6 – Absatz 9

Entschließungsantrag

Zusammenarbeit und Synergieeffekte zwischen dem Bildungs- und Ausbildungssektor und Unternehmen fördern, um den Qualifikationsbedarf zu antizipieren und Bildungs- und Fortbildungssysteme an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts anzupassen, mit dem Ziel, die Arbeitnehmer mit den erforderlichen Qualifikationen auszustatten und den Übergang von der Bildung und Ausbildung zum Berufsleben zu erleichtern;

Geänderter Text

Zusammenarbeit und Synergieeffekte zwischen dem Bildungs- und Ausbildungssektor und Unternehmen fördern, um den Qualifikationsbedarf zu antizipieren und Bildungs- und Fortbildungssysteme an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts anzupassen, mit dem Ziel, die Arbeitnehmer mit den erforderlichen Qualifikationen auszustatten und den Übergang von der Bildung und Ausbildung zum Berufsleben zu erleichtern; ***in diesem Zusammenhang sollten Systeme des dualen Lernens eine Schlüsselrolle spielen;***

Or. en

Änderungsantrag 258
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 6 – Absatz 13

Entschließungsantrag

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten ihre Finanzierungsbeiträge für die Jugendgarantie gemäß den Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ausweiten, aus denen hervorgeht, dass im Euro-Währungsgebiet rund 21 Mrd. EUR

Geänderter Text

Fordert die Kommission auf, die Jugendgarantie zu einer Priorität zu machen, um die verfügbaren Mittel in der versprochenen Halbzeitüberprüfung des MFR auszuweiten;

erforderlich sind, um ein wirksames Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit umzusetzen;
Fordert die Kommission auf, die Jugendgarantie zu einer Priorität zu machen, um die verfügbaren Mittel in der versprochenen Halbzeitüberprüfung des MFR auszuweiten;

Or. en

Änderungsantrag 259
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 6 – Absatz 15

Entschließungsantrag

Die Kommission sollte einen Qualitätsrahmen für Praktika vorschlagen, der u. a. die Kriterien für *eine angemessene Vergütung*, Lernergebnisse, Arbeitsbedingungen *sowie Gesundheitsschutz- und Sicherheitsvorschriften* umfasst; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die europäischen Sozialpartner auf, für die zügige Umsetzung der Europäischen Ausbildungsallianz Sorge zu tragen;

Geänderter Text

Die Kommission sollte einen Qualitätsrahmen für Praktika vorschlagen, der u. a. die Kriterien für Lernergebnisse *und angemessene* Arbeitsbedingungen umfasst; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die europäischen Sozialpartner auf, für die zügige Umsetzung der Europäischen Ausbildungsallianz Sorge zu tragen;

Or. en

Änderungsantrag 260
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 7

Entschließungsantrag

Empfehlung 7: Freiwillige Arbeitnehmermobilität fördern

Geänderter Text

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Kommission sollte angemessene Maßnahmen ergreifen, um in Anbetracht der Zahl von Arbeitnehmern, insbesondere jungen Menschen, die ihr Herkunftsland verlassen, um in einem anderen Mitgliedstaat auf Arbeitssuche zu gehen, das europäische Recht zu ändern, um die Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass Sozialleistungen während der Arbeitssuche in einem anderen Mitgliedstaat für einen Zeitraum von wenigstens drei Monaten gewährt werden;

Das europäische Portal zur beruflichen Mobilität (EURES) auszubauen, indem seine Aktivitäten verstärkt und ausgedehnt werden, insbesondere durch die Förderung der Jugendmobilität; fordert diesbezüglich die Ausarbeitung einer spezifischen Strategie in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten mit einem Fokus auf der Prämisse, dass Mobilität freiwillig bleiben muss und dass Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsstätten vor Ort durch diese nicht beeinträchtigt werden;

Die Kommission sollte die Möglichkeit prüfen, eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der WWU anzustoßen, um Vorschriften zur Förderung der Arbeitnehmermobilität innerhalb der WWU (z. B. zur Portabilität von Zusatzrentenansprüchen oder zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen nationalen Arbeitsvermittlungsstellen in der WWU) schneller und effizienter zu

erlassen;

Or. en

Änderungsantrag 261
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 7 – Absatz 1

Entschließungsantrag

Die Kommission sollte angemessene Maßnahmen ergreifen, um in Anbetracht der Zahl von Arbeitnehmern, insbesondere jungen Menschen, die ihr Herkunftsland verlassen, um in einem anderen Mitgliedstaat auf Arbeitssuche zu gehen, **das europäische Recht zu ändern, um** die Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass Sozialleistungen während der Arbeitssuche in einem anderen Mitgliedstaat für einen Zeitraum von wenigstens drei Monaten gewährt werden;

Geänderter Text

Die Kommission sollte angemessene Maßnahmen ergreifen, um in Anbetracht der Zahl von Arbeitnehmern, insbesondere jungen Menschen, die ihr Herkunftsland verlassen, um in einem anderen Mitgliedstaat auf Arbeitssuche zu gehen, die Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass Sozialleistungen während der Arbeitssuche in einem anderen Mitgliedstaat für einen Zeitraum von wenigstens drei Monaten gewährt werden;

Or. en

Änderungsantrag 262
Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag
Empfehlung 7 – Absatz 3

Entschließungsantrag

Die Kommission sollte die Möglichkeit prüfen, eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der WWU anzustoßen, um Vorschriften zur Förderung der Arbeitnehmermobilität innerhalb der WWU (z. B. zur Portabilität von Zusatzrentenansprüchen oder zum Abschluss einer

Geänderter Text

entfällt

Kooperationsvereinbarung zwischen nationalen Arbeitsvermittlungsstellen in der WWU) schneller und effizienter zu erlassen;

Or. en

Änderungsantrag 263
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 8

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 8: Ein gerechteres Steuersystem **entfällt**

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Mitgliedstaaten sollten ihre Steuersysteme reformieren, um den Druck auf Gering- und Zweitverdiener, der nach Angaben der Kommission nach wie vor hoch ist und eine steigende Tendenz aufweist, zu verringern;

Die Kommission sollte den Steuerbericht 2013 des IWF beachten, in dem auf die bestehende Möglichkeit hingewiesen wird, das Steuersystem zu verbessern und progressiver zu gestalten, um die Legitimität der Konsolidierungsbemühungen zu erhöhen und gleichzeitig das Wachstum zu fördern und zusätzliche Einnahmen zu generieren;

Die Mitgliedstaaten sollten dafür Sorgen tragen, die Steuerlast von den Arbeitnehmern auf andere Arten nachhaltiger Besteuerung, wie eine harmonisierte Körperschaftssteuer, die

Finanztransaktionssteuer (FTS) und Kohlenstoffsteuern, umzulegen;

Die Mitgliedstaaten sollten Maßnahmen ergreifen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen, wie Reformen der Lohnsteuer zur Schaffung von Beschäftigungsanreizen, die freiwillige selbstständige Erwerbstätigkeit unterstützen und die Geschäftstätigkeit in strategischen Sektoren fördern;

Die Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere gezielte vorübergehende Ermäßigungen der Sozialabgaben oder Beschäftigungsbeihilfen für Nachwuchskräfte, insbesondere im Hinblick auf Niedriglohnarbeiter und niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, Langzeitarbeitslose und andere benachteiligte Gruppen, sollte verringert werden und gleichzeitig sollte die Nachhaltigkeit des öffentlichen Rentensystems langfristig sichergestellt werden;

Schwarzarbeit, Scheinselbstständigkeit und Steuerbetrug, insbesondere im aktuellen Zusammenhang mit der Finanzkonsolidierung, bekämpfen, um Arbeitnehmer und Einnahmen zu schützen sowie um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Steuersystems sicherzustellen; Informelle Arbeit und Schwarzarbeit in u. a. feste Beschäftigungsverhältnisse umwandeln, indem der Umfang von Arbeitsinspektionen erhöht wird;

Or. en

Änderungsantrag 264
Inês Cristina Zuber

Entschließungsantrag
Empfehlung 8 – Absatz - 1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Es ist wichtig, Maßnahmen bezüglich der Steuerplanung zu ergreifen, durch die die schamlose Begünstigung der Banken und die Finanzspekulation großer inländischer und ausländischer Wirtschaftsgruppen beendet werden;

Or. en

Änderungsantrag 265

Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag

Empfehlung 8 – Absatz 3

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten sollten dafür Sorgen tragen, die Steuerlast von den Arbeitnehmern auf andere Arten nachhaltiger Besteuerung, ***wie eine harmonisierte Körperschaftssteuer, die Finanztransaktionssteuer (FTS) und Kohlenstoffsteuern***, umzulegen;

Die Mitgliedstaaten sollten dafür Sorgen tragen, die Steuerlast von den Arbeitnehmern auf andere Arten nachhaltiger Besteuerung umzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 266

Verónica Lope Fontagné, Csaba Óry

Entschließungsantrag

Empfehlung 8 – Absatz 5

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Die Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere gezielte vorübergehende Ermäßigungen der Sozialabgaben oder Beschäftigungsbeihilfen für Nachwuchskräfte, insbesondere im Hinblick auf Niedriglohnarbeiter und

Die Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere gezielte vorübergehende Ermäßigungen der Sozialabgaben oder Beschäftigungsbeihilfen für Nachwuchskräfte, insbesondere im Hinblick auf ***junge Menschen***,

niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, Langzeitarbeitslose und andere benachteiligte Gruppen, sollte verringert werden und gleichzeitig sollte die Nachhaltigkeit des öffentlichen Rentensystems langfristig sichergestellt werden;

Niedriglohnarbeiter und niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, Langzeitarbeitslose und andere benachteiligte Gruppen, sollte verringert werden und gleichzeitig sollte die Nachhaltigkeit des öffentlichen Rentensystems langfristig sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 267
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 9

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 9: Armut und soziale Ausgrenzung müssen verringert werden

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Mitgliedstaaten sollten ihre sozialen Netze stärken und die Wirksamkeit ihrer Sozialsysteme sicherstellen und in Präventivmaßnahmen investieren;

Fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Auswirkungen der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme zu berücksichtigen, die diese auf die Erreichung der Kernziele der Strategie Europa 2020 in jenen Mitgliedstaaten haben, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und Modifizierungen zu beschließen, die darauf abzielen, die Anpassungsprogramme mit den Zielen der Strategie Europa 2020 in Einklang zu bringen;

Änderungsantrag 268
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 10

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 10: Nachhaltige Renten

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten die im Grünbuch und Weißbuch des Parlaments enthaltenen Empfehlungen über Renten berücksichtigen;

Rentenreformen erfordern politische und soziale Kohäsion auf nationaler Ebene und können nur mit Beteiligung der Sozialpartner erfolgreich umgesetzt werden;

Um die Nachhaltigkeit der Rentensysteme sicherzustellen, ist es möglich, das tatsächliche Rentenalter ohne Erhöhung des obligatorischen Rentenalters anzuheben, indem die Zahl der Arbeitnehmer, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, verringert wird; ist der Ansicht, dass, um das tatsächliche Rentenalter erfolgreich anzuheben, Reformen der Rentensysteme von Maßnahmen begleitet werden müssen, die den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und anderen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem frühzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt beschränken, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere

Arbeitnehmer schaffen, den Zugang zu lebenslangem Lernen sicherstellen, Steuervorteilsstrategien umsetzen, die Anreize bieten, länger in Beschäftigung zu bleiben und ein aktives und gesundes Altern unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 269

Verónica Lope Fontagné, Ria Oomen-Ruijten, Csaba Óry

Entschließungsantrag

Empfehlung 10 – Absatz 3

Entschließungsantrag

Um die Nachhaltigkeit der Rentensysteme sicherzustellen, ***ist es möglich, das tatsächliche Rentenalter ohne Erhöhung des obligatorischen Rentenalters anzuheben, indem die Zahl der Arbeitnehmer, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, verringert wird; ist der Ansicht, dass, um das tatsächliche Rentenalter erfolgreich anzuheben,*** Reformen der Rentensysteme von Maßnahmen begleitet werden ***müssen***, die den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und anderen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem frühzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt beschränken, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schaffen, den Zugang zu lebenslangem Lernen sicherstellen, Steuervorteilsstrategien umsetzen, die Anreize bieten, länger in Beschäftigung zu bleiben und ein aktives und gesundes Altern unterstützen;

Geänderter Text

Um die Nachhaltigkeit der Rentensysteme sicherzustellen, ***sollten seiner Ansicht nach für eine erfolgreiche Anhebung des tatsächlichen Rentenalters und eine Verringerung der Zahl frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheidender Personen*** die Reformen der Rentensysteme von Maßnahmen begleitet werden, die den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und anderen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem frühzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt beschränken, Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer schaffen, den Zugang zu lebenslangem Lernen sicherstellen, Steuervorteilsstrategien umsetzen, die Anreize bieten, länger in Beschäftigung zu bleiben und ein aktives und gesundes Altern unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 270

Verónica Lope Fontagné, Ria Oomen-Ruijten

**Entschließungsantrag
Empfehlung 10 – Absatz 3 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

stellt fest, dass die Fortschritte und der Umfang der Bemühungen in den Mitgliedstaaten uneinheitlich sind, was die Ausformulierung und Umsetzung von Strukturreformen anbelangt, die darauf abzielen, die Beschäftigung zu erhöhen, Vorruhestandsregelungen auslaufen zu lassen und auf Ebene der Mitgliedstaaten gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Bewertung vorzunehmen, ob angesichts der gestiegenen Lebenserwartung eine nachhaltige Grundlage sowohl für das gesetzliche als auch das tatsächliche Renteneintrittsalter geschaffen werden muss;

Or. en

**Änderungsantrag 271
Philippe De Backer**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 11**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 11: Europäische Sozialstabilisatoren *entfällt*

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Sozialpolitik und Sozialstandards dürfen von den WWU-Mitgliedstaaten, die unter drastischen wirtschaftlichen Auswirkungen zu leiden haben, nicht als Anpassungsfaktoren herangezogen

werden;

Die Kommission sollte ein Grünbuch über automatische Stabilisatoren im Euro-Währungsgebiet erstellen, um die Bewältigung asymmetrischer Schocks zu unterstützen und den übermäßigen Abbau der nationalen Sozialsysteme zu vermeiden und somit die Nachhaltigkeit der WWU als Ganzes zu stärken;

Lädt den Europäischen Rat im Dezember dazu ein, konkrete Schritte zu unternehmen, um auf Grundlage der Gemeinschaftsmethode einen echten sozial- und beschäftigungspolitischen Pfeiler als Teil der WWU festzulegen und die Modalitäten zur Einführung einer europäischen Arbeitslosenhilfe als automatischer Stabilisator für das Euro-Währungsgebiet weiter auszuarbeiten;

Or. en

**Änderungsantrag 272
Verónica Lope Fontagné**

**Entschließungsantrag
Empfehlung 11 – Absatz 3**

Entschließungsantrag

Lädt den Europäischen Rat im Dezember dazu ein, konkrete Schritte zu unternehmen, um auf Grundlage der Gemeinschaftsmethode einen echten sozial- und beschäftigungspolitischen Pfeiler als Teil der WWU festzulegen und die Modalitäten zur Einführung einer europäischen Arbeitslosenhilfe als automatischer Stabilisator für das Euro-Währungsgebiet weiter auszuarbeiten;

Geänderter Text

Lädt die Kommission dazu ein, die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension der WWU zu prüfen und die Modalitäten zur Einführung einer europäischen Arbeitslosenhilfe als automatischer Stabilisator für das Euro-Währungsgebiet weiter auszuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 273
Philippe De Backer

Entschließungsantrag
Empfehlung 12

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Empfehlung 12: Die demokratische Legitimität und der Sozialdialog müssen gestärkt werden

entfällt

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts (AGS) zu erstellenden jährlichen politischen Leitlinien auf Folgendes abzielen sollten:

Arbeitsmarktreformen sollten auf Grundlage der verstärkten Koordinierung des Sozialdialogs auf EU-Ebene durchgeführt werden;

Die Sicherstellung und Stärkung der qualitativ hochstehenden Beteiligung von Sozialpartnern und ein starker Sozialdialog, auch auf nationaler Ebene, sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg von Reformen und insbesondere von Reformen der WWU, sowie für die Rolle der Sozialpartner in der neuen wirtschaftlichen Ordnungspolitik, insbesondere im Rahmen des Europäischen Semesters;

Den Vorschlag der Kommission für eine stärkere Beteiligung der Sozialpartner am Prozess des Europäischen Semesters, u. a. im Rahmen des Ausschusses für den sozialen Dialog im Vorfeld der jährlichen Annahme des Jahreswachstumsberichts, umsetzen;

Der Europäische Rat und die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die nationalen und regionalen Parlamente, die Sozialpartner, die öffentlichen Behörden und die Zivilgesellschaft eng an der Umsetzung und Überwachung der politischen

Leitlinien im Rahmen der Strategie Europa 2020 und des Prozesses der wirtschaftlichen Ordnungspolitik beteiligt werden;

Der Europäische Rat und die Kommission sollten die Überwachung und Beurteilung von Beschäftigungs-, Sozial- und Bildungszielen im Rahmen der Strategie Europa 2020 wirksamer in das Europäische Semester 2014 integrieren;

Or. en

Änderungsantrag 274
Verónica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Empfehlung 12 – Absatz 1

Entschließungsantrag

Arbeitsmarktreformen sollten auf Grundlage der verstärkten Koordinierung des Sozialdialogs *auf EU-Ebene* durchgeführt werden;

Geänderter Text

Arbeitsmarktreformen sollten auf Grundlage der verstärkten Koordinierung des Sozialdialogs durchgeführt werden;

Or. en